Vorausschau auf die kulturhistorischen Exkursionen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte im Jahre 2017

Wie in jedem Jahr veranstaltet die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte auch im kommenden Sommerhalbjahr 2017 wieder landesgeschichtliche Exkursionen.

Hinweis: Wir starten seit 2015 nicht mehr in der Auguste-Viktoria-Straße, sondern unterhalb der Gablenzbrücke am neuen Kieler Busbahnhof für die Fernbusse.

Sonnabend, 20. Mai 2017

Seefahrende und Schiffbauer von der Halbinsel Loit und aus Apenrade
(mit Besuch im Schifffahrtsmuseum Apenrade)

Sonnabend, 16. September 2017

Die Residenzstadt Eutin – Weimar des Nordens?

Weitere Informationen zu den Exkursionen finden Sie im Heft.

Gesellschaft für
Schleswig-Holsteinische
Geschichte

Mitteilungen 92
April 2017

Redaktionsschluss für die Mitteilungen 93
Freitag, 1. September 2017

Bitte beachten Sie die neue Redaktionsadresse:
Redaktion MGSHG
Historisches Seminar / Abt. für Regionalgeschichte,
Leibnizstraße 8, 24098 Kiel,
Tel. 0431 / 880-2293, e-mail: mgshg@histosem.uni-kiel.de

Titelbild:
Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm I. im Kieler Schlossgarten, unbekannter Fotograf, 1972

(Quelle: Stadtarchiv Kiel)

Die MITTEILUNGEN DER GESELLSCHAFT FÜR SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE GESCHICHTE (MGSHG) berichten von Ereignissen, Vorhaben und Arbeiten in der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Sie informieren außerdem über Einrichtungen, Veranstaltungen und Forschungen mit landesgeschichtlichem Bezug außerhalb der Geschichtsgesellschaft. Die Mitteilungen veröffentlichen auch Diskussionsbeiträge, Vorträge und kurze Aufsätze, die für eine Veröffentlichung in der Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte oder dem Jahrbuch Nordelbingen nicht in Frage kommen.

Herausgeber: Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. www.geschichte-s-h.de
Redaktion MGSHG: Prof Dr. Oliver Auge, Henning Andresen, Stefan Brenner und
Stephanie Hinderliter
Historisches Seminar/Abt. für Regionalgeschichte, Leibnizstraße 8, 24098 Kiel,
Tel. 0431 / 880-2293, e-mail: mgshg@histosem.uni-kiel.de.

Im Interesse einer möglichst vielseitigen und vollständigen Berichterstattung sind alle, die sich aktiv mit der Geschichte Schleswig-Holsteins beschäftigen, zur Mitarbeit an den Mitteilungen aufgerufen. Manuskripte für die Mitteilungen sind jederzeit willkommen.

Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte:
Landrat a.D. Jörg-Dietrich Kamischke, Brekendorfer Landstr. 5, 24884 Selk (Vorsitzender)
Prof. Dr. Detlev Kraack, Seestraße 1, 24306 Plön (Stellv. Vorsitzender)
Dr. Christian Pletzing, Akademie Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee (Schriftführer)
Tel. (04630) 550; e-mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de
Dr. Martin Skaruppe, Teichstr. 11, 24235 Laboe (Rechnungsführer)
Dr. Jens Ahlers, Roggenkamp 8, 24768 Rendsburg
Prof. Dr. Oliver Auge, Historisches Seminar Christian-Albrechts-Universität,
Leibnizstr. 8, 24098 Kiel
Prof. Dr. Rainer Hering, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Prinzenpalais, 24837 Schleswig
Werner Junge, Hermann-Löns-Weg 44, 24939 Flensburg
Frank Lubowitz, Claedenstr. 9, 24943 Flensburg
Dr. Ortwin Pelc, Halstenbeker Weg 65, 22523 Hamburg

Prof. Dr. Thomas Steensen, Nordfriisk Instituut, Süderstr. 30, 25821 Bredstedt
(Sprecher des Beitrats)

Ehrenmitglieder:
Karl-Heinrich Buhse, Heide
Prof. Dr. Jürgen Miethke, Molfsee
Dr. Ingwer Momsen, Mönkeberg
Prof. Dr. Wolfgang Prange, Schleswig
Dr. Hans F. Rothert, Kiel
Prof. Dr. Peter Wulf, Gettorf

Beitrittserklärungen, Anschriftenänderungen und andere Mitgliederangelegenheiten sind an die Geschäftsführung zu richten: Dr. Christian Pletzing, Akademie Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee, Tel. (04630) 550, e-mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de
Exkursions-Anmeldungen sind zu richten an: Prof. Dr. Detlev Kraack, Seestraße 1, 24306 Plön, Tel. (04522) 508391, e-mail: detlev.kraack@gmx.de

Der Mitgliedsbeitrag beträgt im Jahr 40 € für Einzelmitglieder, mindestens 40 € für Institutionen, 50 € für Ehepaare, 10 € für Auszubildende (Schüler, Lehrlinge, Studenten, Referendare).
Bankkonto:
Förde Sparkasse Kiel . IBAN: DE29 2105 0170 0011 0038 03, BIC: NOLADE21KIE

ISSN 2196-3428 www.verlagsgruppe.de/husum-verlag

Inhalt

Aus Geschichte und Kulturgeschichte

Schleswig Holstein als preußische Provinz
von *Frank Lubowitz* 3

Gehört Lauenburg überhaupt zu Schleswig-Holstein?
von *Carsten Walczok* 21

Berichte und Mitteilungen

Laudatio anlässlich der Verleihung des Nachwuchspreises der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
von *Jörg-Dietrich Kamischke* 25

Die große Landesgeschichte – das längste Projekt der GSHG
von *Ortwin Pelc* 29

Der Aufstieg der NSDAP im Kreis Rendsburg – eine erste Zwischenbilanz
von *Frank Omland* 34

Bedrohte Landesgeschichte an der Schule?
von *Anna Brauer*, *Marvin Groth* und *Markus Wilke* 48

Museen, Institutionen, Ausstellungen

Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft – eine Stimme der Landesgeschichte
von *Ludwig Steindorff* 53

Neue Forschungsvorhaben

Internationale Schwerpunktsetzung und Profilbildung am Beispiel der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (1945-1990)
von *Caroline E. Weber* 57

Handlungsspielräume aufständischer Matrosen zwischen Revolution und Reaktion am Beispiel der Provinz Schleswig-Holstein
von *Knut-Hinrik Kollex* 64

Termine und Hinweise

Konflikt und Kooperation unterm Hakenkreuz
Fachwissenschaftlicher Themenabend am 2. Mai 2017 73

Auf dem Weg zum »Weimar des Nordens«?
Die Eutiner Fürstbischöfe und ihr Hof im 18. Jahrhundert
Tagung in Eutin am 5. und 6. Mai 2017 74

Landesgeschichtliche Seminare im
Akademiezentrum Sankelmark 76

Kulturhistorische Exkursionen
der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 78

Radikale Überzeugungstäter?
Tagung am 6. und 7. Juli 2017 in Greifswald 80

Der Limes Saxoniae – Fiktion oder Realität?
Tagung am 21. Oktober 2017 in Oldenburg in Holstein 82

Ausstellungen 84

ttr – Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung 85

Mitteilungen des Vorstandes

Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte im Jahre 2016 87

Verlagswechsel und Veröffentlichungsreihen von GSHG
und AKWiSoSH 89

Bericht des Rechnugsführers 92

Weitere Mitteilungen 94

Schleswig Holstein als preußische Provinz

von *Frank Lubowitz*

Nachdem König Wilhelm I. am 12. Januar 1867 ein Besitzergreifungspatent ausgefertigt hatte, fand am 24. Januar die feierliche Inkorporation der Herzogtümer Schleswig und Holstein als Provinz Schleswig-Holstein des Königreichs Preußen im Kieler Schloss statt; gleichzeitig erfolgte die öffentliche Verlesung des „Königlichen Einverleibungspatents“ in den Städten des Landes. Carl von Scheel-Plessen, der als preußischer Oberpräsident die Huldigung der Einwohner symbolisch entgegennahm, hatte bereits in dänischer Zeit hohe Verwaltungsämter inne und war in den 1850er Jahren Oberpräsident in Altona gewesen. Scheel-Plessen war konservativ und dem monarchischen Prinzip verpflichtet – die Treue, die er bisher dem dänischen Monarchen entgegengebracht hatte, übertrug er nun auf den preußischen König. Er sollte als preußischer Oberpräsident bis 1879 an der Spitze der Provinz stehen. Für fast 80 Jahre wurde Schleswig-Holstein preußisch – bis es mit der Auflösung Preußens nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 seine Eigenständigkeit als Land Schleswig-Holstein erhalten sollte.Mit der Eingliederung in den preußischen Staat, als eine späte Folge des Krieges von 1864, endete eine vierhundertjährige Verbindung zu Dänemark, mit dem die Herzogtümer Schleswig und Holstein sowie das seit 1814 hinzugekommene Herzogtum Lauenburg den sogenannten Gesamtstaat gebildet hatten.

Mit etwas mehr als ein paar Sätzen muss hier auch auf die Vorgeschichte und die Ereignisse eingegangen werden, die dazu führten, dass die Schleswig-Holsteiner seit 1864 nicht mehr von Kopenhagen, sondern ab 1867 aus Berlin regiert wurden.

Vorgeschichte

Das dänische Staatsgebilde, das 1460 durch die Wahl des dänischen Königs Christian I. zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein seine dynastische Verbindung im oldenburgische Herrscherhaus erhielt, konnte – wie auch andere Staaten dieser Art – so lange sein Bestehen sichern, wie der Landesherr über Untertanen regierte, denen liberales und nationales Gedankengut noch fremd war.

Christian I., Darstellung aus dem 15. Jahrhundert, Schloss Frederiksborg

Mit der Französischen Revolution und der napoleonischen Ära sollte das in Europa anders werden. Das Erbe der Französischen Revolution zeigte sich in den Jahren zwischen 1815 und 1848 nämlich nicht nur in den Forderungen nach einer Verfassung und bürgerlichen Freiheiten, hinzu trat in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts die nationale Komponente, die ein Erbe der Herrschaft Napoleons über große Teile Europas war, aus dem das nationale Bewusstsein der europäischen Völker erwachsen war. Für den übernationalen dänischen Gesamtstaat – und nicht nur für ihn, sondern auch für die anderen multinationalen Staatsgebilde Europas – sollte das zum Problem werden. Im dänischen Gesamtstaat ging es um die Frage der Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig, ob es mit Holstein der deutschen Nation angehören, oder ob es Teil eines dänischen Nationalstaates werden sollte.

Die im Februar 1848 von Paris ausgehende Revolutionsbewegung lieferte dann den Funken, der den Konflikt zwischen den beiden gegensätzlichen nationalen Bewegung in Dänemark und in den Herzogtümern Schleswig und Holstein zum Ausbruch bringen und den dänischen Gesamtstaat zum Schauplatz der kriegerischen Ereignisse des Ersten Schleswigschen Krieges (1848-1851) werden lassen sollte.

Am Ende dieses Krieges stand ein Frieden, der weder die Schleswig-Holsteiner noch die dänische Seite zufriedenstellte und den Keim für den nächsten Krieg enthielt.

Im November 1863 wurde eine dänisch-schleswigsche Verfassung vom dänischen Reichsrat angenommen und kurz darauf vom König unterzeichnet, womit die Rechte des Herzogtums Holstein gekränkt waren. Zur Wahrung der Rechte Holsteins besetzten daraufhin zunächst Bundestruppen in einer sogenannten Bundesexekution Holstein, von wo sich die dänischen Truppen auch geordnet zurückzogen. Gemeinsam mit Österreich forderte Preußen ultimativ die Rücknahme der dänischen Verfassung für Schleswig. In falscher Einschätzung der Lage wies die dänische Regierung das Ultimatum zurück und lieferte damit Preußen und Österreich die Rechtfertigung für den Zweiten Schleswigschen Krieg, der am 1. Februar 1864 mit dem Vormarsch über die Eider begann. Nach einem kurzen Krieg, dessen erste große militärische Entscheidung am 18. April 1864 bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen durch preußische Truppen fiel, musste König Christian IX. im Wiener Frieden des Jahres 1864 die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg und damit zwei Fünftel des Territoriums und ein Drittel der Einwohner des ehemaligen Gesamtstaates an Preußen und Österreich abtreten. Damit hatte der übernationale dänische Gesamtstaat sein Ende gefunden.

Nur wenig länger als zwei Jahre währte das sogenannte „Kondominium“, die zunächst gemeinsam, dann getrennt von den beiden Siegermächten ausgeübte Verwaltung in den Herzogtümern. Nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 fielen die Herzogtümer Schleswig und Holstein ganz an Preußen.

Neuer Staat – neue Verwaltung – neue Gesetze

Mit der Eingliederung in den preußischen Staatsverband am 24. Januar 1867 erfolgte für die ehemaligen Herzogtümer zugleich der Eintritt in die Moderne, welche Preußen zu dieser Zeit sowohl in Fragen des technischen Standards als auch in den Formen der Verwaltung im Gegensatz zu den althergebrachten Strukturen des dänischen Gesamtstaates verkörperte.

Die Landesverwaltung wurde in allen Instanzen grundlegend reformiert. Oberster staatlicher Repräsentant der Provinz wurde nun ein Oberpräsident, der ohne Weisungsrecht die Aufsicht über das Regierungspräsidium und die Behörden der Provinzialregierung ausübte. Die eigentlichen Ver-

waltungsaufgaben lagen beim Regierungspräsidenten in Schleswig. Trotz seiner Größe bildete Schleswig-Holstein nur einen Regierungsbezirk. Diese Maßnahme Preußens ist als Anerkennung der historischen Verbundenheit und der politischen Einheit des Landes, die ja der Gegenstand des dänisch-schleswig-holsteinischen Konflikts im Gesamtstaat gewesen war, zu werten.

Die von Preußen im Besitzergreifungspatent zugesagte Bewahrung von Einrichtungen und Gesetzen, soweit sie der Ausdruck berechtigter Eigentümlichkeiten waren, beschränkte sich auf wenige Relikte, zum Beispiel in Bezug auf die Rolle der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft und ihrer vier adligen Damenstifte, der Klöster in Schleswig, Preetz, Itzehoe und Uetersen.

In zentralen Fragen der Verwaltung wurde hingegen radikal mit der aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit stammenden Buntscheckigkeit unterschiedlicher Verwaltungsformen, Sonderrechten und Privilegien in Städten, Ämtern, Landschaften, Harden, Kirchspielen, Gutsbezirken usw. aufgeräumt. An ihre Stelle trat am 22. September 1867 aufgrund von zwei königlichen Verordnungen eine übersichtliche Gliederung des Landes in 19 Kreise mit einem Landrat an der Spitze, mit einer Größe von durchschnittlich 15 Quadratmeilen und 40.000 bis 60.000 Einwohnern sowie der zu dieser Zeit einzigen kreisfreien Stadt Altona. Die neue Verwaltungsstruktur wirkte bis in die Städte und Gemeinden, wobei allerdings die ältere Form der Harden in Schleswig und der Kirchspiele in Holstein als Zwischeninstanz noch für etwa 20 Jahre erhalten blieben, um den neuen Untertanen einen Rest der gewohnten Verwaltungsstruktur zu belassen. Die 1869 in Schleswig-Holstein eingeführte Städteordnung hingegen galt als eine der modernsten ihrer Zeit mit einer weitgehenden Selbstverwaltung. Gegenüber diesen Modernisierungen blieb die Einrichtung des Provinziallandtages mit seiner landständischen Zusammensetzung aus Vertretern des Großgrundbesitzes, der Städte und Gemeinden zurück, seine Zuständigkeit lag vor allem auf den Gebieten des Wegebaus, der Wohlfahrtspflege und des Medizinalwesens sowie der Pflege von Kunst und Wissenschaft.

All die genannten Veränderungen wurden durch ein ebenso systematisch geordnetes Finanz- und Justizwesen ergänzt – erst jetzt erfolgte die Trennung von Verwaltung und Jurisdiktion in Schleswig-Holstein, und es wurden 86 Amtsgerichte und fünf Kreisgerichte, in Flensburg, Schleswig, Kiel, Itzehoe und Altona errichtet. Höchste Gerichtsinstanz im Lande wurde

das Appellationsgericht in Kiel, das bei einer Justizreform im Jahr 1870 die Bezeichnung Oberlandesgericht erhielt. Dieser Reform fielen auch die Kreisgerichte in Schleswig und Itzehoe zum Opfer, ebenso eine Anzahl von Amtsgerichten. Es blieben die nunmehr als Landgericht bezeichneten Gerichtsorte in Flensburg, Kiel und Altona.

Für viele junge Männer waren die Veränderungen bei der Wehrpflicht besonders schmerzlich. Gab es zuvor eine Vielzahl von Ausnahmen bzw. die Möglichkeit bei einer Einberufung, einen Stellvertreter schicken, so wurde die dreijährige preußische Wehrpflicht zur Norm. Nur wer die Mittlere Reife, das „Einjährige“ hatte, brauchte lediglich für ein Jahr zu dienen.

Diese Veränderungen beim Militärdienst führten dazu, dass es unter den dänisch gesinnten jungen Männern, ebenso aber auch in den friesischen Gebieten, die besondere Privilegien genossen hatten, zur Auswanderung kam. Bei ersteren in der Regel über Dänemark vielfach weiter in die USA, bei den jungen Männern aus Nordfriesland zumeist direkt über Hamburg oder Bremerhaven nach Amerika.

Industrialisierung

Zu den neuen Strukturen in der Verwaltung traten für die neue preußische Provinz Schleswig-Holstein auf wirtschaftlichem Gebiet die Chancen, die sich durch die Gewerbefreiheit und aus dem Zugang zum deutschen Wirtschaftsraum ergaben. Besonders in den Städten des Landes spiegelte sich der Boom wider, der seinen Ausgangspunkt im Anschluss an Preußen hatte und zu einem raschen Bevölkerungswachstum, zu einer regen Industrialisierung und damit zu einem Umbruch der wirtschaftlichen Strukturen in nur wenigen Jahrzehnten führte.

Allerdings vollzog sich diese Entwicklung mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Das südliche Holstein sowie Kiel profitierten überproportional, besonders Neumünster wuchs dank seiner Textil- und Lederindustrie und vervierfachte seine Einwohnerzahl von 1867 bis zum Ersten Weltkrieg, aber auch Rendsburg mit der Carlshütte als Zentrum der Eisenverarbeitung, sowie Altona, Elmshorn und Itzehoe, die bereits schon zuvor für den dänischen Gesamtstaat wichtige industrielle Zentren waren, profitierten vom Zugang zum deutschen Binnenmarkt. Während im Landesteil Schleswig vor allem Flensburg, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, vom gründerzeitlichen Aufschwung erfasst wurde. Demgegenüber fiel das wirtschaftliche Wachstum in Nordschleswig und an der schleswigschen Westküste

deutlich schwächer aus.

Insgesamt stieg die Bevölkerungszahl in den knapp fünfzig Jahren von der Eingliederung in Preußen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges um über 60 Prozent, davon profitierte wiederum Holstein überproportional, während sich der Bevölkerungszuwachs nach Norden hin deutlich abschwächte.

In Schleswig waren es vor allem die Städte Flensburg und Sonderburg – nicht zuletzt durch die Errichtung von Marinestützpunkten und der damit verbundenen Infrastruktur –, sowie Husum mit seinem traditionell bedeutenden Viehmarkt, die wirtschaftlich von der Eingliederung nach Preußen und in den deutschen Zollverein und schließlich durch die 1871 folgende Reichsgründung profitierten. Der nunmehr zollfreie Absatzmarkt südlich der Elbe war ungleich größer als er innerhalb der dänischen Monarchie gewesen war.

Flensburg konnte im Landesteil Schleswig beispielsweise das im Schiffbau zuvor führende Apenrade überflügeln. Die 1872 gegründete Flensburger Schiffbaugesellschaft erkannte die Zeichen der Zeit und baute Dampfschiffe, während man in Apenrade zu lange der Segelschiffstradition anhing und deshalb ins Abseits geriet.

Kiel führt die Liste der Städte an, die durch die Eingliederung in Preußen ihren Charakter schnell und gründlich wandelten. Der hier konzentrierte Aufbau von Werft- und Marinekapazitäten sowie der Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, später Nord-Ostsee-Kanal, von 1887 bis 1895, ließen die Stadt im Verhältnis zur gesamten Provinz überproportional anwachsen: Wo 1867 etwa 24.000 Menschen lebten, wohnten 1910 bereits 211.000 Menschen, die sich vor allem in den ausgedehnten Wohnquartieren in der Nähe der Werften konzentrierten. Der Ausbau des maritimen Sektors der Kieler Wirtschaft ist eng damit verbunden, dass bereits 1865 die preußische Marinestation von Danzig nach Kiel verlegt worden war. Konsequenterweise erfolgte darauf der schnelle Ausbau von Werftkapazitäten: Aus der 1838 gegründeten „Maschinenbau und Eisengießerei Schweffel & Howaldt“, die 1851 den „Brandtaucher“, das erste schwimmfähige Unterseeboot der Welt, gebaut hatte, wurde 1880 die Firma „Gebrüder Howaldt“, die sich mit der Firma eines Sohnes von Howaldt in Ellerbek und Dietrichsdorf 1889 zu den „Howaldtswerken“ zusammenschlossen. Daneben gab es die Norddeutsche Schiffbaugesellschaft, aus der die „Germania-Werft“ hervorging, die seit

1902 zum Essener Krupp-Konzern gehörte. 1867 begann auch die preußische Marine mit dem Aufbau eines eigenen Werftbetriebs, der späteren Kaiserlichen Werft, aus der dann die „Reichswerft“ und schließlich die „Deutsche Werke“ wurden. Im Jahre 1900 entstand die Nordwerft, die später in „Marinearsenal“ und schließlich in „Kriegsmarinewerft“ umbenannt wurde.

Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren auf den Kieler Werften über 17.000 Menschen tätig. Dass sich die Schiffsbauspezialisierung auf die Marine konzentrierte, sollte zweimal, am Ende beider Weltkriege, zu besonders schweren Krisen in der Marinestadt Kiel führen.

Infrastruktur

Voraussetzung für das industrielle Wachstum waren infrastrukturelle Maßnahmen, die Erweiterung des Eisenbahnnetzes, der Straßenbau und für fast ein Jahrzehnt am Ende des Jahrhunderts der Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals. Auch die Anpassung der Lösch- und Verladeeinrichtungen in den schnell wachsenden schleswig-holsteinischen Häfen an die Erfordernisse der Zeit schufen Arbeitsplätze und zogen Arbeitskräfte ins Land.

Im Jahre 1844 waren die Herzogtümer in das Eisenbahnzeitalter eingetreten, fast zwei Jahrzehnte nachdem in England die erste Bahn gefahren war. Die Streckenführung zeigte aber deutlich, dass an einer Verbindung Schleswigs mit Holstein kein Interesse bestand: Altona – Elmshorn Kiel mit einem Abzweiger von Neumünster nach Rendsburg und von Elmshorn nach Glückstadt stellte die erste Verbindung von der Elbe an die Ostsee dar. 1854 folgte die Verbindung von Flensburg über Husum nach Tönning.

Die Strecke Glücksburg-Kappeln gehörte zu den frühesten Kleinbahnstrecken, eingeweiht 1886

Die Verknüpfung dieser beiden Verkehrswege erfolgte auf geradezu umständlichste Weise, lag es doch nicht im politischen Interesse dem schleswig-holsteinischen Zusammengehörigkeitsgefühl eine Schienenverbindung zu geben. 1867, als die Herzogtümer preußische Provinz wurden, betrug die Länge der Eisenbahnstrecken zwischen Nord- und Ostsee 610 Kilometer. Etwas mehr als 30 Jahre später war Schleswig-Holstein durch ein dichtes Netz von ca. 1.700 km Bahnstrecke erschlossen.

Noch vor der Eingliederung in Preußen wurde eine wichtige Lücke geschlossen, die die schleswig-holsteinischen Eisenbahnen mit dem deutschen Schienennetz verband: Das holsteinische Altona bekam bereits 1866, nachdem Preußen nach dem Sieg über Österreich auch Holstein übernommen hatte, eine Schienenverbindung mit Hamburg. Die Nord-Süd-Achse wurde dann 1869 durch eine Verbindung von Schleswig über Jübek an die Flensburger Strecke hergestellt, galt es doch den Sitz des Regierungspräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein an eine durchgehende Nord-Süd-Verbindung anzuschließen. Der Ausbau der Hauptstrecken zwischen 1867 und 1910 wurde durch ein weiteres Netz der Nahanbindung ergänzt. Eine Reihe von Klein- und Nebenbahnen, die kommunal oder von privaten, regionalen Investorengruppen betrieben wurden, entstanden zwischen 1885 und dem Ersten Weltkrieg und erschlossen vor allem das nördliche Schleswig, Angeln, Schwansen und in geringerem Maße Ostholstein. Von praktisch jedem Ort in Schleswig-Holstein war der nächste Bahnhof nicht weiter als höchstens 25 km entfernt.

Auch das Netz der schleswig-holsteinischen Chausseen wurde in den Jahren von 1867 bis 1912 von 1.239 auf 5.892 km ausgebaut.

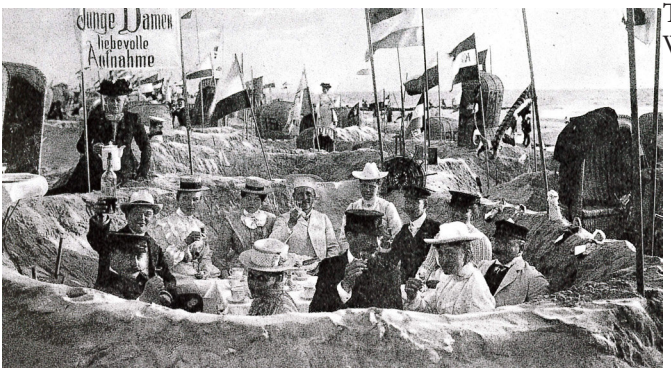
Der Ausbau der Verkehrswege bildete auch die Voraussetzung dafür, dass schon am Ende des 19. Jahrhunderts ein Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein seinen Anfang nahm, der heute zu den bedeutendsten des Landes zählt: der Fremdenverkehr.

Fremdenverkehr

Bereits 1802 war als erstes im heutigen Schleswig-Holstein gelegenes Bad das Seebad Travemünde eröffnet worden. 1819 folgte Wyk auf Föhr als erstes Nordseebad in den Herzogtümern. 1831 wurde im heutigen Stadtteil von Eckernförde, Borby, der Seebadebetrieb aufgenommen.

Alle diese Bäder nahmen nach 1867 einen raschen Aufstieg. Nicht zuletzt

Westerland auf Sylt, das zu einem mondänen Modebad wurde, zu dem die Gäste ab 1892 mit dem Expresszug über einen Abzweiger der Marschbahn bis nach Hoyer gelangten, von dort mit dem Schiff von Hoyerschleuse nach Munkmarsch und dann mit der bereits 1888 für den Fährverkehr von Hoyer nach Munkmarsch erbauten Kleinbahn weiter nach Westerland. Nach Dagebüll, und damit zu den Inseln Föhr und Amrum, führt seit 1895 bis heute eine Nebenstrecke ab Niebüll.



Tourismus in Westerland

Landwirtschaft

Jahrhundertelang war Schleswig-Holstein eine vorwiegend ländlich geprägte Region gewesen. In preußischer Zeit veränderte sich nördlich der Elbe das Verhältnis von städtischer und ländlicher Bevölkerung, da die Landwirtschaft durch eine zunehmende Mechanisierung mit einer geringeren Zahl von - dann allerdings ständig beschäftigten - Arbeitskräften auskam.

Demgegenüber verhießen die Städte unabhängig von saisongeprägter Arbeit auf dem Lande jetzt ganzjährige Beschäftigung und damit ein kontinuierliches Einkommen. Der Anteil der in Schleswig-Holstein in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen, der 1867 noch die Hälfte der Erwerbstätigen ausgemacht hatte, verringerte sich bis 1907 auf 29 Prozent, wobei allerdings – ähnlich wie bei der städtischen Entwicklung – auch in der Landwirtschaft vor allem im nördlichen Teil Schleswigs die Entwicklung längst nicht so schnell voranging wie in Holstein.

Die nun von weniger Menschen produzierten landwirtschaftlichen Produkte blieben aber weiterhin die wichtigsten Exportgüter der Provinz Schleswig-Holstein, wobei sich deren Produktion und Vermarktung den Möglich-

keiten der neuen Zeit anpassten. Zum einen war dies die Mechanisierung der Arbeit auf dem Lande, zum anderen boten der Eisenbahn- und Kleinbahnbau die Möglichkeit zum besseren Transport von Düngemitteln, aber auch von importiertem Futter auf das Land ebenso wie zum schnelleren Absatz der landwirtschaftlichen Produkte zur Veredelung, z.B. in Meiereien oder direkt zum Verbraucher, sei es in den Städten des Landes oder zum Export. In diesem Zusammenhang stieg der Anteil der Viehwirtschaft gegenüber dem Getreideanbau deutlich an.

Die Entwicklung des Meiereiwesens stellt dabei eine wichtige Verbindung zwischen Stadt und Land dar. Die Milch konnte mit Hilfe von Dampfkraft und Zentrifugen schneller als früher entrahmt oder durch Kühlung und Pasteurisierung haltbar gemacht und zu Butter, Quark und Käse von weit höherer und haltbarer Qualität als zuvor in der bäuerlichen Eigenproduktion weiterverarbeitet werden. Das führte in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu einem Gründungsboom von Meiereibetrieben entweder als Einzelfirmen, die ihre Milch von vertraglich an sie gebundenen Bauern bezogen, oder als Genossenschaftsmeiereien, an denen die zuliefernden Bauern beteiligt waren.

Ländliche Meierei

Wie weit die Geschäftsbeziehungen gespannt waren, kann man gut im Landschaftsmuseum Unewatt sehen: Dort sind die Geschäftspapiere eines Butterhändlers aus Dollerup ausgestellt. Interessant ist zum einen wie weit seine Geschäftsbeziehungen reichten, bis Dresden und darüber hinaus, vor allem aber staunt man, wie schnell der Transport zuerst mit der Kleinbahn, dann mit der Fernbahn abgewickelt wurde!

Auf der Seite der Bauern führte der wirtschaftliche Erfolg der Meiereiprodukte und ihrer Vermarktung dazu, dass sich der Bestand an Milchkühen bis zum Ersten Weltkrieg stark ausweitete. Das wiederum erforderte eine rege Bautätigkeit auf dem Lande, wobei die alten Stallgebäude vielfach durch moderne Bauten ersetzt wurden, die arbeitsintensive Tätigkeiten, wie Füttern, Melken und Entmisten, erheblich erleichterten. Die steigende Nachfrage führte dazu, dass man sich über landwirtschaftliche Beratungs- und Zuchtvereine darum bemühte, z.B. durch züchterische Maßnahmen sowie durch gezielte Fütterung, den Milchertrag zu steigern. In Angeln etwa erzielten die Bauern um 1875 durchschnittlich 2.500 kg Milch oder 85 kg Butter pro Kuh und Jahr, bis 1911 stieg die Leistung der Kühe auf durchschnittlich 3.500 kg Milch oder 140 kg Butter. Aber auch die bäuerlichen Wohngebäude wurden gerade um die Jahrhundertwende vielerorts dem städtischen Wohngeschmack nachempfunden. Bei einer Fahrt über Land sieht man vielerorts alte Bauernhöfe aus dem Ende des 19. Jahrhunderts, die mit einem säulengetragenen Portikus Stilmittel des städtischen Villenbaus haben und die traditionellen ländlichen Bauformen, bei denen Mensch und Tier unter einem Dach lebten, ablösten.

Eine entscheidende Verbesserung der agrarischen Produktionsmöglichkeiten erfuhr vor allem die Geest durch die Bodenverbesserung, sei es durch das Einarbeiten von Mergel in den Boden oder durch die Düngung mit Kunstdünger. Bei Entwässerungsmaßnahmen kam durch dampfgetriebene Schöpfwerke ebenfalls die moderne Technik zum Einsatz.

Neben der Landwirtschaft entwickelte sich in preußischer Zeit auch eine planmäßige Forstwirtschaft, nicht zuletzt um dem Holzbedarf der schnell wachsenden Städte nachzukommen. Planmäßig wurden beispielsweise Heideflächen in Staats-, Provinzial-, Kommunal und Privatforsten aufgeforstet, vor allem mit schnell wachsenden Nadelhölzern. In Schleswig wurde ein Regierungsforstamt geschaffen, das die Aufsicht über die Forstämter führte.

Politisierung der Massen – Spaltung der Gesellschaft

In Preußen und ab 1871 im deutschen Kaiserreich begann für Schleswig-Holstein auch gesellschaftspolitisch ein neues Zeitalter: die Politisierung großer Teile der Bevölkerung durch Parteien, Gewerkschaften und Vereine, die mit der tiefen Spaltung der Gesellschaft in ein immer stärker national denkendes Bürgertum und das sozialdemokratische Arbeiter-Milieu verbunden war.

Gegenüber dem gesamtdeutschen Parteiensystem unterschieden sich die Verhältnisse in Schleswig-Holstein grundsätzlich dadurch, dass aufgrund des geringen Anteils der katholischen Bevölkerung das Zentrum praktisch keine Rolle spielte, während in Nordschleswig die dänische Bewegung aktiv war. Bei der Wahl zum Verfassungsgebenden Reichstag des Norddeutschen Bundes nur wenige Wochen nach der Inkorporation in Preußen wurden in den Wahlkreisen Apenrade und Sonderburg-Flensburg zwei dänische Abgeordnete gewählt. Die schleswig-holsteinischen Liberalen hatten sich aus ihrer von 1848 bestimmten Tradition 1863/64 dem Herzog von Augustenburg, der sich ganz bewusst auf das Staatsgrundgesetz von 1848 bezogen hatte, zugewandt. Bei den ersten Wahlen konnten sie alle anderen sieben Wahlkreise gewinnen, was die Vorbehalte im Lande gegen das neue preußische Regime zeigte. Bis 1870 widerstanden die schleswig-holsteinischen Liberalen, die zwischen augustenburgischen Anhängern einer Unabhängigkeit des Landes und jenen, die wohl oder übel die Realitäten anzuerkennen bereit waren, gespalten waren, dem Werben der preußischen liberalen Fortschrittspartei, um dann in ihrer Mehrheit doch unter dem Namen Liberale Fortschrittspartei Schleswig-Holsteins den Zusammenschluss zu suchen.

Die Liberalen blieben stärkste parlamentarische Kraft in der Provinz Schleswig-Holstein. Rückhalt fanden sie vor allem im Handwerk, bei kleinen Kaufleuten und Beamten sowie im kleinen und mittleren Bauerntum. In der Parteiführung blieb jedoch lange Zeit das Bildungsbürgertum bestimmend.

Die Nationalliberalen, Verfechter der preußischen Lösung, waren vor allem eine Partei des wohlhabenden bürgerlichen Mittelstandes, der Beamten, Kaufleute, Akademiker und Landbesitzer, während bei den Freikonservativen die hohen Staatsbeamten prägend waren.

Als „preußische“ Partei waren die Deutsch-Konservativen im Land nur schwach vertreten, hier organisierte sich vor allem der adlige Großgrundbesitz. Die Konservativen besaßen allerdings mit dem 1893 gegründeten

„Bund der Landwirte“ (BdL) eine nicht unbeachtliche Vorfeldorganisation. Als aggressiver Vorkämpfer des agrarischen Schutzzolls gewann der BdL, dessen Programmatik vom Blut-und-Boden-Denken und vom Antisemitismus durchdrungen war, auch bei kleineren und mittleren Landbesitzern zahlreiche Anhänger.

Mit Ausnahme der Jahre, in denen das Sozialistengesetz ihr die politische Arbeit erschwerte, konnte sich die Sozialdemokratie seit 1874 stetig steigender Zustimmung unter der städtischen Arbeiterschaft, aber auch unter den Landarbeitern in den vorwiegend gutswirtschaftlich oder großbäuerlich geprägten Gebieten des östlichen Hügellandes und der fruchtbaren Marschgebiete sicher sein. Schon bei seiner ersten Teilnahme an einer Wahl in Schleswig-Holstein errang der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ 1874 zwei Reichstagsmandate in Schleswig-Holstein.

Insbesondere nach der Aufhebung der Sozialistengesetzte 1890 konnte die SPD beginnen, eine Parteiorganisation für die Provinz Schleswig-Holstein aufzubauen und eng mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Die industriellen Zentren waren dabei der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Arbeit, hier hatte sie in der Industriearbeiterschaft ihre Mitgliedsbasis, hier baute sie nicht nur hauptamtliche Parteistrukturen auf, sondern schuf auch eine sozialdemokratische Vereinsstruktur vom Konsumverein über Bildungsvereine bis hin zu Sport- und Freizeitvereinen, die ihre Mitglieder von der Wiege bis zur Bahre begleitete. In Nordschleswig blieb sie zum einen wegen der Stärke der dänischen Bewegung, zum anderen wegen der fehlenden industriellen Basis weit hinter den Ergebnissen zurück, die sie in den städtischen Zentren Schleswig-Holsteins erreichte. 1914 konnte die schleswig-holsteinische SPD mit 55.000 Mitgliedern eine eindrucksvolle Massenbasis aufweisen.

Durch die Obrigkeit aktiv unterstützt, war seit Ende der siebziger Jahre der organisierte Nationalismus zum entscheidenden Integrationsfaktor des Bürgertums geworden. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung nicht zuletzt im starken Zulauf zu den Kriegervereinen. Die aus der Armee der Erhebungszeit hervorgegangenen Kriegervereine waren ursprünglich schleswig-holsteinisch und eher liberal-demokratisch gesinnt gewesen, nach der Reichsgründung fielen sie, wie große Teile des Bürgertums, einer deutschnationalen Ideologie anheim, die von Militarismus und Imperialismus geprägt war. Innenpolitisch fand dies seine Entsprechung im Kampf gegen die sozialdemokratischen – und in Schleswig-Holstein auch die dänischen

– „Reichsfeinde“. So empfanden sich die Kriegervereine denn auch als der feste Wall gegen die rote Flut, wie es der Volkskundler Harm-Peer Zimmermann ausdrückte.

Die Nordschleswig-Frage

Die Inkorporation der Herzogtümer als Provinz Schleswig-Holstein in den preußischen Staat entsprach zwar nicht den Hoffnungen und Wünschen der schleswig-holsteinischen-augustenburgischen Bewegung, die ein selbständiges Schleswig-Holstein unter Herzog Friedrich VIII. von Augustenburg vorgezogen hätte, doch fand man sich zumindest nach der Reichsgründung von 1871 mit den neuen staatlichen Gegebenheiten ab. 1881 erfolgte dann mit der Heirat des preußischen Prinzen Wilhelm, des späteren Wilhelm II., mit Prinzessin Auguste Victoria, die endgültige Aussöhnung zwischen Preußen und den Resten der augustenburgischen Bewegung. 1888 wurde Auguste Victoria an der Seite Wilhelms II. deutsche Kaiserin.

Ganz anders stand es aber um die Gefühle der dänischsprachigen und überwiegend dänischgesinnten Bevölkerung, die im nördlichen Schleswig die Mehrheit der Bevölkerung ausmachte. Sichtbar wurde dies dadurch, dass bei den Reichstagswahlen im nördlichsten Wahlkreis I des Deutschen Reiches bis zum Ersten Weltkrieg stets ein dänischgesinnter Abgeordneter und selbst bei den Wahlen zum preußischen Landtag, die durch das Dreiklassenwahlrecht eingeschränkt waren, zwei Abgeordnete des dänischen Volksteils gewählt wurden.

Die Hoffnung, nicht auf Dauer preußisch bleiben zu müssen, war den dänischgesinnten Nordschleswigern im Artikel 5 des 1866 in Prag geschlossenen preußisch-österreichischen Friedensvertrags mit auf den Weg gegeben worden; dort hieß es, dass die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen. Auf diese Klausel gründete sich die Protesthaltung weiter Teile der nordschleswigschen Bevölkerung.

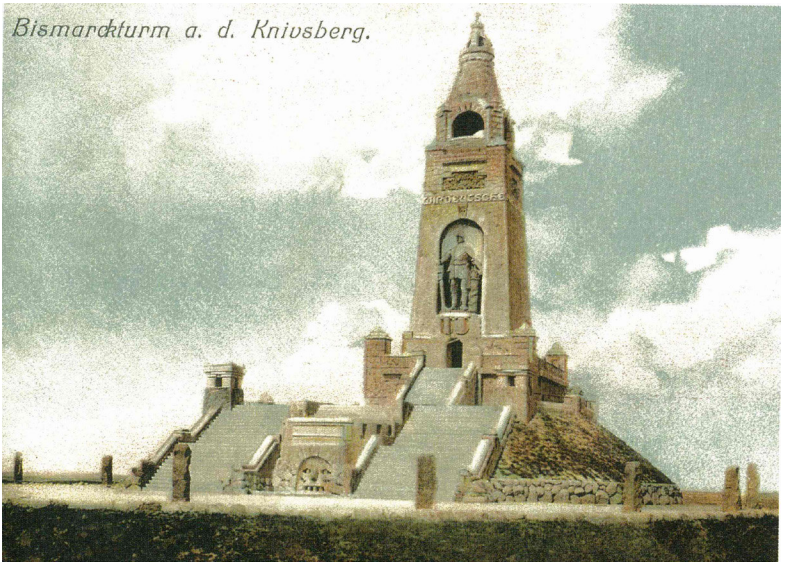
Als sich Preußen und Österreich 1878 darauf einigten, den Artikel 5 des Prager Friedens aufzuheben, sanken die Hoffnungen der nordschleswigschen Dänen auf eine Verbindung mit Dänemark in einem absehbaren Zeitraum. Gerade deshalb begann man aber mit Unterstützung aus Dänemark, Sprache, Kultur und seine innere Verbundenheit mit Dänemark intensiv zu pflegen. Losgelöst von der Verpflichtung des Artikels 5 konnte Preußen

nun daran gehen, stärker als zuvor die sprachliche – und damit auch die nationale – Umformung Nordschleswigs zu betreiben. Seit 1867 war in den dänischsprachigen Gebieten Nordschleswigs zwar Deutschunterricht eingeführt worden, noch war aber die überwiegende Schulsprache zumindest auf dem Lande Dänisch. Das änderte sich deutlich mit den Sprachverordnungen von 1878, 1884 und 1888, in denen festgelegt wurde, dass die Unterrichtssprache in den meisten Fächern von nun an überall Deutsch sein sollte.

War es nach der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen die Einführung der Wehrpflicht gewesen, die viele dänische Nordschleswiger zur Auswanderung veranlasste, so führte auch die Sprachpolitik zu einer starken Auswanderungswelle aus Nordschleswig, die allerdings dann wiederum das Entstehen einer organisierten dänischen Bewegung hervorrief. Denn es wurde den führenden dänischen Politikern deutlich: das Ergebnis von Auswanderung und deutscher Sprachpolitik würde langfristig eine Schwächung des dänischen Bevölkerungsteils in Nordschleswig bedeuten. Dem war nur dadurch zu begegnen, dass man auf lange Sicht die Bewahrung der dänischen Sprache und Nationalität im preußischen Staat organisierte. Der Journalist Hans Peter Hanssen (1862-1936) wurde im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zum führenden Kopf der dänischen Bewegung in Preußen; er führte die dänischen Nordschleswiger bis zur Volksabstimmung im Jahr 1920.

Unterlag die dänische Bewegung seit der Eingliederung in Preußen der kritischen behördlichen Aufmerksamkeit und wurde dem beginnenden dänischen Vereinsleben mit verstärkter Repression begegnet, so verschärfte sich um die Jahrhundertwende die politische Gangart. Dies entsprach der selbstbewussten nationalen Machtpolitik, die mit der Entlassung Bismarcks und dem „persönlichen Regiment“ Wilhelms II. verbunden war. An vielen Orten Nordschleswigs zeigte sich eine deutschnationale Haltung, die u.a. seit 1890 vom Deutschen Verein für das nördliche Schleswig (Nordmarkverein) getragen wurde, z.B. durch die Errichtung des Bismarckturmes (erbaut 1895-1901) auf dem Knivsberg zwischen Apenrade und Hadersleben.

Als im Jahre 1914 mit großem Aufwand am 28. Juni die Gedenkveranstaltung zum Krieg von 1864 gefeiert wurde – es war der Tag, an dem der Erste Weltkrieg mit den Schüssen von Sarajewo seinen Ausgang nahm –, hatten 50 Jahre preußischer Politik mit teilweise äußerst repressivem Vorgehen gegen die dänische Bewegung längst nicht die erhoffte Wirkung gezeigt. Nur die Städte mit ihrer zentralen Infrastruktur aus Verwaltung, Post, Eisenbahn



Knivsbergturm, ca. 1902 (Historische Postkarte)

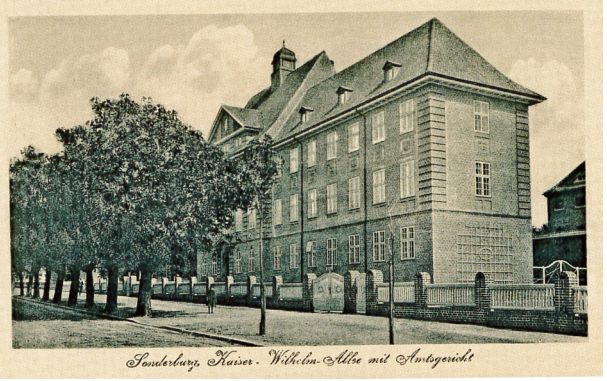
und teilweise Militär sowie Teile des schleswigschen Mittelrückens östlich Tonderns wiesen deutsche Mehrheiten auf. Die dänischgesinnte Bevölkerung bildete hingegen in Nordschleswig insgesamt weiterhin die Mehrheit.

Die dem Ersten Weltkrieg folgenden Friedensschlüsse stellten den Versuch einer nationalpolitischen Neuordnung Europas auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker dar. Dies war zumindest die Vorstellung einer Ideallösung, wie sie der amerikanische Präsident Wilson in seinem „14-Punkte-Programm“ 1917 vorgeschlagen hatte. Das Verfahren, der Ablauf und die propagandistische Begleitung der Abstimmung bezogen breite Kreise der Bevölkerung mit ein. Sprachliche und kulturelle Bindungen, geistige oder materielle Wertvorstellungen traten bei der Frage „deutsch“ oder „dänisch“ miteinander in Konkurrenz. Dabei konnte es geschehen, dass Angehörige einer Familie individuell abweichende Entscheidungen fällten.

Am 10. Februar 1920 entschieden sich in der 1. Zone 74,9% für Dänemark. Die für Deutschland abgegebenen Stimmen traten z.T. markant im südlichen und südwestlichen Teil der Abstimmungszone, aber auch in den Städten der Ostküste hervor. Der vorgeschriebene Abstimmungsmodus als „en-bloc“-Abstimmung sah aber eine Berücksichtigung abweichender örtlicher Mehrheiten nicht vor. In der 2. Zone, in der am 14. März abgestimmt wurde, richtete sich der Blick und die dänischen Hoffnungen vor allem auf die Stadt Flensburg, die sich aber am 14. März mit 75,2% der Stimmen

mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland aussprach. Insgesamt stimmten in der 2. Zone 80,2% für Deutschland. Die Festlegung der deutsch-dänischen Grenze erfolgte somit aufgrund eines Mehrheitsvotums der betroffenen Bevölkerung, allerdings blieben aufgrund der nationalen Gemengelage beiderseits der Grenze Minderheiten zurück.

Für die junge Weimarer Republik war das Zustandekommen des Versailler Vertrages eine schwere Hypothek; neben den hohen wirtschaftlichen Belastungen durch die Reparationen bildeten vor allem die Gebietsabtretungen - mit und ohne Volksabstimmung - sowie die Probleme der deutschen Bevölkerungsteile jenseits der Reichsgrenzen Schwierigkeiten bei der Stabilisierung der neuen demokratischen Staatsform. In Schleswig-Holstein wurde die Abtretung Nordschleswigs zu einem der wichtigsten landespolitischen Themen und sollte in den zwanziger Jahren von wesentlicher Bedeutung für das Wahlverhalten im Lande, vor allem im Landesteil Schleswig, werden.



Amtsgericht Sonderburg (Historische Postkarte)

Schleswig-Holstein hat sich in den Jahrzehnten nach 1864/67 bis zum Ersten Weltkrieg den preußischen Verhältnissen mal schneller und mal langsamer angenähert. Schleswig-Holsteinische Sonderinteressen hatten in dieser Zeit an Bedeutung verloren und die Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg verlief bis zur Auflösung Preußens und bis zur Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend parallel zur preußischen und zur allgemeinen deutschen Geschichte. Allerdings sollte bis 1945 das Ergebnis der Volksabstimmung und die deutsche Minderheit in Nordschleswig noch Einfluss auf die politische Entwicklung in Schleswig-Holstein haben.

Literaturauswahl

Klaus Alberts: Düppel 1864. Schleswig-Holstein zwischen Dänemark und Preußen. Heide 2013.

Walter Asmus, Andreas Kunz, Ingwer E. Momsen: Atlas zur Verkehrsgeschichte Schleswig-Holsteins im 19. Jahrhundert. Neumünster 1995.

Robert Bohn: Geschichte Schleswig-Holsteins. München 2006.

Uwe Danker, Utz Schliesky (Hrsg.): Schleswig-Holstein 1800 bis heute. Eine historische Landeskunde. Husum 2014.

Oswald Hauser: Preußische Staatsraison und nationaler Gedanke. Neumünster 1960.

Erich Hoffmann: Das Nationalitätenproblem in Schleswig-Holstein 1867-1914. Geschichte Schleswig-Holsteins Bd. 8, Teil 2. Neumünster 1995.

Ulrich Lange (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neumünster ²2003.

Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Ortwin Pelc (Hrsg.): Das neue Schleswig-Holstein Lexikon. Neumünster 2006.

Lars N. Henningsen (Hrsg.): Sydslesvigs danske historie. Flensborg 2009.

Thomas Steensen: Im Zeichen der neuen Zeit. Nordfriesland 1800 bis 1918. Bredstedt 2004.

Hans Schultz Hansen (Red.): Sønderjyllands Historie, 2 Bde. (Historisk Samfund for Sønderjylland). Aabenraa 2009.

Jann Markus Witt, Heiko Vosgerau (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins, anschaulich, spannend, verständlich. Heide ²2010.

Gehört Lauenburg überhaupt zu Schleswig-Holstein?

von *Carsten Walczok*

Problemstellung

Dieser zugegebenermaßen etwas plakative Titel soll lediglich das hier zu behandelnde Problem aufzeigen. Der Landkreis im Süden Schleswig-Holsteins, also der Kreis Herzogtum Lauenburg, hat nicht die gleiche Beziehung zum Rest des Landes, wie eben dieser Rest.

Wie ist dieser, meines Erachtens nach, unbefriedigende Zustand zu erklären und was könnte man unternehmen, um ihn zu ändern?

Jedem aufmerksamen Beobachter fällt schnell auf, dass bei Veranstaltungen im nördlichen, ja selbst bei solchen im mittleren Landesteil, der Süden relativ wenig vertreten ist. Selbstverständlich gibt es vielfältige Beziehungen zwischen Kiel (hier benutzt als Synonym für das ganze Land) und eben dem Kreis Herzogtum Lauenburg. Natürlich ist auch der Heimatbund und Geschichtsverein Herzogtum Lauenburg Mitglied im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und selbstverständlich fahren auch die Archivare aus dem Lauenburgischen zu den Archivtagen nach Rendsburg.

Allerdings, wenn ich mir die Teilnahme am Tag der Geschichte am 11. Juni 2016 in Rendsburg ansehe, dann war eben der Süden wieder nicht besonders stark vertreten. Zwischen all den Nordlichtern wirkte unser Info-Stand aus Geesthacht fast ein klein wenig exotisch.

Um jedweden Missverständnissen vorzubeugen, wir sind natürlich gerne nach Rendsburg gekommen und haben die rund 1,5 Stunden dauernde Autofahrt gerne auf uns genommen. Zugleich liegt da vermutlich auch eine Antwort auf die Frage, warum so wenige den Weg nach Norden gefunden haben.

Die Vergangenheit

Ich will darauf hinaus, dass vielleicht die Interessen in Schleswig andere sein könnten, als im Lauenburgischen. Die Vergangenheit des Herzogtums Schleswig ist geprägt vom Miteinander der Dänen und der Deutschen, allerdings saß für beide der König in Kopenhagen. Den Aspekt der Gottorfer in der eh schon recht komplexen Geschichte Schleswig-Holsteins lasse ich einmal unbeachtet. Städte wie Husum oder Flensburg waren geprägt vom Handel und oder vom Fischfang, beides basierte auf der Seefahrt. Selbst die Städte in Holstein waren stark mit der Seefahrt verbunden, ich denke da an Lübeck oder auch an Altona. Ganz anders dagegen im Herzogtum Lauenburg, hier war man vielmehr kontinental geprägt. Das Land lag (und liegt) im Süden der Kimbrischen Insel und wies einen mächtigen Waldbestand auf. Die Einwohner lebten weniger vom Überseehandel als von der Landwirtschaft und vom Handel und insbesondere vom Warentransport zwischen den Handelsplätzen. Sei es der Salzhandel zwischen Lüneburg und Lübeck, der von den Lübecker Stecknitzfahrern betrieben wurde. Fast bedeutender war die Elbschifffahrt, aber eben auch nur als lokaler Warentransport. Lediglich durch die Verarbeitung von Metall, hier insbesondere Kupfer im Bereich von Lauenburg und Stormarn, erreichte die Region eine gewisse überregionale Bedeutung. Lübecker und Hamburger Unternehmer machten sich das Wissen und den Wasserreichtum der Region zu nutze und importierten Kupfer, meist als Rohlinge, in die Region und ließen dieses Produkt in so genannten Kupfermühlen aufarbeiten, z.B. zu Kupferplatten, heute nennt man diesen Vorgang eine Rohstoffveredelung. Sicher gab es auch anderswo Hammerwerke zu Kupferverarbeitung, aber selten so konzentriert wie an den Gewässern in Stormarn und Lauenburg.

Während man in Schleswig und Holstein über Jahrhunderte von Dänemark geprägt wurde, war dies im Herzogtum Lauenburg nicht der Fall. Im Land zwischen Bille und Elbe dagegen war man erst lange Reichsunmittelbar, dann von 1713 an in Personalunion mit Großbritannien verbunden und erst ab 1815 kam man zu Dänemark. Ob man sich aber im Lauenburgischen wirklich zum dänischen Gesamtstaat zugehörig gefühlt hatte, muss als fraglich gelten. Letztlich war Kopenhagen, gefühlt ebenso weit entfernt vom Lauenburgischen, wie London. In beiden Fällen bedeutete das für die Lauenburger lediglich, dass ihre Herren möglichst weit weg waren und ihnen nicht „reinredeten“.

Während des Konfliktes um die Herzogtümer von 1848 erinnerte man sich sehr schnell, dass man eigentlich keinen Streit mit dem dänischen König hatte und erklärte sich deshalb für neutral. Kaum Überraschend, dass von Seiten der Schleswiger und Holsteiner damit klar war, dass die Lauenburger Verräter und Feiglinge seien.

Und dann, als die Preußen kamen, zeigte sich wieder die Andersartigkeit der Lauenburger. Die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurden bereits 1867 durch ein entsprechendes Patent des preußischen Königs seiner Herrschaft einverleibt. Das Herzogtum Lauenburg wiederum wurde erst 1876 ein Teil Preußens, jetzt zwar nicht mehr als Herzogtum, sondern nur als Landkreis. Allerdings noch immer mit dem „Herzogtum“ im Namen und ausgestattet mit verschiedenen Sonderrechten. Und als nach dem Zweiten Weltkrieg aus der ehemaligen preußischen Provinz das Land Schleswig-Holstein entstand, gab es durchaus Überlegungen, ob das Landeswappen womöglich aus Symbolen der drei Herzogtümer bestehen sollte. Selbst heute noch kann es einem Politiker aus Kiel passieren, dass man ihm bei einem Besuch im Lauenburgischen erklärt, dass man schließlich nur nach Schleswig-Holstein zugeschlagen wurde.

Vereinfachend gesagt, war das Herzogtum Lauenburg immer von Hamburg und Lübeck beeinflusst. Sei es, dass im Mittelalter der Stecknitz-Kanal von Lübeck durch das Lauenburgische gebaut wurde. Sei es, dass Hamburg und Lübeck in einer gemeinsamen Aktion die Bergedorfer Burg in ihre Gewalt brachten und dann im Perleberger Frieden von 1420 die Lauenburger Herzöge das Sachsenwaldstädtchen Bergedorf behielten und den halben Sachsenwald für sich beanspruchten. Später planten und bauten die Hamburger eine Eisenbahntrasse von Hamburg nach Bergedorf, um von dort über das Lauenburgische ihren Warentransport mit Lübeck zu verkürzen. Alfred Nobel exportierte über den Hamburger Hafen seinen Sprengstoff in alle Welt, produzieren ließ er diesen aber im damals zu Hamburg gehörigen Geesthacht. Später baute man dort an der Elbe das Pumpspeicherwerk und das Atomkraftwerk im Auftrag der Hamburgischen Elektrizitätswerke.

Die Gegenwart

Auch heute noch haben die beiden Städte einen gewichtigen Einfluss auf den Kreis Herzogtum Lauenburg. Insbesondere der Süden des Kreisgebietes, als Teil des so genannten Hamburger Speckgürtels, ist vielfältig mit der Hansestadt verknüpft.

Die Verbindung des Kreises mit der Hansestadt ist letztlich offensichtlich, immerhin gibt es eine enge Verflechtung durch den öffentlichen Nahverkehr, der durch die S-Bahn und den Verkehrsverbund Hamburg-Holstein (VHH) jeden Tag für viele Menschen ganz praktisch erlebbar ist. Weiterhin gehen, fast möchte man sagen schon seit Urzeiten, immer wieder Kinder auf Hamburger Schulen. Manche von diesen finden später in der Stadt auch ihren Beruf, denn dort befinden sich die Arbeitsplätze von zahlreichen Lauenburgern. Über 60 Prozent der Lauenburgischen Auspendler fahren täglich nach Hamburg. (Zahlen vom Kreis Herzogtum Lauenburg) Darüber hinaus ergeben sich auch andere, z.B. kulturelle Verbindungen, nicht wenige Nichthamburger nutzen aktiv das vielfältige kulturelle und sportliche Angebot der Nachbarstadt, insbesondere natürlich die Bürger aus den Kommunen, die direkt an Hamburg grenzen. Sie gehen in Hamburg ins Kino oder Theater oder engagieren sich sogar aktiv in Vereinen und Verbänden der Hansestadt. Nur der Vollständigkeit halber sei auch erwähnt, dass die Gemeinden an der Landesgrenze zu Hamburg natürlich auch die Hamburger Vorwahl bei ihren Telefonnummern verwenden müssen. Wer z. B. in Börnsen die Feuerwehr anruft und die 112 wählt, landet bei der Leitstelle in Hamburg.

Die Beziehungen zwischen Hamburg und Lauenburg sind also durchaus vielfältig. Folglich ist es auch nicht nur im Hinblick auf die räumliche Nähe nahe liegend, dass die Lauenburger eher nach Hamburg auf Kampnagel gehen, als nach Rendsburg ins Arsenal. Vor diesem Hintergrund stellt sich mir nun weniger die Frage, wie man diesen Umstand ändern könnte, sondern vielmehr ob man dieses tun sollte? Schließlich ist die Gegenwart auch immer ein Produkt der Vergangenheit.

Ich denke es ist weitaus erfolgversprechender, sich zuerst einmal diese Realitäten klar zu machen, zu akzeptieren und dann für die Zukunft zu überlegen, was trennend bleiben wird und wo sich Gemeinsamkeiten finden lassen. Gemeinsamkeiten also, die es erlauben, alle drei Herzogtümer näher miteinander zu verbinden.

Laudatio des Vorsitzenden *Jörg-Dietrich Kamischke* anlässlich der Verleihung des Nachwuchspreises der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte an Frau *Lisa Kragh* am 5. Dezember 2016

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste,

zusammen stehen wir heute mit Stolz und Freude am Anfang einer noch jungen aber schon überaus aussichtsreichen Tradition: Für eine besondere Leistung auf dem Gebiet der schleswig-holsteinischen Geschichte wird heute zum zweiten Mal der Nachwuchspreis vergeben.

Stolz sind wir darauf, dass es uns dank des großzügigen Mäzenatentums der Brunswiker Stiftung von Herrn Jarchow möglich ist, zusätzlich neben dem langjährig eingeführten Preis der Gesellschaft als weitere gut dotierte Auszeichnung einen speziell dem wissenschaftlichen Nachwuchs gewidmeten Preis bereitzustellen. Und die Freude hat ihren Grund darin, dass es eine alle Erwartungen übertreffende Anzahl von sehr qualifizierten Bewerbungen gegeben hat, die dem Jurorenkollegium eine überaus schwierige, verantwortungsvolle Entscheidung abverlangte. Diese großartige Resonanz hat zum einen gezeigt, welch breites Spektrum und hohes Niveau an wissenschaftlicher Forschungsarbeit am Lehrstuhl für Regionalgeschichte entfaltet wird. Sie macht zum anderen mehr als deutlich, wie viele zu besten Hoffnungen berechtigte Talente in der Nachwuchsgeneration der Hochschule aktiv sind.

Das ist für alle Freunde der Landesgeschichte eine wunderbare Erkenntnis. Der ausgeschriebene Preis kann aber auch bei hoher Wertschätzung aller eingereichten Bewerbungen nur für eine Arbeit vergeben werden. Das ist in diesem Jahr die Masterarbeit von Frau Lisa Kragh mit dem Titel „Kieler Meeresforschung im Kaiserreich: Die Planktonexpedition von 1889 im Kontext von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit“.

Lisa Kragh ist im Kreis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und der damit eng verbundenen hiesigen Regionalgeschichtsforschung längst kein unbeschriebenes Blatt mehr. So hat sie nicht nur im Jahr 2014 aus einer Seminararbeit einen inhaltlich tiefschürfenden Beitrag für die

Zeitschrift der Gesellschaft zum Konnex von Bauernschaft und Waldrückgang im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Schleswig-Holstein kreiert. Schon dies bedeutet für eine Studentin keineswegs etwas Alltägliches. Sie hat zudem als fachkundige Referentin bei dem diesjährigen Eutiner Arbeitsgespräch zur norddeutschen Reisegeschichte, bei der Ringvorlesung zu Expeditionen Kieler Wissenschaftler sowie bei der Plöner Tagung zu den „kleinen“ Herzögen von Sonderburg-Plön mitgewirkt. In diesem Zusammenhang hat sie das jeweilige Auditorium nicht nur durch ihren druckreifen Vortrag, sondern mehr noch durch ihre ruhige Sicherheit in der sich daran anschließenden Diskussion beeindruckt. Insofern bedeutet die heutige Preisverleihung die Fortsetzung einer ganz beachtlichen Reihe von Erfolgen einer begabten Nachwuchswissenschaftlerin.

Lisa Kragh wurde in Flensburg geboren. Nach dem Abitur an der Auguste-Viktoria-Schule nahm sie das Studium der Fächer Geschichte und Anglistik/Nordamerikanistik im Profil Lehramt an Gymnasien an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel auf. Dies absolvierte sie bis 2013 im Bachelorstudiengang mit der erfreulichen Abschlussnote 1,0 und von 2013 bis 2015 im Masterstudiengang mit der nicht weniger beachtlichen Zensur 1,1. Während ihres Studiums war Frau Kragh zunächst bis September 2012 als studentische Hilfskraft am Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik der CAU, sowie ab März 2014 bis zum August 2015 als wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Regionalgeschichte tätig. Von Oktober 2012 bis zum Mai des Jahres 2013 wirkte sie obendrein als Fremdsprachenassistentin im Fach Deutsch als Fremdsprache am Hills Road Sixth College in Cambridge. Seit September 2015 forscht und lehrt sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Kieler Regionalgeschichte, wobei sie sich in ihrem aussichtsreichen Dissertationsvorhaben intensiv mit dem Thema „Forschung für Volk und Vaterland? Rechtfertigungsnarrative der Naturwissenschaften von 1773 bis 1919 am Beispiel Schleswig-Holsteins“ befasst. Dabei reiht sich Frau Kragh nicht nur in die mittlerweile stattliche Zahl von Nachwuchswissenschaftlern ein, die an der Regionalgeschichte der CAU nachhaltig zum Schwerpunktfeld der Kieler Universitätsgeschichte forschen. Mit der heute zu würdigenden Masterarbeit hat sie in gewisser Weise auch schon ausschnittsweise ihrem Dissertationsthema vorgegriffen, das ebenfalls die Schnittmenge von Naturwissenschaften und Gesellschaft aufzuhellen trachtet.

Frau Kragh hat ihre Arbeit im Sommer 2015 eingereicht. In der obligatorischen Einleitung geht die Verfasserin auf ihr Erkenntnisinteresse ebenso

ein wie auf die damit verbundenen theoretischen Grundannahmen sowie die Quellenlage und den Forschungsstand. Der Hauptabschnitt ist alsdann eben der Planktonexpedition von 1889 in den Atlantischen Ozean im Kontext ihrer Zeit gewidmet. Dabei geht die Verfasserin zunächst auf die seinerzeitige wissenschaftliche Kontroverse um Sinn und Zweck dieser Forschungsreise vor dem Hintergrund der damaligen Genese einer neuen meeresbiologischen Fachdisziplin ein, um dann unter der Überschrift eines durchschlagkräftigen Legitimationsclusters den wissenschaftlichen Argumenten für die Durchführung und Finanzierung der Expedition die wirtschaftlichen und nationalen Argumente gegenüberzustellen. Einen eigenen Abschnitt bildet die Nachwirkung der Expedition. Hier wird dem Leser in konziser Weise Gelegenheit geboten, den anhand von Zeitungsmeldungen, Vorträgen und Fachpublikationen in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streit zweier wissenschaftlicher Schulen nachzuvollziehen, deren eine – die traditionelle morphologisch-klassifizierende Meeresbiologie – die Ergebnisse der Planktonexpedition als „nahezu völlig nutzlos“ und die beträchtlichen Kosten als „in's Wasser geworfenes Geld“ ansah. Demgegenüber erwies sich die Annahme des Expeditionsleiters als Vertreter der neuen biologischen Ozeanographie, dass die Kleinstlebewesen der Meere direkt und indirekt die Urnahrungsquelle aller höheren Organismen bilden, letztlich als zutreffend. Zu guter Letzt geht Frau Kragh noch auf den letztlich aus der Planktonexpedition resultierenden Aufstieg und späteren Niedergang der sogenannten Kieler Schule der Meeresforschung ein. Auf eine Schlussbetrachtung mit Ausblick folgen ein umfängliches Quellen- und Literaturverzeichnis.

Frau Kraghs Arbeit besticht durch einen klaren Aufbau und eine beeindruckend flüssig zu lesende, da einwandfreie Sprache. Sie verdient Respekt durch eine an Umfang wirklich beachtliche Sichtung der vorhandenen Literatur und der überlieferten Quellen, wobei besonders hervorzuheben ist, dass ein Großteil dieser Quellen aus ungedruckten Berliner Archivbeständen geschöpft worden ist. Dies ist in der heutigen Zeit für eine studentische Abschlussarbeit alles andere als selbstverständlich und verdient umso größere Anerkennung.

Nicht zuletzt zeichnet sich Frau Kraghs Darstellung durch eine sensible Annäherung an das historisch relevante Phänomen der wechselseitigen Interdependenzen der Sphäre der Wissenschaft auf der einen Seite und den Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite aus. Dass sie sich hiermit differenziert auseinanderzusetzen weiß, zeugt von ei-

ner beachtlichen geistigen Durchdringung dieser komplexen Materie. Mit ihrem wissenschaftlichen Erstlingswerk leistet Frau Kragh auf diese Weise einen ernstzunehmenden, da die Diskussion konstruktiv weiterführenden Beitrag zur Geschichte der Meeresforschung, der gewiss nicht nur im Fach Geschichte, sondern auch bei den Meeresbiologen auf eine fruchtbare Resonanz stoßen wird. Frau Kragh schlägt somit eine vielversprechende Brücke zwischen den Disziplinen, ohne sich in abgehobenen naturwissenschaftlichen Spezialdebatten zu verlieren. Vor allem zeigt Frau Kragh aber eindrücklich und überzeugend, dass Naturwissenschaften niemals nur eine reine, unparteiische und objektive Form von Forschung darstellen, sondern stets nur vernetzt mit der sie umgebenden Gesellschaft und in Begegnung mit deren Interessen und Bedürfnissen zu verstehen sind.

Alles in Allem machen diese Beobachtungen die Masterarbeit von Lisa Kragh, die im nächsten Jahr nicht von ungefähr in der renommierten Reihe der Kieler Werkstücke Reihe A: „Forschungen zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte“ publiziert werden soll, preiswürdig. Der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte war daher einhellig der Meinung, dass diese Arbeit den diesjährigen Nachwuchspreis der Gesellschaft verdient. In diesem Sinne freue ich mich außerordentlich, heute Abend Frau Kragh die Auszeichnung überreichen zu dürfen und wünsche ihr, dass dies ein Ansporn für weitere Erfolge auf dem weiten Feld der schleswig-holsteinischen Landes- und Regionalgeschichte sein möge.

Die große Landesgeschichte – das längste Projekt der GSHG

von *Ortwin Pelc*

Von interessierten Lesern, Forschern und Bibliothekaren wird zu Recht gefragt, wie es um die große Landesgeschichte steht, die von der Geschichtsgesellschaft vor nunmehr über 60 Jahren begonnen wurde und noch unvollendet ist. 2006 erschien die bisher letzte Lieferung für Band 8. Im Folgenden soll eine kurze Darstellung zur Entstehung und zum Stand des Projektes gegeben werden.

Bereits zum hundertsten Jubiläum der Geschichtsgesellschaft 1933 entwickelte der damalige Schriftführer der GSHG und Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek Volquart Pauls (1884-1954) den Plan einer schleswig-holsteinischen Landesgeschichte in sechs Bänden. Damals erschien eine erste Probelieferung von seinem Mitherausgeber des Werks, Otto Scheel, der von 1924 bis 1945 den Lehrstuhl für Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte innehatte; ihr folgten bis etwa 1942 weitere vier Lieferungen sowie ein vollständiger Band von Gustav Schwantes (1881-1960) zur Vorgeschichte. Nicht nur inzwischen verstorbene Autoren und fehlende Geldmittel, sondern auch die von der Ideologie der NS-Zeit geprägten Inhalte verhinderten eine Fortsetzung nach 1945.

Zu Beginn der 1950er Jahre konzipierte Volquart Pauls eine neue Landesgeschichte, nunmehr auf acht Bände ausgeweitet, vom Kultusministerium mitfinanziert und wiederum vom Wachholtz-Verlag verlegerisch betreut. Zwölf Autoren sollten die Zeiträume Stein- und Bronzezeit, Eisenzeit, Frühes Mittelalter sowie die Jahre 1050-1544, 1544-1721, 1721-1830, 1830-1867 und 1867-1945 betreuen. Pro Band waren je drei bis fünf Lieferungen vorgesehen, jährlich sollten davon vier bis sechs erscheinen, zusammen 33. Geographisch wurden Nordschleswig und Lauenburg eingeschlossen, Lübeck jedoch nicht. Absicht war, dass das Werk „außer der politischen, auch die Siedlungs-, Kultur-, Rechts-, Sozial-, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte darstellen“ sollte. Zum Leserkreis wurde bemerkt: „Die Geschichte Schleswig-Holsteins ist ebenso für den historisch interessierten Laien wie den Wissenschaftler bestimmt und ist in einer allgemeinverständlichen Weise dargestellt.“ Herausgeber der Reihe wurde – da Pauls verstorben war – der Schriftführer der GSHG und Landesbibliotheksdirektor Olaf Klose (1903-1987), die Redaktion übernahmen Fritz Hähnsen (1892-1965), zweiter Vor-

sitzender der GSHG und Syndikus der Handwerkskammer Flensburg, und Alexander Scharff (1904-1985), seit 1952 Professor, von 1957 bis 1972 Ordinarius für Schleswig-Holsteinische und Nordische Geschichte an der CAU.

Als erstes erschien – entgegen der Chronologie – 1955 der dritte Band, die Frühgeschichte von der Völkerwanderungszeit bis zur Wikingerzeit, verfasst von Herbert Jankuhn. Im Vorwort dazu wurde angekündigt, dass das Gesamtwerk 1962 fertiggestellt sein sollte. 1958 folgte mit Band 1 erneut die Urgeschichte von Gustav Schwantes, der eine ausführliche Beschreibung der Naturlandschaften von Carl Schott vorangestellt wurde. 1960 lag dann Band 6 für die Jahre 1721 bis 1830 von Olaf Klose und Christian Degn (1909-2004) – damals Studienrat, später von 1965 bis 1978 Professor in Flensburg und Kiel – vor. Von Hermann Kellenbenz (1913-1990), zu dieser Zeit Professor an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg, erschienen im selben Jahr seine beiden Lieferungen zu Bd. 5 für die Zeit 1660 bis 1721. Für Band 8 legte Oswald Hauser (1910-1987), seit 1959 Professor an der CAU, 1966 die Lieferung „Provinz im Königreich Preussen“ vor, und Alexander Scharff stellte 1975 und 1980 zwei Lieferungen des Bandes 7, „Schleswig-Holstein und die Auflösung des dänischen Gesamtstaates 1830-1864/67“ fertig.

Da die Autoren unentgeltlich und je nach ihren beruflichen Belastungen arbeiteten, zog sich das Erscheinen der einzelnen Lieferungen und Bände wesentlich länger hin als geplant. Z.B. begann Walther Lammers (1914-1990) seine Geschichte des Hochmittelalters (Bd. 4,1) als Professor an der Universität Hamburg (1959-1965) und beendete sie nach langer Pause in den Jahren vor seiner Emeritierung als Professor an der Universität Frankfurt. Schlägt man diesen Band auf, dann wird dort als Erscheinungsdatum 1981 genannt. Aus verlegerischer Sicht macht ein solches damals aktuelles Datum durchaus Sinn, tatsächlich erschien aber die erste Lieferung bereits 1961, die weiteren 1964, 1972 und 1981. In diesem langen Zeitraum hatte sich der Forschungstand natürlich bereits verändert, was Lammers in seiner letzten Lieferung auch anmerkte. Dieses Problem begleitete das gesamte langwierige Projekt. Der Abschluss von Band 5 für die Zeit 1544 bis 1721 gestaltete sich ebenfalls schwierig, da Gottfried Ernst Hoffmann (1898-1978), 1950 bis 1963 Landesarchivdirektor in Schleswig, seine erste Lieferung zwar abschloss (1972), die zweite aber vor seinem Tod nur zum Teil als Manuskript vorlag. Klauspeter Reumann überarbeitete es und schrieb Teile neu; der gesamte Band erschien unter der Herausgeberschaft von Wolfgang Prange 1986.

Da die Zeitgeschichte immer mehr an Bedeutung gewann, wurde den Herausgebern damals offenbar klar, dass das Projekt nicht mit dem Kriegsende 1945 enden konnte. Deshalb erschien als Sonderveröffentlichung 1969 (und in zweiter erweiterter Auflage1998) ein Beiheft zu Band 8 von Kurt Jürgensen: „Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945-1947“. Auch ein Manuskript zur Wirtschaft in der NS-Zeit wurde bereits 1987 fertiggestellt.

Der Nachfolger von Christian Degn auf dem Lehrstuhl für Landesgeschichte wurde 1978 Erich Hoffmann (1926-2005). Er übernahm nun zusammen mit Olaf Klose die Herausgabe der großen Landesgeschichte und verfasste in über zehn Jahren den umfangreichen zweiten Teilband 4 „Spätmittelalter und Reformationszeit“, der in Lieferungen 1981,1984, 1986 und 1990 herauskam. Ursprünglich war dafür Wilhelm Koppe (1908-1986), 1947 bis 1972 Professor an der CAU, vorgesehen, der Anfang der 1970er Jahre ein Manuskript zu den Jahren 1227-1263 fertiggestellt hatte. Seit den 1970er Jahren erweiterte sich die Landesgeschichtsforschung stark um neue Themengebiete, insbesondere die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Es wurde nun deutlich, dass monographische Darstellungen eines historischen Zeitraums kaum noch von einem einzigen Autor zu leisten waren und auch die neuere Zeit immer mehr an Bedeutung gewann. So wurde nun die wichtige Zeit zwischen 1867 und 1945 in mehrere Bände aufgeteilt, zum Band 8 für den Zeitraum 1867 bis 1918 kam nun Band 9 für die Jahre 1918 bis 1945 hinzu. Und der achte Band wurde wiederum in zwei Teilbände getrennt, denn die ersten Jahrzehnte des Landes als preußische Provinz wurden als besonders einschneidend angesehen. Kai Detlev Sievers vollendete 1991 die Sozialgeschichte des Kaiserreichs bis 1914 (Bd. 8, 2, Lfg. 1). Erich Hoffmann legte 1995 die zweite Lieferung für Band 8,2 vor: „Das Nationalitätenproblem in Schleswig 1867-1914. Zugleich entwickelte er eine neue inhaltliche Gliederung für Band 8 und 9 der Landesgeschichte und beauftragte mehrere jüngere Historiker – vor allem aus dem Kreis seiner Doktoranden sowie der 1988 erschienenen Stadtgeschichte Itzehoes – damit, einzelne Lieferungen zu Themen der Zeit zwischen 1867 und 1945 zu verfassen. Dazu gehörten für Band 8 die Gewerbe- und Industriegeschichte, die Agrargeschichte sowie die Parteiengeschichte bis 1914; für Band 9 sah er folgende Themen vor: Politik und Verwaltung 1914-1945, die Teilung Schleswigs 1918-1920, den Grenzkampf 1920-1945, die sozialen Verhältnisse 1914-1945, Parteien und Verbände in der Weimarer Republik, die Wirtschaft 1914 bis 1933 sowie Verfolgung und Widerstand während der nationalsozialistischen Zeit.

Das Projekt dieser großen Landesgeschichte zog sich schon so lange hin, dass sich Anfang der 1990er Jahre Ulrich Lange, ebenfalls Vorstandsmitglied der GSHG und Professor am Historischen Seminar der CAU, entschloss, eine einbändige moderne Landesgeschichte im Wachholtz-Verlag herauszugeben. Sie erschien 1996 und in überarbeiteter Auflage 2003. Die große Landesgeschichte lag nun seit 1990 bis zum Jahr 1830 vollständig vor, die folgende Zeit nur in einzelnen Lieferungen. Erich Hoffmann behielt sich vor, den fehlenden Teil von Band 7, die Zeit zwischen 1830 und 1867 allein zu verfassen. Hoffmanns umfangreiches handschriftliches Manuskript ließ der Vorstand der GSHG in eine Textdatei umwanden. Nach dem Tod Erich Hoffmanns 2005 versuchten die Vorstandsmitglieder Henning Unverhau und Ortwin Pelc, das Projekt der Landesgeschichte fortzuführen. Das Manuskript von Hoffmann hätte stark gekürzt und mit Fußnoten versehen werden müssen, was nicht möglich war. Peter Wulf, ehemals Vorstandsmitglied der GSHG und bis 2003 Professor an der Universität Flensburg, und Dieter Lohmeier, bis 2005 Landesbibliotheksdirektor und Professor an der CAU, ergriffen 2003 die Initiative und warben fünf Autoren für eine bisher nicht vorgesehene Kulturgeschichte der Zeit zwischen 1867 und 1918; diese lieferten Manuskripte zu den Themen Architektur, Bildende Kunst, Literatur, Kirchen und religiöse Gemeinschaften sowie Schulen und Hochschulen.

Ein organisatorisches und drucktechnisches Problem wurde nun die Seitenzählung und Bandaufteilung der Landesgeschichte, denn es lagen bereits einige gedruckte Lieferungen vor und die zahlreichen geplanten mussten nun in diese Systematik eingebunden werden. Gespräche mit der Geschäftsführerin des Wachholtz Verlages, Gabriele Wachholtz, 2006 ergaben, dass der Verlag nach wie vor Interesse an der Fertigstellung der Landesgeschichte hatte, denn es gab immerhin etwa 400 Abonnenten. Das Land beteiligte sich finanziell aber nicht mehr daran, die Druckkosten hätten von der GSHG aufgebracht werden müssen. Parallel zu diesem Projekt war der Vorstand der GSHG u.a. mit umfangreichen Projekten wie dem Historischen Atlas – erschienen 1999 bis 2004 – und ihrem 175. Jubiläum 2008 befasst. Inzwischen war seit dem ersten Konzept für die Landesgeschichte in den 1950er Jahren so viel Zeit verstrichen, dass ein zehnter Band für die Zeitgeschichte ab 1945 (abgesehen von einem Registerband) vom Vorstand ins Auge gefasst wurde. Diesbezügliche Gespräche mit dem Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte 2006 in Schleswig kamen über erste Anfänge nicht hinaus, nicht zuletzt wegen fehlender Finanzmittel seitens der GSHG.

Die mühsame Fortsetzung des Projekts wurde noch schwieriger, als 2012 der Verleger Sven Murmann als Alleingesellschafter den Wachholtz-Verlag in seinen Verlag übernahm. Die Buchreihe wurde aus dem Verlagsprogramm genommen und das Lager mit den Altbeständen aufgelöst. Nun hätte ein neuer Verlag für die Landesgeschichte gefunden werden müssen. Nach Beratungen im Beirat und im Vorstand der GSHG beschloss der Vorstand in seiner Sitzung am 7. 10. 2016, das langjährige Projekt einzustellen, da weder das Konzept noch diese Veröffentlichungsform mehr zeitgemäß waren und die Reihe – von der mittlerweile Bände vergriffen waren – nun einen Forschungszeitraum von über 60 Jahren umfasste. Der Vorstand der GSHG tat sich mit dieser Entscheidung schwer, denn diese Landesgeschichte war das vielleicht umfangreichste Projekt der Gesellschaft, in das viele Menschen über die Jahre viel Energie und Zeit investiert hatten. Da aber ein Abschluss dieses Projekts aus den genannten Gründen als nicht realistisch erschien, wurde diese Entscheidung getroffen. Sie sollte hier – zusammen mit der über 60jährigen komplizierten Entwicklungsgeschichte des Projekts – dargelegt werden, um dieses ambitionierte Projekt nicht stillschweigend versanden zu lassen. Die erschienenen Bände und Lieferungen der großen Landesgeschichte bleiben jedoch weiterhin wichtige Publikationen der landeshistorischen Forschung ihrer Zeit.

Der Aufstieg der NSDAP im Kreis Rendsburg – eine erste Zwischenbilanz

von *Frank Omland*

Anlässlich des "Tages der Landesgeschichte" in Rendsburg am 11. Juni des letzten Jahres vertrat der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS) mit einem Bücher- und Infostand seinen Themenschwerpunkt. Zusätzlich erstellte der Verfasser für zwei Stellwände jeweils neun DIN A3-Plakate, die sich zum einen mit der Frage "Woher wissen die das eigentlich?" der Reflektion von Forschungsständen und kritischen Einordnung von nicht belegten Behauptungen in der einschlägigen Literatur und zum anderen mit der Frage des Aufstiegs der NSDAP in der Weimarer Republik befasste. Im Folgenden werden die Plakate zum Kreis Rendsburg abgedruckt und der Stand der historischen Wahlforschung kurz dargestellt.

Zum Kreis Rendsburg gab und gibt es derzeit noch keine statistische Auswertung, die auf Ebene aller überlieferten Daten aus den knapp 120 Stadt- und Landgemeinden die Wahlergebnisse analysiert. Vor dem Hintergrund bisheriger Ergebnisse zu Schleswig-Holstein und zu bestimmten anderen Landkreisen sowie der damaligen Erhebung von Wahldaten wurde sich bewusst auf drei Ereignisse begrenzt: die Provinziallandtagswahlen vom 17. November 1929, die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 sowie die wichtige Volksabstimmung im Nationalsozialismus am 19. August 1934. Ergänzend wurde die Bevölkerungsverteilung, eine Statistik zur Grundsteuer (die ein Maß für den Gewinn durch landwirtschaftliche Erträge darstellt) und die Verteilung der landwirtschaftlich Tätigen kartografisch dargestellt.

Zusammen mit einem Überblick zur Gründung von Ortsgruppen und einer Karte zu den Ergebnissen im Deutschen Reich sowie einem Hinweisaushang mit der Überschrift "Der Aufstieg der NSDAP im Kreis Rendsburg" ermöglichten die neun Plakate für Laien einen schnellen, kurzen und bewertenden Zugang zum Thema.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Landkreis Rendsburg mit Ausnahme von der Kreisstadt Rendsburg und den Städten Büdelsdorf, Nortorf sowie Hohenwestedt stark agrarisch-ländlich geprägt war: zwei von drei Menschen lebten in den 115 Landgemeinden, was knapp 60 % der Ge-

samtbevölkerung entsprach (Plakat 1). Dementsprechend lebten die meisten Menschen von der Landwirtschaft bzw. indirekt von ihr, sei es durch Gewerbe, Handel oder Handwerk auf den Dörfern und in den Kleinstädten. Lediglich in Büdelsdorf und der Region um die Stadt Rendsburg gab es nennenswerte Industrien bzw. größere Dienstleistungsgewerbe oder Einrichtungen der öffentlichen Hand (Plakate 2+3).

Ein wichtiger Faktor für die Ausbreitung der NSDAP stellte die Gründung von Ortsgruppen im Kreisgebiet dar (Plakat 4). Diese entstanden anfangs fast ausschließlich im Südwesten in den Gegenden, die nahe am Aufstiegsgebiet der Partei - Dithmarschen - lagen. Dementsprechend überrascht es nicht, dass die ersten größeren Erfolge der Partei genau in diesen Regionen zu verzeichnen waren. Dort, wo die NSDAP eine Ortsgruppe gegründet hatte, stieg das Wahlergebnis überdurchschnittlich stark an. Und es galt: Je kleiner die Gemeinde, desto höher das NSDAP-Ergebnis. Dabei erreichte die Partei schon 1929 in einigen Gemeinden über 75 % der gültigen Stimmen und in Groß-Bornholt sogar 88 % (Plakat 5). Die Erfolge der Nationalsozialisten setzen sich bis Juli 1932 fort (Plakat 6), wo die Partei sogar in vier Gemeinden 100 % Zustimmung erhielt (Altenkattbek, Friedrichsgraben, Groß-Bornholt und Sophienhamm) und überhaupt nur 6 Gemeinden weniger als 50 % der gültigen Stimmen holte (Warringholz, Österrönfeld, Bovenau und Ehlersdorf), davon nur in zwei (!) von 117 Gemeinden weniger als 40 % (Büdelsdorf, Schacht-Audorf). Zu diesem Zeitpunkt lag der Landkreis Rendsburg auf Rang 28 der knapp 1.000 Stadt- und Landkreise des Deutschen Reichs (Plakat 7). Unbestritten gehörte die Region also zu den Hochburgen der Nationalsozialisten. Interessanterweise weisen die relativ schlechten Ergebnisse der Volksabstimmung über die Reichspräsidentschaft Adolf Hitlers am 19. August 1934 aber darauf hin (Plakat 8), dass ein Teil der Bevölkerung auch im Nationalsozialismus durchaus Kritik am Regime hatte, so etwa in Rade bei Hohenwestedt (67,5 % Zustimmung, reichsweit hingegen: 84,3 %).

Diese wenigen Informationen verdeutlichen, dass es sich lohnen würde, sich das Kreisgebiet Rendsburg einmal genauer unter wahlstatistischen Gesichtspunkten anzuschauen. Der Verfasser hat deshalb einen kompletten Datensatz zum Kreis Rendsburg erstellt und wird zukünftig in der Lage sein, auch Hypothesen zu den Wählerwanderungen aufzustellen.

Selbstdarstellung des AKENS e.V.

Der AKENS ist ein Zusammenschluss von HistorikerInnen, LaienforscherInnen und zeitgeschichtlich interessierten Personen. Uns gehören Mitglieder in Schleswig-Holstein, Hamburg, dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland an.

Wir bieten allen an der historischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit Interessierten ein gleichberechtigtes Forum, um Arbeitsergebnisse zu präsentieren und Forschungsfragen zu diskutieren. Außerdem geben wir jährlich die „Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte“ (ISHZ) heraus, die kostenlos an Bibliotheken, Archive und Gedenkstätten verschickt werden.

Wir sind Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten und unterstützen die Erinnerungsarbeit von Initiativen vor Ort (u.a. Gedenkort "AEL Nordmark", Inititative Stolpersteine in Lübeck, Spurensuche Pinneberg).

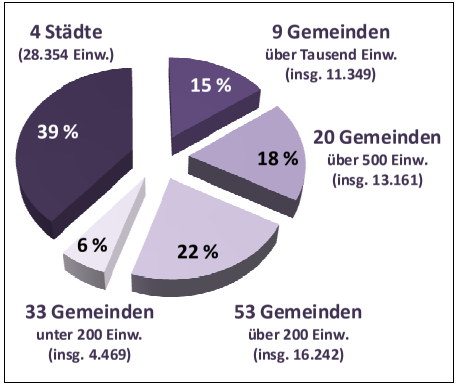
Wir verstehen unsere Arbeit zugleich als Beitrag gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

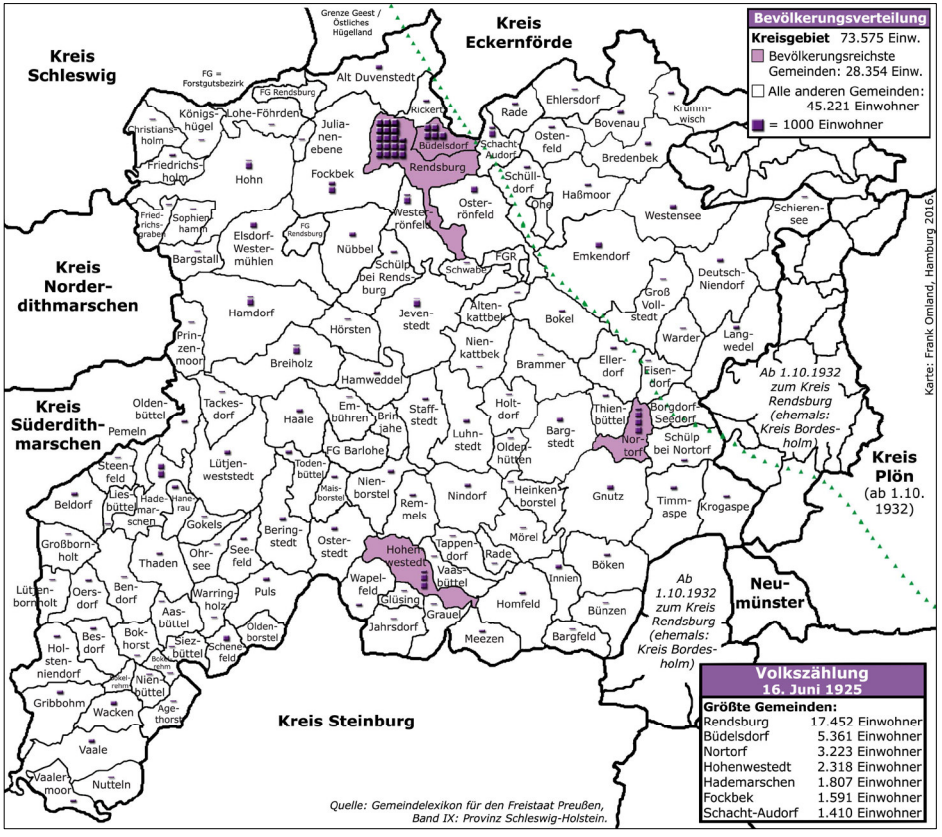
Weitere Informationen unter www.akens.org

Kreis Rendsburg: Verteilung der Bevölkerung 1925

Ein Landkreis

Mit Ausnahme von der Kreisstadt Rendsburg und den Städten Büdelsdorf, Nortorf sowie Hohenwestedt lebten 2 von 3 Menschen in den 115 Landgemeinden.





Kreis Rendsburg: Grundsteuern 1925

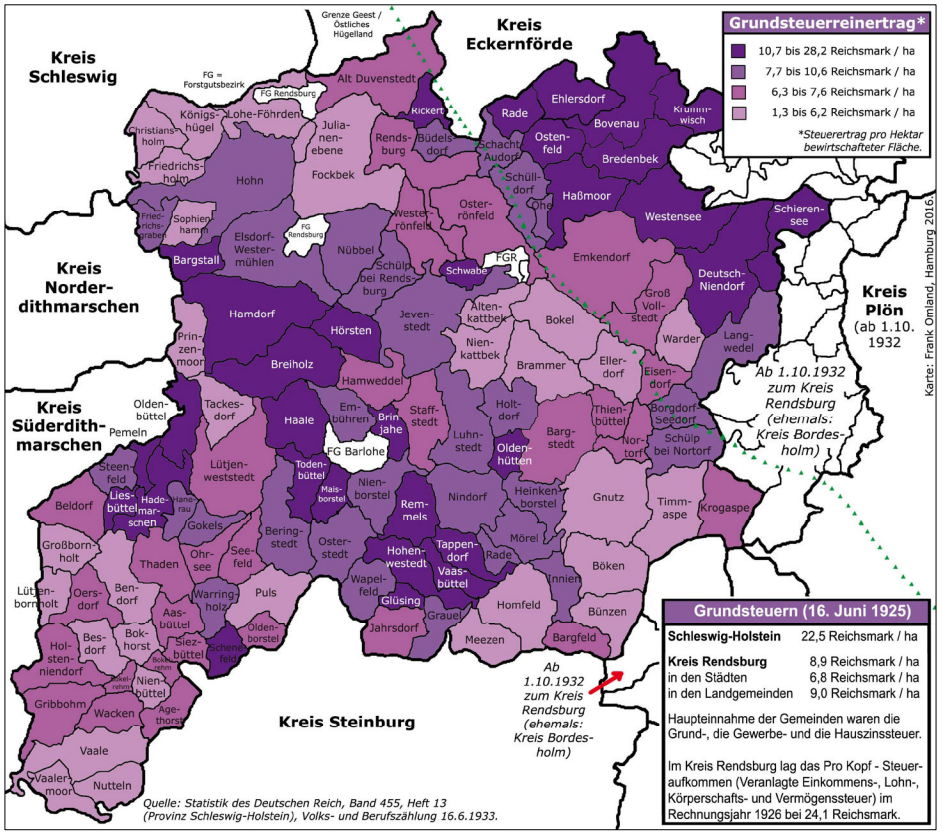
Schwache Steuereinnahmen

Der Kreis Rendsburg hatte verglichen mit Schleswig-Holstein und den anderen Landkreisen die schwächsten Grundsteuerreinerträge im Jahr 1925.

Die tatsächlichen Steuereinnahmen im Kreis Rendsburg lagen von 1926 bis 1933 am unteren Ende aller Regionen in der Provinz Schleswig-Holstein.

Steueraufkommen in Reichsmark pro Kopf der Bevölkerung								
	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Lohnsteuer	7,5	9,4	9,2	8,9	8,1	6,9	4,8	4,9
Veranlagte Einkommenssteuer	10,2	11,0	10,3	11,1	10,4	7,2	2,9	3,4
Körperschaftssteuer	0,9	4,8	3,5	2,6	4,3	0,3	-0,1	0,2
Vermögenssteuer	6,3	4,9	4,8	5,6	4,8	2,7	1,8	2,5
Kreis Rendsburg	**24,9**	**30,1**	**27,8**	**28,2**	**27,6**	**17,1**	**9,4**	**11,0**
Schleswig-Holstein	**42,2**	**49,0**	**52,2**	**55,0**	**53,1**	**41,4**	**25,1**	**24,8**

Quelle: Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Band 39 II (1941).



Kreis Rendsburg: Anteil der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung 1933

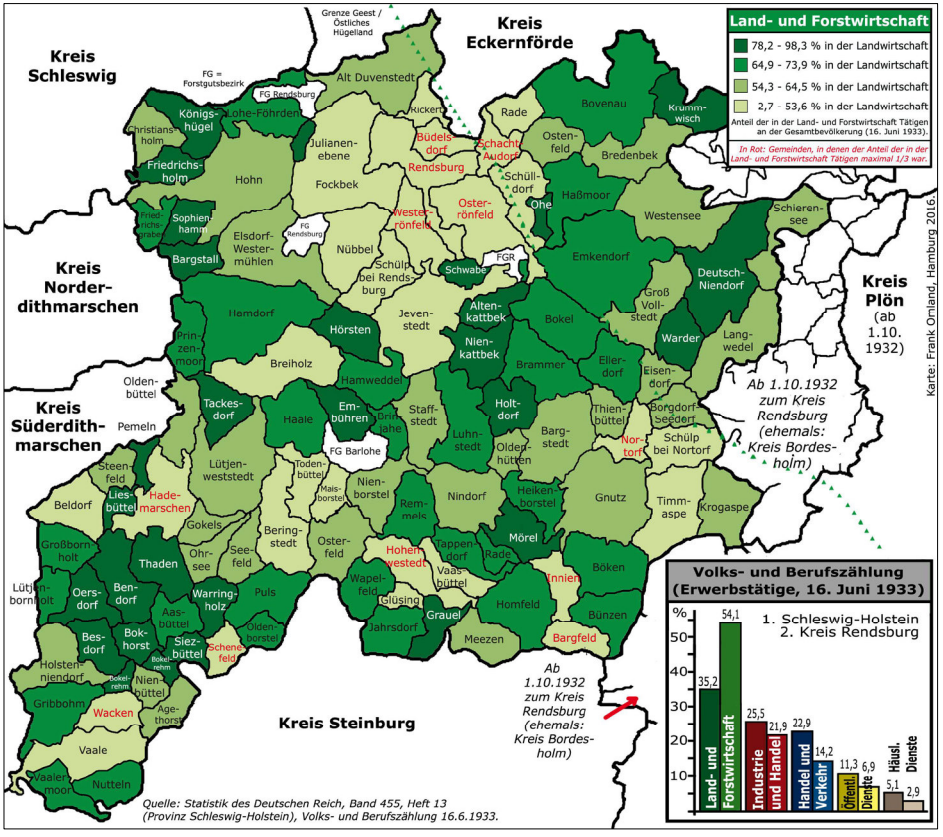
Dominanz der Landwirtschaft

Mit Ausnahme der Region um die Stadt Rendsburg war das Kreisgebiet agrarisch-ländlich geprägt.

Erwerbstätige nach Berufszugehörigkeit (16.6.1933)				
	Kreis Rendsburg	Rends-burg	Büdels-dorf	Übrige Gemeinden
Selbständige	23,7%	20,2%	11,3%	25,0%
Mithelfende Familienangehörige	26,8%	7,0%	4,4%	31,8%
Beamte	4,1%	14,1%	1,3%	2,4%
Angestellte	6,9%	18,6%	13,4%	4,4%
Arbeiter	35,6%	33,4%	63,1%	34,4%
Hausangestellte	2,8%	6,7%	6,3%	1,9%

Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen (16.6.1933)					
	Land-und Forst-wirtschaft	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Öffentliche u. private Dienste	Häusliche Dienste:
Kreis Rendsburg	20.147	8.146	5.273	2.569	1.086
Büdelsdorf	95	1.141	281	93	113
Rendsburg	259	1.933	1.841	1.218	388
Übrige Gemeinden	19.793	5.072	3.151	1.258	585
Kreis Rendsburg	54,1%	21,9%	14,2%	6,9%	2,9%
Büdelsdorf	5,5%	66,2%	16,3%	5,4%	6,6%
Rendsburg	4,6%	34,3%	32,6%	21,6%	6,9%
Übrige Gemeinden	66,3%	17,0%	10,6%	4,2%	2,0%

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Band 455, Heft 13.



Kreis Rendsburg: Ausbreitung der Ortsgruppen der NSDAP

Der wichtigste Strategiewechsel der NSDAP Schleswig-Holsteins

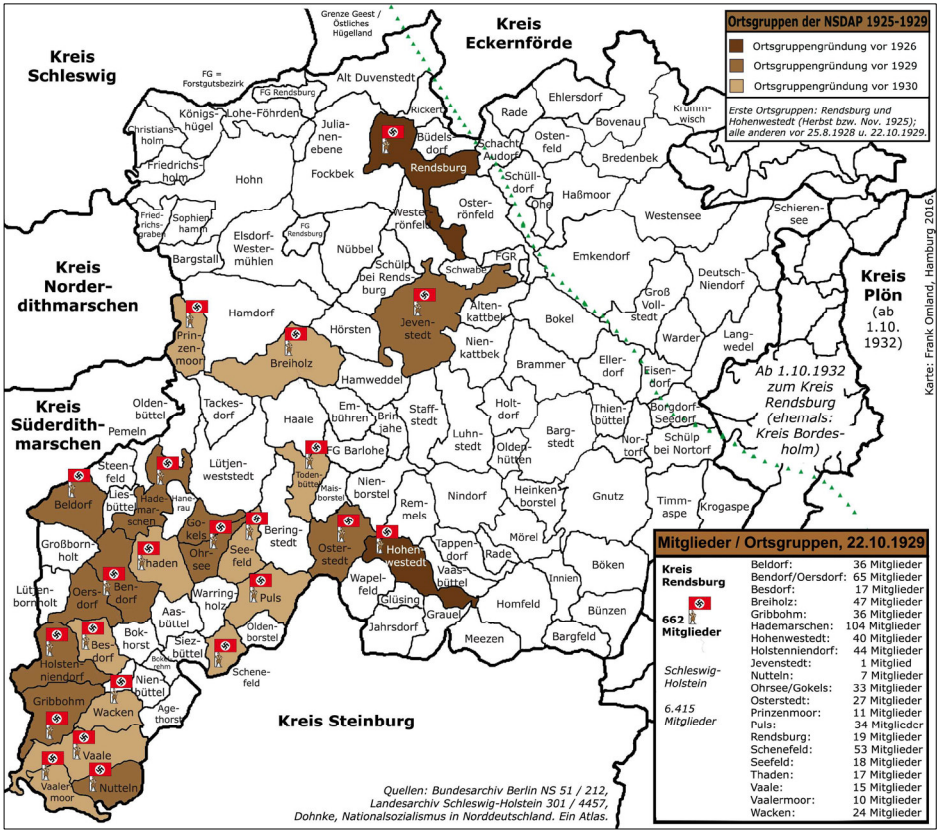
Im Jahr 1925 versuchte die Partei durch Versammlungen und Agitation die städtische Arbeiterschaft für sich einzunehmen. Diese Strategie "Zuerst die Städte, dann die Dörfer" scheiterte vollständig.

Nachdem Gauleiter Hinrich Lohse seine Kontakte ins bäuerliche Milieu reaktivierte, wurden mit massiver personeller und propagandistische Unterstützung an der Westküste, insbesondere in Dithmarschen, Ortsgruppen gegründet, was den späteren Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen beförderte. Durch diesen Strategiewechsel in Richtung "Zuerst die Dörfer, dann die Städte" wuchs die Anzahl der Ortsgruppen von 37 im März auf 113 im Oktober 1928 an.

Hinrich Lohse, Gauleiter der NSDAP

„In einem gesunden Staat bilden Landwirtschaft und Landvolk das Fundament der Nation. […] Die internationalen Gewalten des Marxismus und der jüdischen Demokratie können einen wahrhaft nationalen Staatsorganismus nicht zugrunde richten, wenn eine weise Staatspolitik ihre Eckpfeiler im Landvolk rassisch fest verankert hat.“

(zitiert nach Der Nationalsozialismus und die deutsche Landwirtschaft, in: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1927, S. 140-145).



Kreis Rendsburg: Beginn des Aufstiegs der NSDAP 1928/1929

Erste größere Erfolge der NSDAP im Kreis

Dort, wo die NSDAP eine Ortsgruppe gegründet hatte, stieg das Wahlergebnis überdurchschnittlich stark an. Und: Je kleiner die Gemeinde, desto höher das NSDAP-Ergebnis.

Reichstagswahlen 20. Mai 1928:

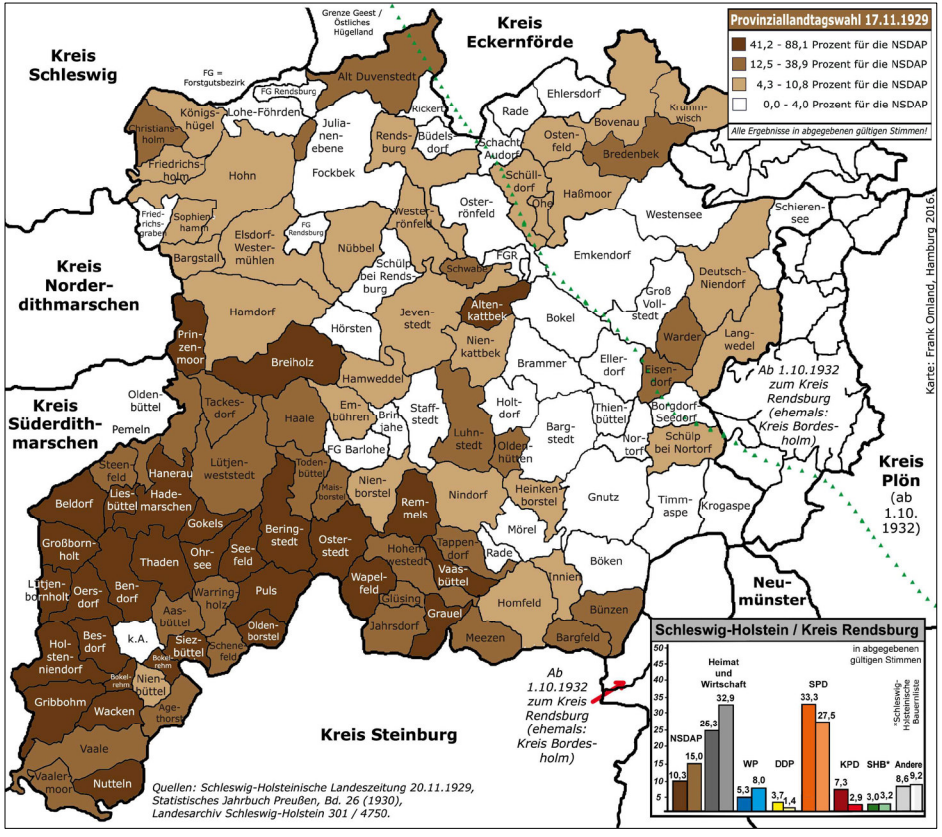
8,7 % gültige Stimmen für die NSDAP

Provinziallandtagswahlen 17. November 1929

15,0 % gültige Stimmen für die NSDAP

Provinziallandtagswahl 17.11.1929 Erfolgreichste Gemeinden für die NSDAP					
Gemeinde	**Bev.**	**WB**	**GS**	**NSDAP**	**in % der GS**
Groß-Bornholt	100	68	42	37	88,1%
Bendorf	249	165	133	114	85,7%
Siezbüttel	92	59	41	34	82,9%
Liesbüttel	175	103	95	72	75,8%
Wapelfeld	253	161	117	86	73,5%
Ohrsee	169	122	109	75	68,8%
Beldorf I	554	147	202	137	67,8%
Altenkattbek	71	36	23	15	65,2%
Vaasbüttel	225	148	89	58	65,2%
Oersdorf	303	160	136	86	63,2%
Hanerau	440	254	187	118	63,1%
Holstenniendorf	393	249	192	117	60,9%

Bev. = Bevölkerung 1925 (Groß-Bornholt: 1933),
WB = Wahlberechtigte, GS = gültige Stimmen.



Kreis Rendsburg: Reichstagswahl 31.7.1932, NSDAP

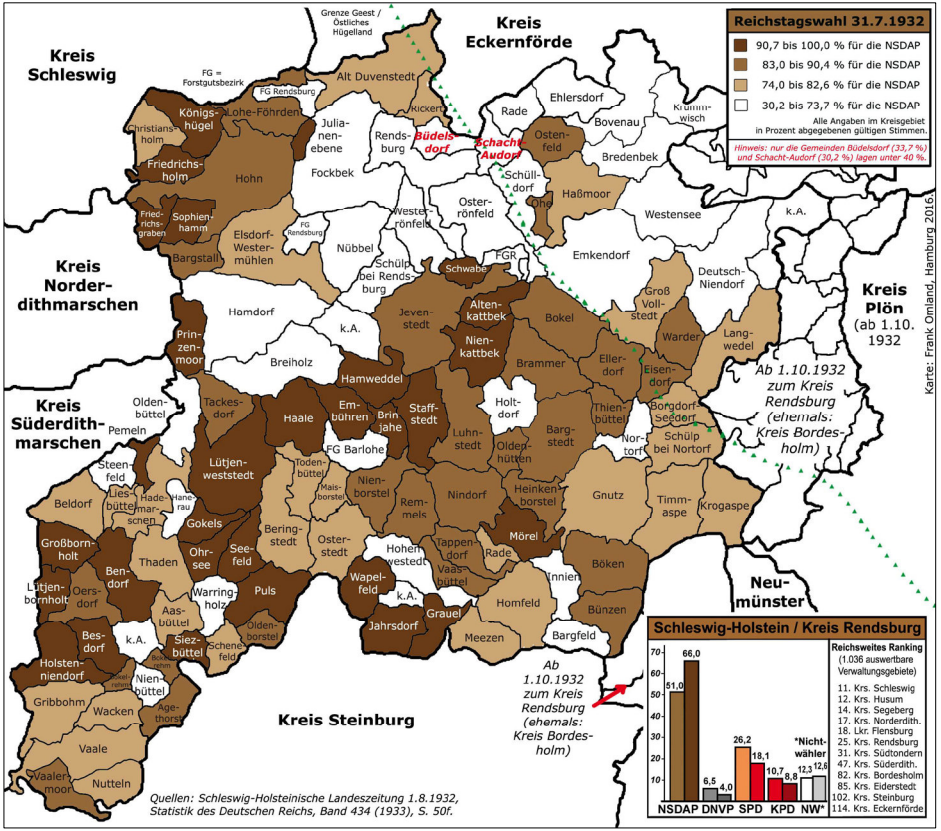
Schleswig-Holstein:
51 % für die NSDAP reichsweit

Damit war die Provinz Schleswig-Holstein der beste Wahlkreis für die NSDAP und der einzige mit einer absoluten Mehrheit im Deutschen Reich.

Kreis Rendsburg:	**66,0 %**
Rendsburg:	50,9 %
Büdelsdorf	33,7 %
Nortorf	57,4 %
Hohenwestedt	71,5 %
Hadermarschen	79,5 %

Gemeinden unter 2.000 Einwohner/innen	38,7 %
Gemeinden unter 1.000 Einwohner/innen	40,2 %
Gemeinden unter 500 Einwohner/innen	45,9 %
Gemeinden unter 200 Einwohner/innen	50,6 %

Von den 117 Gemeinden im Kreis Rendsburg hatten vier Gemeinden 100 % Zustimmung für die NSDAP (Altenkattbek, Friedrichsgraben, Groß-Bornholt und Sophienhamm) und überhaupt nur 6 Gemeinden weniger als 50 % (Warringholz, Österrönfeld, Bovenau und Ehlersdorf) NSDAP-Stimmen und davon nur zwei weniger als 40 % (Büdelsdorf, Schacht-Audorf)!



Kreis Rendsburg: Volksabstimmung 19.8.1934

Wahlen und Abstimmungen in der NS-Diktatur (1933-1938)

In der NS-Zeit fanden 1933, 1934, 1936 und 1938 Reichstagswahlen und Volksabstimmungen statt.

Am 19. August 1934 kam es zu einer Abstimmung über die Frage, ob das Amt des Reichskanzlers (Adolf Hitler) mit dem des Reichspräsidenten zusammengelegt werden sollte. Die Wahlberechtigten nutzten die Volksabstimmung als Möglichkeit über die Herrschaft Adolf Hitlers und der NSDAP ihr Urteil abzugeben.

Was konnten die Wahlberechtigten tun?

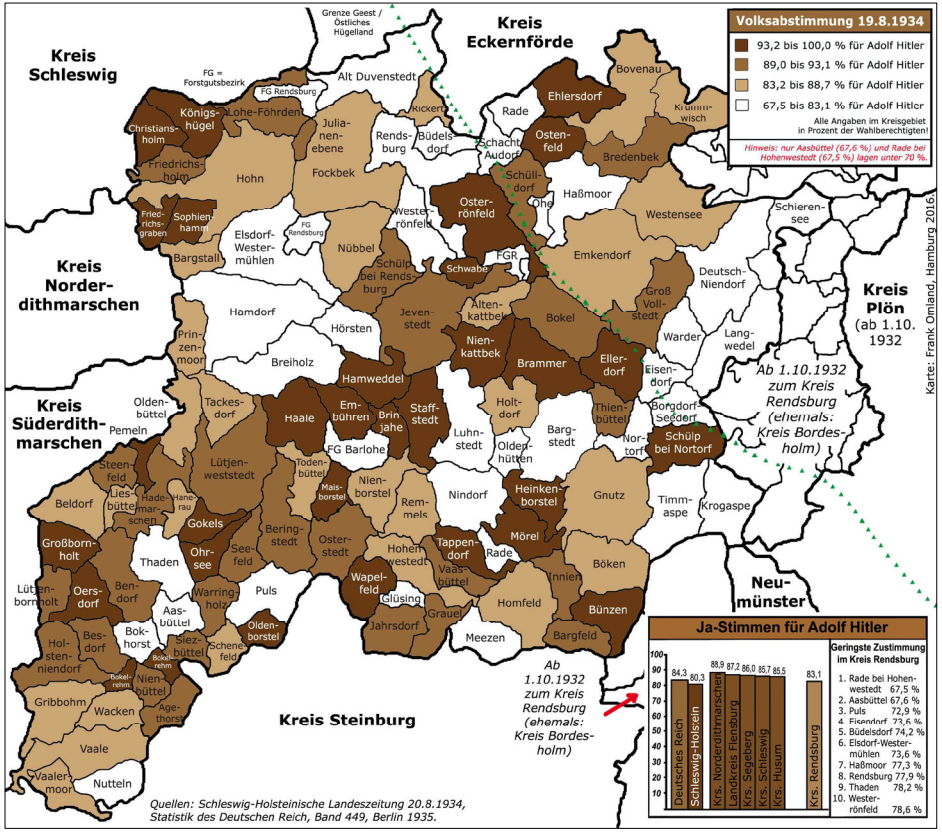
a) mit "Ja" stimmen
b) mit "Nein" stimmen
c) einen ungültigen Stimmzettel abgeben
d) nicht zur Abstimmung zu gehen (Wahlenthaltung)

In den drei Gemeinden Oldenborstel, Pemeln und Friedrichsgraben gingen alle zur Abstimmung und stimmten alle Wahlberechtigten mit "JA".

In den Gemeinden Aasbüttel, Eisendorf, Puls und Büdelsdorf gab es mindestens 20 % Nein-Stimmen.

In Thaden und Nienborstel wurden mindestens 5 % ungültige Stimmen abgegeben.

In Rade bei Hohenwestedt gingen 20 % der Wahlberechtigten nicht zur Abstimmung.



Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins im Jahr 2016

von *Detlev Kraack*

Der Arbeitskreis hat sich auch im vergangenen Jahr wieder intensiv mit der Erforschung wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Fragen beschäftigt. Im Fokus der Betrachtung stehen dabei die historischen Herzogtümer Schleswig und Holstein mit den angrenzenden Regionen Norddeutschlands und Skandinaviens sowie die Hansestädte Lübeck und Hamburg. Wir haben vor allem auch Niedersachsen, Mecklenburg und das südliche Dänemark fest im Blick und freuen uns über die guten Kontakte zu den Freunden und Bekannten hier wie dort.

Die Mitgliederzahl ist weiterhin stabil, wenn auch wieder leicht rückläufig (Stand zum 31. Dezember 2016: 100 Mitglieder). Wie bislang rackert ein harter Kern von Aktiven in der Sache und treibt die AK-Projekte nach Kräften voran. Für den intensiven Austausch miteinander leistet das von unserem Sekretär Ole Fischer zusammengestellte Verzeichnis der AK-Mitglieder (dienstliche und private Adressen, Interessengebiete und Arbeitsschwerpunkte; Stand April 2016) gute Dienste.

Zwei weitere sehr nützliche Hilfsmittel haben wir von Jan Wieske an die Hand bekommen: Zum einen hat Jan eine Link-Liste zu online fassbaren Hilfsmitteln und Digitalisaten (handschriftlich wie gedruckt überlieferte Quellentexte, Findmittel, Grundlagentexte etc.; Stand 10. März 2016) erarbeitet, die er an Geschichte Interessierten über unsere Homepage frei zur Verfügung stellt. Zum anderen betreibt Jan Wieske seit kurzer Zeit einen Blog (Geschichtsblog SH: geschichtsblogsh.wordpress.com/), der dazu einlädt, sich über Probleme der nordelbischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte etc. zeitnah miteinander auszutauschen (Link findet sich ebenfalls auf unserer Homepage).

Exkursion/Mitgliederversammlung führten uns am 4. Juni des vergangenen Jahres nach Eckernförde (vgl. Bericht in Rundbrief, Nr. 117, S. 3ff.). Einen Termin für eine Koppelsbergtagung haben wir für 2016 nicht mehr bekommen, dafür werden wir uns vom 12.-14. Mai 2017 an unserem bewährten Treffpunkt hoch über dem Plöner See zusammenfinden.

In der Woche nach unserer eigenen Mitgliederversammlung/Exkursion fand am Sonnabend, d. 11. Juni 2016 in Rendsburg der erste Tag der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte statt, auf dem sich der AK mit einem Stand präsentierte und dabei mit seinen Veröffentlichungen und Projekten auf großes Interesse der Besucher stieß. Überhaupt war es schön zu sehen, wie intensiv Mitglieder des AK in die Aktivitäten der Geschichtsgesellschaft eingebunden sind. Das spricht nicht zuletzt dafür, dass wir auch für ein allgemein interessiertes Publikum auf innovative Art und Weise attraktive Themen erforschen. Das galt in ganz ähnlicher Weise für einen Workshop der Eutiner Landesbibliothek zu Alltag und Praxis des Reisens im norddeutschen Raum (4./5. März 2016) und für eine Tagung zur Geschichte der Plöner Herzöge (6./7. Mai 2016).

Auch darüber hinaus hat sich das Leitungsgremium intensiv ausgetauscht und am Sonnabend vor dem 4. Advent (17. Dezember 2016) zu einem persönlichen Austausch in Lübeck getroffen (nächstes Treffen am 1. April 2017).

Veröffentlichungen

Wir haben unter der neuen Herausgeberschaft von Peter Danker-Carstensen, der sich dieser Herausforderung dankenswerterweise angenommen hat, im vergangenen Jahr zwei Rundbriefe veröffentlicht, Nr. 116 und Nr. 117 (inzwischen ist bereits Rundbrief Nr. 118 erschienen).

Unsere Studienreihe (SWSG) ist inzwischen mit drei neuen Bänden beim neuen Verlag (Franz Steiner Verlag, Stuttgart) fest etabliert. Die Zusammenarbeit ist professionell, verläuft weiterhin reibungslos und zu unser aller Zufriedenheit. Erschienen ist mit Nr. 53 ein umfangreicher Band von Martin Rheinheimer zu Seefahrt und Gesellschaft auf Amrum (Die Insel und das Meer. Seefahrt und Gesellschaft auf Amrum 1700-1860, 587 S.; ISBN 978-3-515-11144-7)“, als Nr. 54 der von Ole Fischer herausgegebene Sammelband Aufgeklärte Lebenswelten (242 S.; ISBN 978-3-515-11233-8), der aus dem vom Herausgeber betreuten AK-Projekt „Aufklärung und Alltag“ hervorgegangen ist, und als Nr. 55 der von Martin Rheinheimer erstellte Band Ipke und Angens. Die Welt eines nordfriesischen Schiffers und seiner Frau (1787-1801) (161 S.; ISBN 978-3-515-11432-5).

Außerdem ist die Veröffentlichung eines Studienbandes mit den Beiträgen zur Tagung „Kriegsleiden in Norddeutschland vom Mittelalter bis zum Ersten Weltkrieg“ (Hamburg, 26./27. September 2014) geplant, der durch den Tagungsorganisator Ortwin Pelc vorbereitet wird und im Laufe des Jahres 2017 erscheinen soll.

Darüber hinaus ist der Band 2 der neuen Reihe AKdigital zur Geschichte der Hamburger Grafen im Hochmittelalter in Vorbereitung:

Günther Bock & Gerrit Aust, Das Elfenbein-Evangeliar des Hamburger Mariendoms. Die historische Bedeutung der Stiftung der Grafen Gottfried und Heinrich II. von Hamburg des Jahres 1100):

Der Band wird wie schon Bd. 1 online auf unserer Homepage stehen und dort eingesehen und heruntergeladen werden können.

Die Reihe der Artikel zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der alle zwei Monate erscheinenden Zeitung NordWirtschaft konnte auch im vergangenen Jahr fortgesetzt werden. Es erschienen folgende Artikel: „Lübsche Trade“ zum alten Handelsweg von Lübeck an die Westküste (Febr. 2016), „Von Ansgar bis Barschel“ zu einem Buchprojekt in Form von „Lebensbildern“ (April 2016), „Zum Strange verurteilt, zum Schwerte begnadigt“ zu Otto Brüggemann, den Ideengeber der wirtschaftlich gescheiterten Gottorfer Gesandtschaft nach Moskowien und Persien (Juni 2016), „National und patriotisch: Frisch – Fromm – Fröhlich – Frei!“ über den „Turnvater“ Jahn (August 2016), „Mehr als Flinten und Schnaps [und Negerweiber]“ zu den Erinnerungen von Schiffskapitän Peter Hansen (Oktober 2016) und „Stararchitekt des nordischen Klassizismus“ zu C. F. Hansen (Dezember 2016). Für das kommende Jahr sind weitere Artikel in Vorbereitung (inzwischen erschienen ist ein Beitrag in der Februar-Nummer der NordWirtschaft zum Groß-Hamburg-Gesetz von 1937; für die April-Nummer ist ein Artikel zu den Brandkatastrophen von 1713, 1842 und 1943 in Vorbereitung).

Projekte

Ole Fischer hat sein Projekt zu „Aufklärung und Alltag“ abgeschlossen (vgl. „Aufgeklärte Lebenswelten“, SWSG Nr. 54, unter Veröffentlichungen). – Die laufende Arbeit an dem gemeinsamen AK-Projekt einer neuen Wirtschafts- und Sozialgeschichte wird im Mai 2017 auf dem Koppelsberg-Tagung Gegenstand eines Redaktionsgespräches sein.

Das auf der Koppelsbergtagung (2015) angedachte Projekt zu den „Machern“ in den fürstlichen und in den lokalen Verwaltungen der frühmodernen Gemeinwesen (Kanzlern, Sekretären, Land- und Hardesvögten, Landschreibern etc.) und zu ihrer Herkunft und sozialen Einbettung, zu dem Jan Wieske erste Ideen präsentiert hatte, ist inzwischen weiter fortgeschritten. Auf der Koppelsbergtagung im Mai 2017 werden wir dazu ein Arbeitsgespräch durchführen.

Dass darüber hinaus auch das Projekt zu „Stadt und Adel“ (Detlev Kraack) weiter verfolgt werden soll, versteht sich von selbst. Auch hier wäre eine Veröffentlichung zu wünschen, da das weite Themenfeld erhebliches Forschungspotential bietet.

Planungen und Perspektiven

Wir planen für den 23. September 2017 unsere Mitgliederversammlung in Bad Segeberg und möchten diese mit einem historischen Stadtspaziergang eröffnen. Mögen sich alle Interessierten den Termin anstreichen; eine Einladung einschließlich Programmplanung für den Tag, mit der sich dankenswerterweise Ortwin Pelc beschäftigt, wird zeitnah per Rundmail erfolgen; entsprechende Informationen werden auch auf der Homepage einsehbar sein.

Darüber hinaus hat das Leitungsgremium sich zu regelmäßigen Treffen verabredet, mindestens einmal pro Halbjahr, nach Bedarf aber auch häufiger (nächstes Treffen ist am 1. April 2017).

Bedrohte Landesgeschichte an der Schule?

Tagungsbericht vom 1. und 2. Dezember 2016

von *Anna Brauer*, *Marvin Groth* und *Markus Wilke*

Im Rahmen eines Projektseminars an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, organisierten Prof. Dr. Oliver Auge und Martin Göllnitz (M.Ed.) unter Mithilfe der Studierenden Anna Brauer (B.A.), Marvin Groth (B.A.), Arne Leckband und Markus Wilke (B.A.) eine von PerLe (= Projekt erfolgreiches Lehren und Lernen) geförderte fachwissenschaftliche Tagung zum Thema „Bedrohte Landesgeschichte an der Schule?", auf welcher Stand und Perspektiven der Landesgeschichte im Schulunterricht diskutiert wurden.

OLIVER AUGE und MARTIN GÖLLNITZ (beide Kiel) benannten in ihrer Eröffnung zwei Aspekte, welche die Durchführung der Tagung veranlasst hatten: Zum einen ermögliche die Projektarbeit den Studierenden durch deren Beteiligung an der Organisation und Umsetzung der Fachtagung aus geschichtsdidaktischer Sicht den Erwerb praxisnaher und öffentlichkeitswirksamer Kompetenzen. Zum anderen sei die Beobachtung gemacht worden, dass neue schulische Fachanforderungen, speziell in Schleswig-Holstein, für das Fach Geschichte grundsätzlich viele Spielräume eröffnen um den Schulunterricht näher an die Landes- und Regionalgeschichte heranzuführen und mit derselben auch auszugestalten. Ein solcher Schulunterricht finde in der Praxis jedoch bisher kaum statt. Als Gründe hierfür vermuten die beiden Referenten den allgemeinen Zeitdruck im Unterricht einerseits – fehlendes Interesse und Hintergrundwissen der Lehrerinnen und Lehrer (bezogen auf diese Thematik) andererseits. Ebenso trage sehr wahrscheinlich ein Studium, welches die Landes- und Regionalgeschichte erfolgreich umgehe, zu der oben genannten Beobachtung bei. Auch das Fehlen von (vor/auf)bereiteten landes- und regionalgeschichtlichen Unterlagen und Basismaterialien für die Unterrichtsgestaltung stünde der Umsetzung von Potentialen in der Praxis entgegen. Ein persönlicher Zugang zur Vergangenheit in situ, welcher zur Etablierung eines wünschenswerten Geschichtsbewusstseins mit den damit verbundenen politisch-demokratischen Indikationen beitrage, werde den Lernenden hierdurch vorenthalten.

„Wo steht der Schüler?" Unter dieser Fragestellung stellte CHRISTOPH KÜHBERGER (Salzburg) anhand von Schülerbeispielen eindrucksvoll dar, wie unterschiedlich geschichtliche Ereignisse gedeutet werden können. So verwendete er mit den Schülerinnen und Schülern (fortan abgekürzt als

Schüler_innen) bislang unbekannte landesgeschichtliche Quellen, die diese auswerten sollten. Indem er keine interpretatorische Lösung vorgab, vermittelte er den Lernenden durch Selbstreflexion die Erkenntnis, dass es nicht nur eine richtige Antwort auf eine historische Frage geben darf und geben kann. Kühberger vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass die im geschichtsdidaktischen Diskurs geforderte narratorische Kompetenz der Schüler_innen für die Landesgeschichte von Vorteil ist, da diese es ihnen unter anderem ermöglicht, sich in ihrem Lebensumfeld historisch zu orientieren. Nach einem Vergleich deutscher und italienischer Schulgeschichtsbücher gelangte er weiterhin zu dem Schluss, dass diese Darstellungen durch die Suggestion objektiver Distanz den Konstruktionscharakter von Geschichte nur unzureichend herausstellen.

Im zweiten Vortrag vertrat THOMAS HILL (Schleswig) die Auffassung, dass eine europäische Einigung nur gelingen werde, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union identifizieren. Vor allem die Vermittlung eines europäischen Geschichtsbildes im Schulunterricht könne zur Festigung einer europäischen Identität beitragen. Obwohl die europäische Einigungsbewegung nach 1945 in den deutschen Lehrplänen berücksichtigt wird, erschwert das Vorherrschen nationaler Geschichtsbilder in der Praxis die Herausbildung einer europäischen Identität. Abhilfe soll ein Vorschlag des Geschichtsdidaktikers Jörn Rüsen schaffen. Das Geschichtsbewusstsein eines jeden Europäers sollte demnach aus den Traditionen und Kulturen Europas erwachsen, wobei gemeinsame europäische Werte, wie zum Beispiel Bürger- und Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und Gleichheit betont werden. Gerade am Beispiel regional- und landeshistorischer Themen lässt so sich etwa nach Meinung Hills im Schulunterricht anschaulich und lebensnah aufzeigen, wie die Umsetzung europaweiter Entwicklungen, etwa die Verwirklichung von Menschenrechten, vor Ort vollzogen wurde.

Vergleichend untersuchte dagegen STEPHAN LAUX (Trier) das Ausmaß an Präsenz und Relevanz der Landesgeschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden landesgeschichtliche Themen beispielsweise nur in einem geringeren Umfang und außerdem nur in der Unter- sowie in Klassenstufe 11 behandelt. Insgesamt bestehen große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Eine wichtige Gemeinsamkeit stellt der Umstand dar, dass Landesgeschichte in allen Ländern vorwiegend als Mittel zum Zweck bzw. zur Kompetenzvermittlung angesehen wird. Die Geschichte des eigenen Bundeslandes wird

kaum behandelt. Laux forderte daher eine verstärkte Reflexion der Lehrpläne in Hinblick auf ihren Umgang mit landesgeschichtlichen Inhalten, mehr fachdidaktische Lehrmaterialen und Formate, eine unterrichtsbezogene landesgeschichtliche Lehre sowie einen besseren Zugang der Lehrkräfte zu den Erstellern von Lehrplänen zwecks besserer Kommunikation.

Am Beispiel des Unternehmens Boehringer Ingelheim erläuterte MICHAEL KIßENER (Mainz) den Mehrwert regionaler wirtschaftshistorischer Forschung für den schulischen Geschichtsunterricht. Seinen Schwerpunkt legte er hierbei auf die Zeit des Nationalsozialismus. Da Boehringer Ingelheim als einer der größten Arbeitgeber der Region das Lebensumfeld vieler Schüler_innen direkt betreffe, eröffne ein solches Vorgehen Sichtweisen darauf, wie beispielsweise national-konservative Unternehmer und nationalsozialistische Funktionäre miteinander interagierten. Die in hoher Anzahl verfügbaren Quellen, welche einen anschaulichen und detaillierten Einblick in die damaligen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse ermöglichen, fördern effektiv eine Sensibilisierung der Schüler_innen im Umgang mit historischen Interpretationen vor dem Hintergrund der Selbstreflexion, wie Kißener zeigte. Darüber hinaus lässt sich auf diese Weise die Fähigkeit vermitteln, historische Ereignisse kritisch zu hinterfragen.

Anhand der Düppeler Mühle, welche 1864 im Deutsch-Dänischen-Krieg zerstört wurde, zeigte KATJA GORBAHN (Aarhus) exemplarisch auf, wie historische Ereignisse funktionalisiert werden können. Obwohl das dänische Königreich den Krieg verlor, bilden die Düppeler Mühle und das Jahr 1864 auch heute noch nationale Symbole Dänemarks. Aus dem historischen Ereignis erwuchs ein Mythos, der das dänische Nationalbewusstsein förderte. Die dänische Rezeption der Niederlage lässt sich anhand heroischer Schlachtenbildnisse visualisieren, die ein national-patriotisches Narrativ vermitteln. Gerade mit Blick auf aktuelle Entwicklungen in Dänemark gebe es noch großen Nachholbedarf hinsichtlich der Relativierung derartiger Narrative, wobei Gorbahn die Bedeutung einer intensiveren Berücksichtigung, Analyse und Interpretation regionaler Quellen für den dänischen Geschichtsunterricht unterstrich.

In einer Podiumsdiskussion am Abend des 1. Dezember diskutierten – moderiert von SEBASTIAN BARSCH – ROLF FISCHER, GERHARD FOUQUET, KARL HEINRICH POHL (alle Kiel), RAINER HERING (Schleswig) und SILKE URBANSKI (Hamburg) den Beitrag der Landes- und Regionalgeschichte zum Schulunterricht der Gegenwart und Zukunft.

Es herrschte ein allgemeiner Konsens vor, welcher der oben genannten Disziplin das Potenzial zur Bereicherung des Unterrichtes zuerkannte. Unabhängig hiervon wurden jedoch auch die Herausforderungen betont, denen sich die Landes- und Regionalgeschichte im Unterrichtsalltag stellen müsse. So sei beispielsweise eine allgemeine Uneinigkeit über die anzuwendenden lokalen, beziehungsweise regionalen und historischen, Raumkonzepte und Fragestellungen zu beklagen. Diese begünstige eine bereits sehr ausgeprägte Uneinheitlichkeit in den Lehrplänen auf der Ebene der Bundesländer, die ihrerseits wiederum eine praktische Umsetzung im Unterricht häufig auf den Einsatz einiger engagierter Lehrkräfte begrenze. Insgesamt spiegelten die während der Podiumsdiskussion formulierten Standpunkte jene Schlussfolgerungen, die von den Referenten der Fachtagung gezogen wurden, wider. An die Befragung der Diskutanten schloss sich eine lebhaft geführte Debatte über die Zukunft der Landesgeschichte an der Schule an. Das Publikum brachte in diesem Zusammenhang konstruktive- wie auch kontroverse Ideen zur Sprache, die zu Verbesserungen des aktuellen, von Zeitdruck und diffizilen finanziellen Vorgaben geprägten Lehr- und Lernalltages führen sollten.

Wie ein attraktiver Unterricht auch ohne die Einbettung regionaler oder landeshistorischer Themen aussehen könnte, illustrierte KARSTEN DÖLGER (Plön) am Morgen des 2. Dezembers anhand seiner eigenen Biographie als Lehrer. Anstatt einer zu starken Berücksichtigung der Landes- oder Regionalgeschichte forderte er eine stärkere Priorisierung der Lehramtsausbildung in Bezug auf didaktische und methodische Kompetenzen. Beispiele aus der Region sollten demgegenüber nur dann im Schulunterricht Verwendung finden, wenn sie einen anschaulichen und lebensnahen Eindruck vermitteln.

ROLF SCHULTE (Kiel) befasste sich im ersten Vortrag des zweiten Tages mit didaktischen Prinzipien, die vornehmlich auf die Zielgruppe des Schulunterrichts, also die Schülerinnen und Schüler, ausgerichtet seien: die Subjekt- und die Kompetenzorientierung. Anhand von Umfragen verdeutlichte er daran anschließend, dass die Mehrheit der Schüler_innen sich kaum für landesgeschichtliche Themenfelder interessiere und dementsprechend wenig fundiertes Wissen mitbringe. Ihr geschichtliches Selbstverständnis liege deutlich häufiger in einer regionalen Ausprägung vor. Durch empirische Untersuchungen versuchte Schulte somit jene Herausforderungen aufzudecken, die sich den Lehrkräften infolge eines mangelnden lokalen Geschichtsinteresses der Schüler_innen darbieten.

Im Zentrum des Vortrages von DETLEV KRAACK (Plön) stand der persönliche Bezug der schulpflichtigen Jugendlichen zur Lokal-, Regional- und Landesgeschichte. Kraack zeigte anhand von Beispielen aus dem Geschichtsunterricht auf, wie über einen persönlichen Zugang, historisches Hintergrundwissen und Zusammenhänge vermittelt werden können. Der Zugang, „das vermeintlich Große aus dem Kleinen heraus zu erklären und umgekehrt“, lässt sich dem Referenten zufolge dafür nutzen, durch persönliche Bezüge die Schüler_innen näher an die Regional- und Landesgeschichte heran zu bringen. Sofern es möglich ist, sollte der Unterricht direkt an historischen Orten in der Region stattfinden, da dies die Aufmerksamkeit und das Interesse der Schüler_innen meist zusätzlich schärft. Die Lösung von starren Lehrplänen sowie die Arbeit an Projekten und einzelnen Themen sind für Kraack in dieser Hinsicht von zentraler Bedeutung.

Den Abschluss der Tagung markierte eine Livepräsentation der Online-Plattform „Hamburger Geschichtsbuch“ durch die verantwortliche Mitarbeiterin SILKE URBANSKI (Hamburg). Anhand einer Vielzahl von Texten, Bildern und interaktiven Features können die Besucher der Website die Geschichte Hamburgs erkunden und bei Bedarf Quellen- und Unterrichtsmaterial für den Geschichtsunterricht downloaden. Vor allem die Unterstützung von Geschichtslehrer_innen hat sich das Portal zur Aufgabe gemacht, denen zahlreiche Angebote in Form von Arbeitsblättern und Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen für die Lehrkräfte eine ideale Handreichung darstellen, um künftig im Unterricht überregionale geschichtliche Zusammenhänge durch regionale Themen zu erarbeiten.

Durch die vielfältige Beschäftigung mit der Regional- und Landesgeschichte in Bezug auf den Schulunterricht und den dabei auftretenden Schwierigkeiten wurde eine anregende Tagung realisiert. Die internationale Präsentation aktueller Forschungsarbeiten gab zudem Anlass zu spannenden Dialogen. Es wurde deutlich, dass die auf der Tagung aufgeworfenen Fragen nach dem Stand und den Perspektiven von Regional- und Landesgeschichte im Schulunterricht hilfreich sein können, wenn man sich überhaupt mit dem Geschichtsunterricht und den historischen Kenntnissen von Schülerinnen und Schülern tiefer beschäftigen möchte.

Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft – eine Stimme der Landesgeschichte

von *Ludwig Steindorff*

Bei der Vermittlung von Themen der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte in der Öffentlichkeit leistet neben anderen Trägern auch die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft (SHUG) einen gewichtigen Beitrag.

Mit ihrem Arbeitsmodell ist die SHUG eine deutschlandweit einzigartige Einrichtung und ihre Tätigkeit gehört zu den Alleinstellungsmerkmalen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU). Die SHUG versteht sich als Brücke zwischen Universität und Land und beruht dabei auf zwei Pfeilern: Den einen Pfeiler bilden die weit über hundert Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer aller Fakultäten an der CAU, die Vorträge aus ihren Forschungsgebieten anbieten. Den anderen Pfeiler bilden die fünfzig ehrenamtlich geleiteten Sektionen im ganzen Bundesland von Niebüll bis Lauenburg und von Kappeln bis Wedel, außerdem besteht eine weitere Sektion in Apenrade in Nordschleswig. Die Sektionen wählen aus dem Vortragsprogramm der SHUG Vorträge aus, darunter gerne auch zur schleswig-holsteinischen Landesgeschichte und die Professorinnen und Professoren kommen dann zum Vortrag in die Sektion. Vortragsorte sind Schulen, Gemeindehäuser, Buchläden etc. Die Organisation der Vortragsarbeit liegt bei der Geschäftsstelle der SHUG, die in der „Alten Universitätsbibliothek“ am Westring direkt gegenüber dem Audimax der CAU ihren Sitz hat. Zu den Besonderheiten der SHUG gehört auch der bereits seit 1946 bestehende Fahrdienst für die Referenten zu den Sektionen, heute geleistet von Fahrerinnen und Fahrern, die auf Honorarbasis tätig sind.

Die SHUG hat über 4000 Mitglieder. Im Jahr 2015 fanden, über alle Sektionen verteilt, 405 Vortragsveranstaltungen und 20 Exkursionen und Konzerte statt, an denen fast 20.000 Zuhörerinnen und Zuhörer teilnahmen. Seit 2009 führt die SHUG außerdem das Programm „Uni kommt zur Schule“ durch. Partner und Förderer ist derzeit die Investitionsbank

Schleswig-Holstein. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer halten Vorträge vor den Oberklassen von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen oder führen auch naturwissenschaftliche Experimente durch. Finanziert wird die SHUG durch Mitgliederbeiträge, Eintrittsgelder, Spenden von verschiedener Seite und durch einen Zuschuss der CAU. Sie ist als eingetragener Verein organisiert. Ihr derzeitiger Präsident ist Dr. Martin Skaruppe aus dem Vorstand der Förde Sparkasse, Wissenschaftlicher Leiter ist der Historiker Prof. Dr. Ludwig Steindorff. Dem sechsköpfigen Vorstand, dem von Amts wegen auch der Präsident der CAU angehört, stehen der Erweiterte Vorstand und die Sektionsleiterversammlung als beratende Gremien zur Seite.

Im nächsten Jahr feiert die SHUG ihr 100-jähriges Bestehen. Spezieller Anlass zur Gründung am 27. Juli 1918 waren Überlegungen in Kiel, wie man Fördermittel gewinnen könnte, um ein neues, zusätzliches Seminargebäude zu errichten. Die SHUG verstand sich damals als Fördergesellschaft, wie sie an vielen Universitäten in jener Zeit begründet wurden und mit diesem Profil noch bis heute bestehen. Das bereits gesammelte Kapital ging in der Inflation 1923 weitestgehend verloren.

Der Aufstieg der SHUG begann erst mit der Wahl des Politikers und Unternehmers Dr. Anton Schifferer (1871-1943) – im Übrigen auch der Gründer des Studentenheimes der Deutsch-Nordischen Burse an der Kiellinie – zum Ersten Vorsitzenden. Neben der höchst erfolgreichen Förderung von Forschungsprojekten und Publikationen durch die SHUG begann in Schifferers Zeit die Durchführung von Veranstaltungen in Ortsgruppen der SHUG. Ein Höhepunkt war der von Schifferer initiierte Deutsch-Nordische Universitätstag 1929 in Kiel mit Teilnehmern aus den skandinavischen Ländern und dem Reich. Das Logo der SHUG – eine Spirale über Wellen – geht auf diese Veranstaltung zurück.

Kurz nach der NS-Machtergreifung trat Anton Schifferer zurück. Die SHUG wurde zwar nicht in den NS-Kulturbund einbezogen, doch auch nach dem Führerprinzip organisiert; Vorsitzender wurde 1935 der Gauleiter Hinrich Lohse. Während die Förderarbeit weitgehend aufhörte, ging die Vortragstätigkeit weiter – in der Spanne von Mitmachen und Anpassung über das Verharren im akademischen Elfenbeinturm bis hin zu skeptischen Worten. Für den Neuanfang nach 1945 wichtig war, dass der damalige Inhaber des erst 1943 eingeführten Amtes des Wissenschaftlichen Leiters, der Musikwissenschaftler Friedrich Blum, über jeden Zweifel der Nähe zum

NS-System erhaben war.

Es war für die SHUG ein Glück, dass die Besatzungsmacht in Formen von Bildungsarbeit durch Vorträge ein Demokratisierungspotential sah. So konnte die SHUG schon 1946 mit ihrer Arbeit wieder beginnen, mit der Auflage, in Zukunft sollten – wie heute selbstverständlich – an die Vorträge Diskussionen anschließen. Die Ablösung der Bezeichnungen „Vorsitzender“ und „Ortsgruppe“ durch „Präsident“ und „Sektion“ geht auf die Korrespondenz mit den Besatzungsbehörden zurück. Die SHUG erhielt wieder eine demokratische Satzung, die zwar in den folgenden Jahrzehnten immer wieder aktualisiert und veränderten Gegebenheiten angepasst worden ist, aber in der Grundstruktur bis heute unverändert gilt.

In der Nachkriegszeit engagierte sich die SHUG neben dem Ausbau der Vortragstätigkeit in den Sektionen auch wieder in der Förderarbeit. Doch deren Anteil an der Verwendung der Mittel ging in den folgenden Jahrzehnten immer weiter zurück, in dem Maße wie die Förderung durch Deutsche Forschungsgemeinschaft und große Stiftungen sich entfaltete und sich die Alumni-Arbeit entwickelte.

Seit 2009 beschränkt sich die Förderarbeit auf zwei Preisverleihungen: Der Fakultätenpreis der SHUG geht reihum jährlich an eine der Fakultäten der CAU. Die jeweilige Fakultät schlägt eine hervorragende Dissertation für die Auszeichnung vor. Der Professor Miethke-Förderpreis, benannt nach dem langjährigen Präsidenten der SHUG Prof. Dr. Jürgen Miethke, gilt der Förderung von forschendem Interesse an Schulen, in Vereinen und in Initiativen. Die bisherigen Rahmenthemen betrafen Ökologie, Migration, Astronomie, Sprache und Energie.

Die Preisverleihungen finden jeweils an dem Ort statt, woher die ausgezeichnete Bewerbung kommt. Durch diese Festakte erlangt die SHUG stets große Präsenz in der lokalen Öffentlichkeit.

Die Vortragsarbeit in den Sektionen bleibt das „Kerngeschäft“ der SHUG. Und in diesem Zusammenhang ist im vergangenen Jahr auch eine Partnerschaft mit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte entstanden: Es ist ein besonderes Vortragsverzeichnis zur Landesgeschichte zusammengestellt worden, in dem nicht nur Professoren der CAU Vorträge anbieten, sondern auch einige weitere Kolleginnen und Kollegen, die an anderen Institution im Land und in Hamburg arbeiten.

Wenn Sektionen letztere „auswärtige“ Referenten einladen, werden diese Veranstaltungen als Gemeinschaftsveranstaltungen von SHUG und GSHG ausgewiesen. Die Mitglieder der GSHG sollen regelmäßig über die Termine von landesgeschichtlichen Vorträgen in Sektionen der SHUG informiert werden.

Zur aktuellen Arbeit der SHUG siehe: www.shug.uni-kiel.de

Literatur

Manfred Jessen-Klingenberg und Kurt Jürgensen: Universität und Land. Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft 1918-1993, Neumünster 1995.

Ludwig Steindorff: Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft, in: Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt, hrsg. von Oliver Auge, Kiel – Hamburg 2015, S. 277-287 mit weiteren Angaben.

Neue Forschungsvorhaben

Von der „Mittlerin zwischen deutscher und nordischer Wissenschaft“ zur Partnerschaft im Ostseeraum – Internationale Schwerpunktsetzung und Profilbildung am Beispiel der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (1945-1990)

Vorstellung eines Dissertationsvorhabens

von *Caroline E. Weber*

1. Themenskizze und Leitfragen

Die CAU benennt in ihren Zielvereinbarungen der 2000er Jahre die Intensivierung ihrer internationalen Kontakte, welche „insbesondere für die Partnerschaften mit den Universitäten im Ostseeraum“ [1] gilt, um, wie es in einem anderen Schreiben heißt, „das hohe wissenschaftliche Potential der Ostseeregion [zu] aktivieren.“[2] Die explizite Hervorhebung des Ostseeraums ist dabei Indiz für eine relativ junge Entwicklung, für deren Verständnis die internationalen Schwerpunkte und die Profilbildung der CAU von 1945 bis etwa 1990 untersucht werden sollen. Neben Jubiläen, welche jeweils als Meilensteine in der Öffentlichkeitsarbeit der Universitäten zu nennen sind, sind die Selbstbeschreibungen der Universitäten und ihrer Leitbilder von nicht zu unterschätzender Bedeutung für das „Image der Hochschule [welches] die Öffentlichkeit wahrnehmen soll.“ Diese Beschreibungen dienen als „zentrales Instrument der Werbung“ und bauen üblicherweise sprachlich stark vereinfacht „auf einigen wenigen prägnanten und einleuchtenden Ideen auf.“[3] Nach Herbert Willems geht es auch in der

1 Zielvereinbarung der CAU und des Landes S-H 2004-2008, S. 10: http://www.uni-kiel.de/sy/mitteilungen/zielvereinbarung-cau-2004-2008.pdf.
2 Zielvereinbarung der CAU und des Landes S-H 2000-2001, S. 11: http://www.uni-kiel.de/sy/mitteilungen/zielvereinbarung-cau-2000-2001.pdf // Zielvereinbarung der CAU und des Landes S-H 2004-2008, S. 10: http://www.uni-kiel.de/sy/mitteilungen/zielvereinbarung-cau-2004-2008.pdf (alle abgerufen am 28.03.2016, 14.30 Uhr).
3 Alle Zitate bei Justine Suchanek: Die Selbstbeschreibung von Hochschulen. Strategien für den Wettbewerbsvorsprung, die gesellschaftliche Legitimation und Beschäftigungsfähigkeit im Kontext globaler Herausforderungen. In: Herbert Willems (Hg.):

Wissenschaft heute um das „Imagemanagement“[4] Dies gilt insbesondere für die Verortung von Hochschulen in der globalisierten Gesellschaft. Hier ist die Entwicklung zu beobachten, dass internationale Kontakte zunächst von engagierten Einzelpersonen organisiert wurden, sich heute dagegen „systematisch implementierte internationale Bildungsprogramme [...] zu einem ‚Massenphänomen‘“[5] entwickelt haben.

Der Verweis auf internationale Kontakte der CAU anlässlich ihres 300-jährigen Jubiläums 1965 bietet einen Anknüpfungspunkt an die Schwerpunktsetzung der Kieler Universität. Der Historiker Karl Jordan bezeichnete die skandinavischen Länder als wichtigste Partner der CAU und nannte diese aufgrund ihrer geographischen Lage eine „Mittlerin zwischen deutscher und nordischer Wissenschaft“. Er betonte zudem die Notwendigkeit „die durch Krieg weitgehend zerrissenen Verbindungen zu den skandinavischen Universitäten wieder anzuknüpfen“[6]. Jordan verwies bewusst auf die Tradition in Gesamtstaat[7] und Kaiserreich[8], blendete Weimarer Republik und Nationalsozialismus jedoch weitgehend aus, wohlwissend, dass der Austausch Ko-

---

Theatralisierung der Gesellschaft, Bd. 1: Soziologische Theorie und Zeitdiagnose, Wiesbaden 2009, S. 463-483.

4 Herbert Willems: Zur Einführung: Theatralität als Ansatz, (Ent-) Theatralisierung als These. In: Ders. (Hg.): Theatralisierung der Gesellschaft, Bd. 1: Soziologische Theorie und Zeitdiagnose, Wiesbaden 2009, S. 13-55, hier S. 38 mit Bezug auf Schwanitz (1998), S. 273.

5 Suchanek: Selbstbeschreibung, S. 464.

6 UB Kiel, Nachlass Karl Jordan, Fasz. 2: „Manuskripte zu 1965“, Manuskript „Die Geschichte der Universität“, S. 5.

7 Hier etwa 1811 die Gründung des Lektorats für dänische Sprache und Literatur (ab 1845 Nordische Professur) und die von Kiel aus gebrachten Argumente für die Beibehaltung der Professur im Kriegsjahr 1864: „Kiel hat durch seine geographische Lage sowie durch seine Bestimmung, auch für eine dänisch redende Bevölkerung die gelehrte Bildung zu vermitteln, die besondere Aufgabe, auch die Sprache und Literatur unserer skandinavischen Nachbarn in deutscher wissenschaftlicher Art zu pflegen.“ Denkschrift der Philosophischen Fakultät aus dem Jahr 1864, zitiert nach Olaf Klose: Die nordische Professur in Kiel in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Quellen zur Geschichte der Beziehungen zwischen Kiel und dem Norden. In: De Libris. Bibilofile Breve til Ejnar Munksgaard paa 50-Aarsdagen, Kopenhagen 1950, S. 56-74, hier S. 56f.

8 Kiel hatte 1920, begründet durch die traditionsreichen Verbindungen zwischen Kiel und Kopenhagen, den Sammelauftrag für den „Nordischen Kulturkreis“ erhalten und war fortan für die Sammlung skandinavischer Literatur im Deutschen Reich zuständig.

penhagens „insbesondere mit Kiel nach 1933 stark zurückgegangen“ war.[9]

Im nachfolgend vorgestellten Forschungsvorhaben soll die schwerpunktmäßige Ausrichtung nach Skandinavien und den Ostseeraum und somit die Profilbildung der CAU zwischen 1945 und 1990 untersucht werden. Zunächst wird gefragt, an welche konkreten Verbindungen mit skandinavischen Hochschulen ab dem Wintersemester 1945/46 angeknüpft werden konnte. Dabei werden persönliche Beziehungen, Kontinuitäten und individuelles Engagement in ihrer Bedeutung für die Etablierung von Kooperationen bis zum Jubiläumsjahr 1965 analysiert. Daran schließt sich die Frage an, ob für einzelne Fachbereiche der wissenschaftliche Austausch mit Skandinavien von besonderer Relevanz war, wie es die an der Philosophischen Fakultät beheimateten Fächer der Skandinavistik oder die Lehrstühle für Schleswig-Holsteinische bzw. Nordische Geschichte vermuten lassen, oder ob eine gleichmäßige Ausrichtung der gesamten Universität nach Skandinavien feststellbar ist. Daneben wird nach Kontaktpunkten universitärer Einrichtungen, etwa der Universitätsbibliothek, und auf Instituts- oder Fakultätsebene gesucht.

Den zweiten Teil des Untersuchungszeitraumes bildet die Phase nach dem Jubiläum (1965-1990). Er schließt mit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit, was vor allem der Zugänglichkeit der Quellen geschuldet ist, wird aber in einem kurzen Ausblick auf die Veränderung des wissenschaftlichen Systems nach 1990 verweisen. Dabei werden die Hintergründe der Schwerpunktverlagerung von „Skandinavien“ zum „Ostseeraum“ in den Blick genommen. Hier spielen vor allem die deutsche Zweistaatlichkeit und Argumentationsmuster im Rahmen des Kalten Krieges eine Rolle. Aufbauend auf den nachvollziehbaren Kontakten werden für den gesamten Zeitraum die Gründe für Kooperationen analysiert, wobei hier nach Möglichkeit neben den Kieler Motiven auch die skandinavische Perspektive berücksichtigt werden soll. Eine Schulung der Kieler Bibliothekare 1950 in Kopenhagen und Aarhus auf „Einladung des Dänischen Universitäts-Komitees für kulturelle Hilfe“[10] gibt erste Hinweise darauf, dass die UB für die Dänen von Relevanz war und auf eine langfristige Kooperation hingearbeitet wurde. Wechselwirkungen zwischen Politik und Universität bilden den übergeord-

9 Vgl. zum angespannten Verhältnis der dänischen Wissenschaftler mit der CAU Karl Christian Lammers: Die Beziehungen zwischen den Universitäten Kiel und Kopenhagen während der NS-Jahre. In: Christoph Cornelißen (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 81-95, hier S. 90.
10 Mitteilungsblatt der CAU zu Kiel, Nr. 5 (1950), S. 3.

neten Rahmen der Arbeit, vor allem im Hinblick auf die Positionierung der CAU im wissenschaftlichen Umfeld. Es ist auffällig, dass „der Norden“ je nach Zeitabschnitt und politischer Großwetterlage in der Selbstdarstellung der Universität eine andere Rolle zugeteilt bekam. Deshalb ist die Auswertung von Projektanträgen und -skizzen von Bedeutung, da hier die Argumentationsmuster auf die Bedeutungszuschreibung von Skandinavien und dem Ostseeraum in ihrer angenommenen Verknüpfung zu politischen Fragen analysiert werden können.

2. Kontakte mit Skandinavien 1945-1965

Bei Kriegsende waren in Kiel viele Strukturen erhalten geblieben, wobei die personelle Kontinuität nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute nicht abschließend erforscht ist.[11] Für die späten 1940er Jahre ist es auffällig, dass der Kontakt zum Nachbarland Dänemark – aber auch zu anderen skandinavischen Ländern – von Kieler Seite bewusst gepflegt wurde. Gleichzeitig erhielt die CAU schnell Hilfe aus dem Norden, etwa hinsichtlich des Wiederaufbaus der Universitätsbibliothek. Einzelne Professoren, wie etwa der Historiker Alexander Scharff, organisierten studentische Austauschprogramme. Scharff zeigte dabei ein besonderes „Interesse und Engagement für engere Kontakte nach Norden“ und „pflegte [...] besondere Kontakte zu Dänemark“[12] Seine Ernennung zum [außer]ordentlichen Professor für schleswig-holsteinische und nordische Geschichte 1949/1952 zeigt den „Wandel in der politischen Instrumentalisierung der universitären Landesgeschichte“, die nunmehr der „Aussöhnung zwischen Deutschen und Dänen“[13] dienen sollte. Scharffs Vorgänger Otto Scheel hatte ausgehend von der Volksabstimmung und der neuen Grenzziehung 1920 den „Kampf in der Nordmark“ propagiert, der letztlich 1924 mit der Einrichtung des Lehrstuhls für Landes- Reformations- und nordische Geschichte institutionali-

---

11 Siehe zur aktuellen Forschung den Werkstattbericht von Karen Bruhn: Der deutsche Professor in der NS- und Nachkriegszeit – Eine Typologie anhand des Kieler Fallbeispiels. In: MGSHG 91 (2016), S. 56-59.

12 Ruth Weih: Die Nordeuropaforschung in Kiel 1945-1996. In: Robert Bohn, Jürgen Elvert, Karl Christian Lammers (Hgg.): Deutsch-skandinavische Beziehungen nach 1945, Stuttgart 2000, S. 202-229, hier S. 203.

13 Oliver Auge/Martin Göllnitz: Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität: Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965. In: Christoph Cornelißen (Hg.): Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945, Essen 2014, S. 101-129, hier S. 114, das vorherige Zitat S. 110.

siert wurde und zu ersten Zerwürfnissen mit der Kopenhagener Universität führte.[14]

Neben den deutsch-dänischen Verbindungen etablierte sich in den 1950er Jahren ein Professorenaustausch zwischen Kiel und Lund[15] und bereits seit 1949 bestanden „freundschaftliche Beziehungen" mit der Handelshochschule Stockholm, welche sich in Form wechselseitiger studentischer Besuche zeigten.[16] Im Studenten-Handbuch des Wintersemesters 1950/51 bemerkt der Autor, Kurt Frey, dass „im vergangenen Jahre 1949 in ganz zwangloser Form neue Verbindungen zum Norden erschlossen wurden", was als „besonders erfreuliches Zeichen" bewertet wird. Die dort genannten Zahlen zum studentischen wie wissenschaftlichen Austausch mit dänischen, schwedischen und norwegischen Universitäten sind für ihn ein Indiz dafür, dass die CAU „nunmehr wirklich wieder beginnt, die natürliche Brücke nach Skandinavien zu bilden."[17] Die ausländischen Studierenden, die in der Nachkriegszeit in Kiel studierten, kamen zu einem Großteil aus Skandinavien und studierten in den späten 40er und frühen 50er Jahren vornehmlich Medizin und Zahnmedizin, zudem waren die Geisteswissenschaften gefragt. Das Studentenwerk wird als Initiator der Kontakte nach Dänemark genannt. Auch die von den Studierenden veranstalteten „Kieler Studentenwochen" erhielten Zuspruch der internationalen Studierenden „und selbstverständlich dominieren dabei die skandinavischen Länder."[18] Anknüpfend an den Sammelauftrag seit 1920 bekam die Kieler Universitätsbibliothek nach dem Zweiten Weltkrieg 1949 von der DFG das Sondersammelgebiet „Geschichte, Sprachen und Literaturen der skandinavischen Länder" zuge-

14 Oliver Auge, Martin Göllnitz: Landesgeschichtliche Zeitschriften und universitäre Landesgeschichte: Das Beispiel Schleswig-Holstein (1924–2008). In: Thomas Küster (Hg.): Medien des begrenzten Raumes. Landes- und regionalgeschichtliche Zeitschriften im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u.a. 2013, S. 69–125, hier: S. 74f.

15 Vgl. Mitteilungsblatt der CAU Nr. 41 (1959) und 42 (1959); Martina Schmode: Hinter dem Horizont geht's weiter. Zur Entwicklung des International Center und internationaler Beziehungen der CAU. In: Oliver Auge (Hg.): Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. 350 Jahre Wirken in Stadt, Land und Welt. Kiel/Hamburg 2015, S. 991-1004, hier S. 1000.

16 Vgl. Mitteilungsblatt der CAU Nr. 8 (1951), S. 5.

17 Alle genannten Zitate bei Kurt Frey: Von der Auslandsarbeit an der Kieler Universität. In: Studenten-Handbuch 1950/51. Hrsg. vom Studentenwerk Kiel, S. 110-112, hier S. 111.

18 Karl-Heinrich Weise: Die Auslandsarbeit der Universität. In: Kulturarbeit in Schleswig-Holstein seit 1945. Hrsg. vom Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 1952, S. 36.

teilt. Die Abteilung für schwedische Literatur wurde zunächst nach Hamburg ausgelagert, seit 1966 ist die UB aber wieder für Publikationen aller skandinavischen Länder zuständig.

3. Entwicklungen ab 1965

Das Jubiläumsjahr 1965 stellte für die Universität einen Meilenstein der Selbstdarstellung dar. Die erfolgreiche Rehabilitierung nach dem Zweiten Weltkrieg und zahlreiche Anknüpfungspunkte zu den skandinavischen Nachbarhochschulen zeigten die neue Ausrichtung der CAU, welche sich hinsichtlich der Beziehungen vor allem zu Dänemark seit den 1920er Jahren zunehmend isoliert hatte. Die Versöhnung mit Dänemark war ein Charakteristikum der Professur für Landesgeschichte noch bis in die 1970er Jahre[19], allerdings hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits vielfältige Kooperationen etabliert. A. Scharff erhielt 1970 das Große Bundesverdienstkreuz und 1975 das Kommandeurs-Kreuz des Dannebrogordens für seine „Verdienste um die deutsch-dänische Versöhnung".[20] Anlässlich des 300. Geburtstages der CAU wurde 1965 die dänische Gastprofessur ins Leben gerufen, die seit dem Jahr 2000 zu einer skandinavischen Gastprofessur erweitert wurde. Die 1960er Jahre bilden aber innerhalb des Untersuchungszeitraums eine weitere, tiefgreifende Zäsur. Nach den Jahren des „Wiederaufbaus" und der politischen Neuorientierung bestimmte seit 1961 der Bau der Berliner Mauer die politischen Gegensätze im geteilten Deutschland. Es wird zu untersuchen sein, inwiefern sich die Ost-West-Politik in der Selbstdarstellung der CAU wiederspiegelte. Insgesamt kann bereits festgestellt werden, dass neben dem Argument der geographischen Nähe zu Skandinavien und der historischen Verbindung mit Dänemark häufig mit der kulturellen Nähe Kiels und Schleswig-Holsteins als nördlichstem Bundesland zu den nordischen Ländern sowie politischen Gemeinsamkeiten der westlich orientierten Staaten argumentiert wurde. Die Einrichtung des Sonderforschungsbereichs 17 „Skandinavien- und Ostseeraumforschung" (SFB 17) im Jahr 1969 ist ein erster Indikator für die veränderte Selbstverortung der CAU und die Erweiterung der Beziehungen mit Skandinavien um die Ostseeanrainerstaaten. Nach Abschluss des SFB 17 im Jahr 1983 wurde 1985 das Zentrum für Nordische Studien gegründet, sodass langjähriges persönliches Engagement einzelner Professoren und Mitarbeiter seit den 1960er Jahren herausgearbeitet werden können. Das Deutsch-Norwegische Studienzentrum[21] wurde

19 Auge/Göllnitz: Landesgeschichte an der CAU, S. 110.

20 Auge/Göllnitz: Landesgeschichte an der CAU, S. 116.

21 Vgl. Deutsch-Norwegisches Studienzentrum an der Christian-Albrechts-Universität

1986 als gemeinsame Einrichtung der CAU Kiel mit sechs norwegischen Hochschulen gegründet. Dabei ist das Zentrum das „Ergebnis einer jahrzehntealten, auf vielen Fachgebieten intensiv betriebenen, regelmäßigen Zusammenarbeit zwischen der Universität Kiel und norwegischen Universitäten." Genau diese Vorarbeiten und Kontakte und ihre jeweiligen Funktionen in der öffentlichen Wahrnehmung der CAU Kiel gilt es zu erarbeiten. Auffällig ist in der Beschreibung des DNSZ der Hinweis auf die Förderung sowohl durch den norwegischen Staat als auch durch die schleswig-holsteinische Landesregierung. Diese sei „nicht nur ideell" sondern es würde auch eine „fortlaufende Bereitstellung namhafter Geldbeträge" stattfinden. Das DNSZ kann also als Beispiel für die Verknüpfung von Landespolitik und universitären Anliegen sowie für staatenübergreifende Kooperation gesehen werden.

Seit den 1970er Jahren gibt es Stipendien der Stadt Kiel für je einen Studierenden aus einem skandinavischen Land. Dabei ist auffällig, dass „gerade dieses Stipendien-Programm bei den skandinavischen Hochschulen, Behörden und Studenten sehr großen Anklang [...] hat [und] zur Vertiefung der internationalen Beziehungen zwischen der Universität Kiel und dem skandinavischen Raum erheblich beigetragen [hat]." In ihren Austauschprogrammen hat sich die CAU seit den 1970er Jahren ebenfalls „schwerpunktmäßig auf die Kontakte mit skandinavischen Hochschulen spezialisiert".[22] Dies sollte zur „Wiederbelebung der Kontakte zu skandinavischen Universitäten" führen.[23] Im Rahmen der Kieler Universitätstage, die seit 1976 je mit einer ausländischen Universität organisiert wurden, gab es außerdem den Beschluss, in jedem zweiten Jahr eine skandinavische Universität als Partner auszuwählen.[24]Auch die Kieler Woche trug dazu bei, dass öffentlich die Verbindung Kiels mit dem Norden demonstriert wurde, etwa durch die Auswahl skandinavischer Gastredner, die oft mehr als die Hälfte aller Eingeladenen ausmachten.

---

zu Kiel//Tysk-Norsk Studiesenter ved Christian-Albrechts-Universität Kiel. Hrsg. durch das Rektorat der Universität Kiel, Kiel 1989, dort auch die Zitate auf S. 7 und 13.

22 Jonathan Grigoleit: Die Arbeit des Akademischen Auslandsamtes der Christian-Albrechts-Universität. In: Christiana Albertina 13 (1972), S. 67-81, hier S. 73.

23 Im Auftrage des Präsidiums von der Presse- und Informationsstelle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1976, S. 26. Vgl. Schmode: Entwicklung des International Center, S. 1001.

24 Im Auftrage des Präsidiums von der Presse- und Informationsstelle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1982/83, S. 18–19.

„Sturmlauf“ zur Demokratie?“

Handlungsspielräume aufständischer Matrosen zwischen Revolution und Reaktion am Beispiel der Provinz Schleswig-Holstein

Eine Projektskizze

von *Knut-Hinrik Kollex*

Der Kieler Matrosenaufstand, ein wiederentdecktes Forschungsfeld

Im Zusammenhang mit dem Kieler Matrosenaufstand vom November 1918 findet oft das Schlagwort von der „vergessenen Revolution“ Verwendung. Dabei gehört die Revolution von 1918/19, die das Deutsche Kaiserreich in eine Republik wandelte, rein quantitativ zu den sehr ausführlich behandelten Kapiteln der deutschen Geschichte. Ihr eigentlicher Beginn und der Anteil der Kieler Matrosen fristet in der öffentlichen Wahrnehmung hingegen oft nur ein schemenhaftes Dasein als Kieler „Lokalkolorit“. Dabei begann der Kieler Matrosenaufstand noch nicht einmal in Kiel sondern in bzw. vor Wilhelmshaven auf der Schillig-Reede.

Am Ende des Ersten Weltkrieges, kurz vor dem erwarteten Waffenstillstand hatte die Marineleitung geplant, mit wesentlichen Teilen der Hochseeflotte einen Vorstoß in den östlichen Teil des Ärmelkanals vorzunehmen. Trotz oder gerade wegen der strengen Geheimhaltungspolitik machten unter den Matrosen Gerüchte die Runde. So hieß es, dass die Offiziere eine aussichtslose Fahrt gegen die britische Flotte geplant hätten, um ihre Ehre durch ein letztes heldenhaftes Gefecht über das Kriegsende hinweg zu retten und damit, so ein späteres Argument, die Zukunft der deutschen Marine zu retten. Vom sich hiergegen ausbreitenden Widerwillen in der Hochseeflotte bekam die weit entfernt in Belgien residierende Marineleitung indes nichts mit. Als die Schiffe am 31. Oktober 1918 auf ihre Positionen am Ausgang des Jadebusens ausliefen, kam es zu ersten Zwischenfällen, Befehlsverweigerungen und Sabotage. Heizer auf den Schlachtschiffen „Thüringen“ und „Helgoland“ drohten ihren Vorgesetzten, die Feuer der Kessel zu löschen, sollten die Schiffe deutsche Hoheitsgewässer verlassen. Am nächsten Tag ging Flottenchef Admiral v. Hipper mit Torpedobooten und U-Booten gegen die Meuterer vor und forderte die Aufgabe der „Thüringen“ und der „Helgoland“. Zwar lenkten die aufrührerischen Matrosen nach kurzem

Showdown ein, ihr Ziel aber hatten sie erreicht, denn Hipper nahm von der weiteren Durchführung des Plans Abstand. Dafür ließ er teils willkürlich zahlreiche Matrosen verhaften und befahl, die Flotte auseinanderzuziehen und in ihre jeweiligen Heimathäfen zurückzuschicken. Das III. Geschwader etwa fuhr nach Kiel, wo sich die Soldaten, so die naive Hoffnung, auf einem ordentlichen Landgang wieder beruhigen sollten. Tatsächlich aber war die Stadt, wie auch andere Großstädte des Reiches, wegen der schwierigen Ernährungslage seit Monaten von Arbeiterunruhen geplagt. Hier hatte seit wenigen Tagen Admiral Souchon als Marine-Gouverneur das Sagen. Da er die Situation vor Ort nur aus den Angaben seiner Untergebenen kannte, stimmte er trotz der gefährlichen Lage schließlich zu, den Matrosen die Möglichkeit des Landurlaubs zu gewähren. Da im Jahr zuvor nach einer weit weniger dramatischen Massenverweigerung zahlreiche Matrosen verhaftet und zwei Rädelsführer erschossen worden waren, überwog aber bei den Mannschaften die Sorge um ihre Kameraden die Aussicht auf Entspannung und Vergnügen. Erfolglos forderten sie umgehend die Freilassung der Gefangenen, woraufhin sich am 2. November einige hundert Matrosen der Linienschiffe im Kieler Gewerkschaftshaus versammelten, um weitere Möglichkeiten zu beraten. Das Gouvernement begnügte sich mit zurückhaltender Repression und ließ nur das Gewerkschaftshaus für den nächsten Tag abriegeln. Die Matrosen wichen aber einfach auf einen großen Exerzierplatz am Kieler Stadtrand aus und damit wurde ihr Anliegen, über das die Presse aufgrund der Zensurmaßnahmen nicht berichten konnte, zunehmend in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Auch wenn sich die Forderungen weitgehend auf die Entlassung ihrer verhafteten Kameraden beschränkten, wurde die Stimmung zunehmend gereizter. Im Laufe der Kundgebung schlossen sich immer weitere Menschen an. Es formte sich ein Demonstrationszug, der durch die Stadt in Richtung der Marinearrestanstalt zog. An der Einmündung der Karl-Straße (heute Brunswiker Straße, Ecke Feldstraße), an der sich ein großer Militärkomplex mit dem Marinegefängnis befand, traf die Demonstration auf einen Zug Marineinfanterie, der aus Rekruten bestand und von einem Reserveleutnant befehligt wurde.

Ob dieser die Demonstration tatsächlich vom Militärgefängnis fernhalten sollte, oder nur zufällig auf die Demonstration traf, ist nicht völlig klar. Es war gewissermaßen Souchons letztes Aufgebot, denn wegen der zweifelhaften Loyalität seiner übrigen Truppen musste er schon beim Armeekorpskommando in Altona anfragen, ob man ihm zusätzliche Soldaten zur Verfügung stellen könnte, um die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Den unerfahrenen Soldaten stand inzwischen eine immer größere, immer

aggressiver agierende Menge gegenüber. Auf Ultimaten, auseinanderzugehen, wurde nicht reagiert. Schließlich wurde eine kleine Polizeikette überrannt, die Soldaten eröffneten das Feuer – ob auf Befehl oder in Panik lässt sich letztlich nicht mehr sagen. Die „Kieler Zeitung“ berichtete nach diesem Zwischenfall von 9 Toten und 29 Verletzten. Der Demonstrationszug stob danach auseinander, was Souchon zu der irrigen Annahme verleitete, die Protestbewegung habe ihren Höhepunkt damit überschritten und es werde in Kiel nun allmählich zu einer Beruhigung kommen. Die Anfrage nach Truppen aus Altona wurde zurückgezogen, denn Souchon gedachte an das Pflichtgefühl der Matrosen zu appellieren und die Wogen durch eine nachsichtige Behandlung der Beteiligten zu glätten.

Die Lage hatte sich mit den Schüssen jedoch nochmals angeheizt, denn man unterstellte der örtlichen Marineleitung hierin Absicht und noch immer war es nicht gelungen, die inhaftierten Mannschaften zu befreien. Teile der Matrosen entschlossen sich daher, ihren Forderungen durch den Einsatz von Gewalt Nachdruck zu verleihen. Sie versuchten, sich zu bewaffnen und gleichzeitig die Protestkundgebungen auszudehnen, was Souchons Stab nicht verborgen blieb, ebenso wenig wie ihre Vorbereitungen, einen Soldatenrat nach russischem Vorbild zu wählen. Souchon ließ am nächsten Tag die Verhandlungen mit dem IX. Armeekorps in Altona über die Entsendung von Truppen nach Kiel wiederaufnehmen, was aber wegen Kompetenzstreitigkeiten erfolglos blieb. Die zunehmende Hilflosigkeit der örtlichen Marineführung zeigte sich auch in der Entscheidung, das III. Geschwader wieder auf See zu schicken: Vor dem Auslaufen verließen zahlreiche Mitglieder der Mannschaften eigenmächtig die Schiffe. Am frühen Nachmittag des 4. Novembers erklärte Souchon sich schließlich einverstanden, mit Vertretern der demonstrierenden Matrosen zu verhandeln, was den frisch gewählten Soldatenrat mit dem USPD-Mitglied Karl Artelt an der Spitze erheblich aufwertete und ihm eine quasi-offizielle Stellung verlieh. Nun schlossen sich noch zögernde Mannschaften der Bewegung an, bewaffneten sich und zogen in Gruppen durch die Kasernen, um weitere Matrosen zum Anschluss zu bewegen. Artelt übermittelte Admiral Souchon schließlich seine Bedingungen und alle wurden angenommen.

Die 14 Forderungen, die Artelt im Namen der Matrosen vorbrachte, umfassten wenige politische Punkte. Vielmehr konzentrierte sich ihr Katalog auf die Freilassung der inhaftierten Kameraden, Verbesserung des Soldatenalltags und eine Amnestie für sich selbst. Auch der Forderung, sämtliche garnisonsfremden Truppen zurückzuziehen, kam Souchon nach. Damit hatte

er sein letztes Machtmittel aus der Hand gegeben, was der vollständigen Kapitulation der Marineführung gleichkam. Zwar hatte das IX. Armeekorps mittlerweile auf eigene Faust Einheiten zur Unterdrückung der Unruhen nach Kiel entsandt, aber die unklare Befehlslage und das entschlossene Auftreten der Demonstranten sorgten dafür, dass sich die Truppen anschlossen oder wieder zurückzogen. Erst jetzt, fünf Tage nach den Vorgängen auf der Schillig-Reede und drei Tage nach dem Beginn der Ereignisse in Kiel wurde die Reichsregierung in Kenntnis über die völlig außer Kontrolle geratene Situation gesetzt. Da aber in Kiel bereits alle Dämme der bisherigen Autoriätspolitik gebrochen waren, gab es kaum noch Möglichkeiten, der Lage Herr zu werden. Trotz anfänglichen Zögerns hatten sich auf fast allen Schiffen Matrosen den Aufständischen angeschlossen, die so ohne Widerstand die Kontrolle über die Stadt und die militärischen Einrichtungen übernehmen konnten. Selbst das Seeoffizierskorps verhielt sich weitgehend passiv und im weiteren Verlauf arrangierten sich beide Seiten, sodass es kaum noch zu nennenswerten Gewalthandlungen oder Zwischenfällen kam. Nur auf der „König“, deren Kommandant sich weigerte die rote Fahne zu hissen, kam es zu einem tödlichen Schusswechsel. Die übrigen Schiffskommandanten verhielten sich dagegen nicht besonders „pflichtbewusst“, was zu späteren Vorhaltungen aus konservativen Kreisen führte. Selbst Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, war jedoch schleunigst geflüchtet – getarnt mit einer roten Fahne am Wagen.

Das entstandene Machtvakuum versuchte der Soldatenrat, gemeinsam mit einem nun ebenfalls gegründeten Arbeiterrat, zu füllen. Die Reichsregierung konnte auf die Schnelle keine Lösung anbieten, die die Unruhen kanalisiert hätte. So verselbständigten sich die Ereignisse. Bereits Stunden nach der Kapitulation Souchons begannen sich die Massenunruhen auf andere Städte Norddeutschlands auszudehnen, eine Eindämmung wurde schnell unmöglich. Daher versuchten die an der Regierung beteiligten Mehrheitssozialdemokraten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um die weiteren Ereignisse zumindest mitgestalten zu können. Der am 4. November eilig nach Kiel entsandte und dort begeistert empfangene Abgeordnete Gustav Noske ließ sich zunächst zum Vorsitzenden des Soldatenrates und später zum Gouverneur der Stadt, also zum Nachfolger Souchons wählen.

Dennoch blieb die Lage kritisch, denn längst war nicht ausgemacht, dass die anvisierte Transformation des Kaiserreichs in eine parlamentarische Ordnung gelingen würde. Gerade Anhänger der USPD und besonders die Mitglieder der Spartakus-Gruppe unter Rosa Luxemburg und Karl Lieb-

knecht, aus der wenig später die KPD hervorging, verfolgten vielmehr ein Rätemodell auf Basis des russischen Vorbilds. Unter den Matrosen fand sich daher kein einheitliches politisches Programm. Ihr Hauptziel war die Befreiung der noch anderswo inhaftierten Kameraden und das Ende des Krieges. Sich auf Kiel zu beschränken hieß aber, das Heft des Handelns aus der Hand zu legen und sich in die Hände der Regierung zu begeben. Damit wollte man sich offenbar nicht zufrieden geben. Schon länger hatte eine revolutionäre Spannung in der Luft gelegen, ein großer Arbeiterstreik war erwartet worden und nun hatten die Matrosen den entscheidenden Funken ausgelöst. In vielen Städten schlossen sich ihnen umgehend Angehörige der Garnisonen und Industrie-Arbeiter an, als hätten sie nur auf eine günstige Gelegenheit gewartet. Bereits am 5. November befanden sich alle wichtigen Stützpunkte der Marine in Schleswig-Holstein in den Händen der aufrührerischen Mannschaften, am 7. November übernahmen sie Hamburg, Altona, Bremen und Wilhelmshaven. Mit der rasanten Ausbreitung der Revolution wurde dem Großteil der politischen Elite klar, dass ein politischer Neuanfang unausweichlich war. Am 9. November rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die Republik aus, zuvor war die Abdankung Kaiser Wilhelms II. verkündet worden. Die revolutionären Ereignisse waren damit allerdings noch nicht am Ende, denn die blutigen Unruhen der Weihnachtskämpfe 1918, des Spartakus-Aufstandes Anfang 1919 oder der reaktionären Gegenbewegung des Kapp-Putsches 1920 standen erst noch bevor. Auch an ihnen waren Matrosen in hohem Maße beteiligt.

Trotz dieses entscheidenden Funkens hat sich die Forschung mit den Matrosen bisher kaum befasst, abgesehen von einigen wenigen Studien wie der für die Kieler Ereignisse grundlegenden von Dirk Dähnhardt aus den späten 1970er Jahren und einigen Arbeiten aus der DDR-Geschichtswissenschaft, die aber allesamt an den engen dogmatischen Vorgaben ihrer politischen Führung leiden. Für die große, d.h. die gesamtdeutsche Geschichte, hat die Revolution zwar erhebliches Interesse gefunden, ihr Anfang wurde aber häufig im Trüben, d.h. im Vorwort belassen. Zahlreiche Darstellungen der Revolution beginnen erst am 9. November 1918. Ansonsten fanden Betrachtungen oftmals aus dem Blickwinkel des Scheiterns der Weimarer Republik statt, deren vermeintlichen Fehler schon aus ihren Anfängen herausgelesen wurden, meist gefolgt von einer konjunktivischen Darstellung hypothetischer Alternativen. Insofern beschränkte sich die Bewertung der Rolle der Matrosen bisher auf Sichtweisen, die zwei extremen politischen Richtungen entsprechen: Die eine will sie als ehrlose Meuterer, die andere als Vorkämpfer für Frieden, Gerechtigkeit und eine alternative Form deut-

scher Demokratie sehen, womit zumeist ein verklärtes Rätemodell gemeint ist. Selbst dort, wo die Kieler Ereignisse thematisiert werden, findet sich zumeist nur der Verweis auf Dähnhardts Ausführungen. Dabei endet seine Darstellung an der Kieler Stadtgrenze. Für ganz Schleswig-Holstein mit seinen zahlreichen Marinestützpunkten fanden nur einige wenige Sonderfälle wie die vermeintliche „Sonderburger Republik des Bruno Topff" Beachtung, v.a. wegen ihres Anekdotencharakters. Die restliche Handvoll lokaler Einzelfallbetrachtungen beschränkt sich bestenfalls auf die Frage, wann sich ein örtlicher Arbeiter- und/oder Soldatenrat bildete. Regional scheint die Revolution also noch immer als „Schandfleck" betrachtet zu werden. Dabei sind in jüngerer Zeit vermehrt neue Perspektiven zum Themenkomplex Revolution von 1918/19 in die wissenschaftliche Debatte eingeführt worden, so in den Sammelbänden von Alexander Gallus oder Klaus Weinhauer. Die revolutionäre Anfangsphase mit ihren Hauptakteuren – den Matrosen – fand hier bislang aber immer noch keine Beachtung.

Handlungsspielräume von Matrosen, ein modernes Forschungsdesign

Dabei wurde schon häufiger die Bedeutung der Kieler Ereignisse für die Deutsche Revolution damit begründet, dass in den Anfängen Implikationen für den weiteren Verlauf mitgegeben worden seien. Eine umfassende Studie zu den Matrosen, die den gesamten Verlauf der Revolution bis in die Anfänge der Weimarer Republik in den Fokus nimmt, fehlt allerdings. So ist beispielsweise die Frage nicht beantwortet, was die ursprüngliche Motivation der aufständischen Matrosen des Jahres 1918, ihre Hoffnungen und Ziele waren. Zwar wird ihnen heute zumeist unterstellt, sie hätten Frieden und Demokratie angestrebt, belegt wurde das bislang allerdings nicht. Vielmehr ist man vom Ergebnis her ausgegangen und hat im Wege einer Kausalitätskette auf die Ziele der Matrosen geschlossen. Die Quellen zeichnen hierfür hingegen ein sehr heterogenes Bild. Dabei offenbart sich das Problem, dass bisher meist von den Matrosen die Rede ist.

Ein kurzer Blick auf die weitere Revolutionsgeschichte offenbart allerdings, dass man kaum von einer Interessenidentität ausgehen darf. Matrosen standen (wenn vielleicht auch nicht gleich verteilt) auf beiden Seiten der politischen Lager: nicht nur am Marinegefängnis in der Kieler Karlstraße, sondern auch bei der Volksmarinedivision in Berlin, bei den Spartakisten und den Freikorps in ganz Deutschland. Diese Extrempositionen laden dazu ein, die Matrosen einer differenzierteren Betrachtung zu unterziehen. Welche

Strömungen lassen sich feststellen? War das Gros der beteiligten Matrosen überhaupt politisch oder reihte es sich mangels Alternative einfach in den Schwarm der ersten Revolutionäre ein? Oft wird heute angeführt, Kiel sei nur ein Zufallsort – die Bühne, aber nicht die Ursache des Kieler Matrosenaufstandes. Die Revolution, so wird argumentiert, wäre mit geringer Verzögerung schon noch woanders ausgebrochen. Das impliziert aber, dass das revolutionäre Geschehen einem unsichtbaren Drehbuch, gewissermaßen als Automatismus gefolgt sei und die Akteure keinerlei Spielraum hatten, die Gesetzmäßigkeiten des Verlaufs zu ändern. Das Dissertationsprojekt soll daher eine Studie über die die Matrosen als Akteursgruppe mit einer regionalen Studie über die Ereignisse jener Revolution in der Provinz Schleswig-Holstein zu verbinden und über den Zeitraum der gesamten Frühphase der Weimarer Republik betrachten.

Insbesondere wegen der heterogenen Quellenlage bietet sich als methodisches Grundgerüst das Konzept des sogenannten „Handlungsspielraums" an. Es handelt trotz der sehr allgemein klingenden Bezeichnung um ein modernes Forschungsdesign, das ursprünglich für Herrscherdynastien im Mittelalter entwickelt wurde und mittlerweile in der Erforschung der Frühen Neuzeit und der Neuzeit erfolgreich angewendet wurde und wird. Der Definition Werner Stegmaiers folgend, lässt sich ein solcher Spielraum verstehen als ein „durch Regeln begrenzter Raum einer Bewegung, in dem eine nicht diesen Regeln gehorchende spielerische Bewegung bzw. ein von Regeln freies Spiel möglich ist". Es geht um eine „geregelte Grenze ungeregelten Verhaltens". Gerade für die Gruppe der aufständischen Matrosen des Jahres 1918 verspricht dieses Konzept interessante Ergebnisse, da sie nicht nur als Angehörige der Kaiserlichen Marine sondern auch durch die gesellschaftlichen Vorgaben ihrer Zeit einem vergleichsweise starren Regelkonstrukt unterworfen waren. Dies aber begann sich Anfang November 1918 drastisch zu verändern, das Geschehen dynamisierte sich, die Matrosen begannen die Grenzen ihrer Handlungsspielräume zu verändern. Die Entwicklung dieser Spielräume wird dabei wie in einem Koordinatensystem innerhalb eines Rahmens von Handlungsbedingungen betrachtet.

Der wichtigste Aspekt unter diesen Rahmenpunkten ist zunächst der Raum, in dem die Handlung stattfindet, nicht zu verwechseln aber mit dem Handlungsspielraum, der die Handlungsoptionen wiederspiegelt. Dabei wird einerseits der physisch-geographische Raum, wie etwa die Stadt Kiel, ein Kasernengelände oder ein Versammlungslokal betrachtet. Daneben wird ein Raum aber auch ideell-abstrakt verstanden. Von wesentlicher Bedeutung

ist hier die Frage der politischen oder politisierten Öffentlichkeit, d.h. der Meinung im öffentlichen Raum, die in einem Wechselspiel von den Handlungen der Matrosen beeinflusst wurde und andersherum. Daneben ist die Zugehörigkeit der handelnden Matrosen zu spezifischen Gruppen relevant. Die bisherige Betrachtung zeigt, dass es einen Unterschied machte, ob die Akteure auf einem der Linienschiffe oder einer kleineren Einheit Dienst taten. Hier kommt zum Tragen, dass die Matrosen eben keine homogene Gruppe waren, sodass im Verlauf der Untersuchung die Ausbildung spezifischer Untergruppen zu erwarten ist. Auch das äußere Beziehungsgeflecht, etwa die Zugehörigkeit oder Nähe zu politischen Gruppen oder Bewegungen ist bedeutend, weil dies Handlungsmöglichkeiten erweitern, durch enge ideologische Vorgaben oder staatliche Verfolgung aber auch begrenzen kann. Ein ebenfalls wichtiger Aspekt, der zudem für die differenzierte Darstellung der Akteure dienlich ist, sind biographische Elemente. Hierzu gehören Voraussetzungen wie die Herkunft oder ein erlernter Beruf, die einzelnen Handlungsträgern individuell zugeordnet werden können, aber auch innere ideelle Aspekte, d.h. Erfahrungen und Denkräume, die das Handeln einzelner Akteure prägten. Als vierter Aspekt ist die Frage des Informationsgrades von Bedeutung.

Zu klären ist dabei, auf welcher Grundlage die Matrosen ihre Entscheidungen trafen und woher ihre Informationen stammten, schließlich waren Gerüchte wesentlich für den Ausbruch der Unruhen verantwortlich. Hierfür spielt auch die Frage der politischen Kommunikation eine Rolle, ganz besonders im Hinblick auf staatliche Zensurmaßnahmen und die Bedeutung von Flugblättern und -schriften. Ein weiterer wichtiger Punkt betrachtet die materielle Handlungsfähigkeit. Hierzu gehören nicht nur akute Bedürfnisse wie Nahrung und Unterkunft, die die Matrosen – Revolution hin oder her – befriedigen mussten, sondern auch die Sicherung der eigenen finanziellen Zukunft, die das Handeln der Aufständischen mit beeinflusst haben. Der sechste Aspekt betrachtet die Außen- und Selbstwahrnehmung der Matrosen. Die Sonderrolle der Matrosen im flottenbegeisterten Kaiserreich findet sich auch in der Revolution wieder, in der Matrosen stellenweise bis heute zu so etwas wie ihrer Ikone wurden. Deswegen ist davon auszugehen, dass die Art und Weise wie sie in ihrer Zeit wahrgenommen wurden und wie sich hieraus ihr Selbstverständnis gestaltete, auch einen Einfluss auf ihre konkreten Handlungsspielräume hatte. Neben diesen sechs Rahmenpunkten sind für die Beschreibung von Handlungsspielräumen der untersuchten Protagonisten auch die Handlungen ihrer Gegenspieler, d.h. der Vertretern der „alten“ staatlichen Ordnung sowie weitere wichtige Akteure, die jeweils

punktuell die Situation beeinflussten, relevant. Ihr Handeln kann allerdings nur situativ für die konkreten Einzelfälle untersucht werden. Dabei steht nicht nur zu erwarten, dass Handlungsspielräume durch das Hinzutreten weiterer Akteure beschnitten wurde, sondern dass es auch zu Kooperationen mit gegenseitiger Erweiterung der jeweiligen Spielräume oder dem Verfolgen gemeinsamer Ziele und Strategien gab.

So lässt sich insgesamt erhoffen, die Gruppe der aufständischen Matrosen in ihrer Vielschichtigkeit für die gesamte Frühphase der Weimarer Republik differenziert darstellen zu können. Dabei bleibt die Studie einerseits nicht auf die wenigen Biographien ehemaliger Beteiligter beschränkt, die stets nur einen Ausschnitt bieten und sich aufgrund eines politischen Überlieferungsinteresses in aller Regel in einem politischen Lager ballen. Demgegenüber werden die Matrosen aber auch nicht allein aus der Perspektive ihrer Vorgesetzten betrachtet, die umfangreiches Quellenmaterial hinterlassen haben, den Revolutionären aber ihrerseits die Verantwortung für eigenes Versagen aufbürden wollten. Erst über die Methode der Handlungsspielräume wird es möglich sein, ein neues Bild zu zeichnen, ohne ein ums andere Mal um immer gleiche Bewertungsfragen zu kreisen.

Termine und Hinweise

Konflikt und Kooperation unterm Hakenkreuz – Das politische Engagement von Kieler Studierenden und Professorenschaft in der NS-Zeit

Fachwissenschaftlicher Themenabend am 2. Mai 2017, 18:00 Uhr im Foyer der Universitätsbibliothek Kiel

Am 10. Mai des Jahres 1933 wurden auf den zentralen Plätzen deutscher Städte Bücher auf Scheiterhaufen verbrannt. Für Planung und Ausführung waren die deutschen Studierenden verantwortlich. Deren Bündnispartner waren häufig mit dem Nationalsozialismus sympathisierende Professoren, von denen einige diesen hochsymbolischen Akt mit Propagandareden begleiteten. Auch in der Aula der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel kam es zu einer Versammlung, auf welcher der Philosophieprofessor Ferdinand Weinhandl eine Rede zum Thema *Undeutscher Geist – Deutscher Geist* hielt.

Das Projektteam des Kieler Gelehrtenverzeichnisses und die Universitätsbibliothek Kiel laden zu einem fachwissenschaftlichen Themenabend ein, der die Ereignisse der Bücherverbrennung im Mai 1933 zum Anlass nimmt, um nach den tatsächlichen Kooperationsmöglichkeiten von Studierenden und Professorenschaft vor Ort zu fragen. Besonders wird aber auch das individuelle Engagement beider Akteursgruppen beleuchtet. Hierbei werden aktuelle Ergebnisse der Forschungen zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der CAU Kiel vorgestellt.

Programm:

Dr. Kerstin Helmkamp, Direktorin der Universitätsbibliothek Kiel
Begrüßung

Prof. Dr. Anja Pistor-Hatam,
Vizepräsidentin der CAU zu Kiel für Studienangelegenheiten, Internationales und Diversität
Grußwort

Prof. Dr. Oliver Auge,
Direktor der Abteilung für Regionalgeschichte der CAU zu Kiel
Einführung in das Thema

Martin Göllnitz M.Ed.,
Abteilung für Regionalgeschichte der CAU zu Kiel
Eliten am Scheideweg. Militanz und Identitätskonstruktionen jungakademischer Funktionäre in der Zwischenkriegszeit

Karen Bruhn M.A.,
Abteilung für Regionalgeschichte der CAU zu Kiel
Kieler Karrieren? Die Profilierung der Professoren zwischen 1933 und 1945

Auf dem Weg zum »Weimar des Nordens«? Die Eutiner Fürstbischöfe und ihr Hof im 18. Jahrhundert. Arbeitsgespräch in der Eutiner Landesbibliothek

Tagung im Seminarraum der Eutiner Landesbibliothek am 5. und 6. Mai 2017

Tagungsleitung: Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel; Dr. Anke Scharrenberg, Eutin

Im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert erlebte Eutin eine kulturelle Blüte. Zahlreiche bekannte Schriftsteller wie der Dichter und Homer-Übersetzer Johann Heinrich Voß oder der Philosoph Friedrich Heinrich Jacobi lebten hier und bildeten den Eutiner Kreis. Matthias Claudius, Friedrich Gottlieb Klopstock, Wilhelm von Humboldt sowie andere bedeutende Persönlichkeiten kamen nach Eutin und suchten den Gedankenaustausch mit ihnen. Dies trug der Stadt die Ehrenbezeichnung »Weimar des Nordens« ein.

Im Arbeitsgespräch beleuchten renommierte Fachleute diesen lokalen Mythos aus unterschiedlichen Perspektiven, wobei vor allem die Rolle der Eutiner Fürstbischöfe und ihres Hofes zu betrachten sein wird.

Tagungsprogramm:

Freitag, 5. Mai 2017

10:30 Uhr *Anja Sierks-Pfaff, Eutin*
Begrüßung

10:45 Uhr *Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel und Dr. Anke Scharrenberg, Eutin*
Einführung

11:15 Uhr *Dr. Sven Rabeler, Kiel*
Bischofsresidenz und Kleinstadt in der frühen Neuzeit. Beobachtungen zu Eutin aus Sicht der Residenzstadtforschung

12:15 Uhr *Dr. Stefanie Freyer, Osnabrück*
Fürst, Hof, Dichter. Weimars kulturelle Blüte um 1800

13:15 Uhr Mittagspause

14:00 Uhr *Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel*
Die Residenz Eutin in ihrem kulturellen Umfeld

15:00 Uhr *Dr. Silke Hunzinger, Plön*
Genius der Zeit – Von Plöner Büchern, Verordnungen und Streitschriften zwischen Absolutismus und Aufklärung

16:00 Uhr Kaffeepause

16:30 Uhr *Dr. Jens Ahlers, Kiel*
Die Fürstbischöfe von Lübeck als Vormünder und Statthalter im Herzogtum Schleswig-Holstein-Gottorf

18:30 Uhr Öffentlicher Abendvortrag in der Kreisbibliothek:
Prof. Dr. Axel Walter, Eutin
Eutin – Weimar des Nordens.
Ein lokaler Mythos aus literaturgeschichtlicher Perspektive

20:00 Uhr Abendessen (für Referenten)

Samstag, 6. Mai 2017

9:00 Uhr *Dr. Anke Scharrenberg, Eutin*
Friedrich August - Fürst und Kulturmäzen?

10:00 Uhr *Dr. Frank Baudach, Eutin*
Peter Friedrich Ludwig – der „Vater Eutins"?

11:00 Uhr Kaffeepause

11:30 Uhr *Dr. Gerd Steinwascher, Oldenburg*
Der Oldenburger Hof im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert –Fortentwicklung, Wiederbelebung oder Neugründung?

12:30 Uhr Abschlussdiskussion

13:30 Uhr Ende

Die Veranstaltung steht in begrenztem Umfang interessierten Zuhörern offen. Die Tagungsgebühr beträgt 10 Euro, der Eintritt für Studierende ist frei.

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung unter **info@lb-eutin.de**

Landesgeschichtliche Seminare im Akademiezentrum Sankelmark

12. - 14. Mai 2017

Flussgeschichten: Die Trave, Fluss des Jahres 2016/17

Im Rahmen der Flussgeschichten werden wir uns in diesem Jahr mit dem Unterlauf der Trave beschäftigen, die für 2016/17 zum „Fluss des Jahres“ gekürt wurde: von Bad Oldesloe über Lübeck bis nach Travemünde. Wir lernen beeindruckende Kirchenbauten und Herrenhäuser sowie die Stadtpaläste und Sommerfrischen der Lübecker Patrizier kennen und erschließen uns – zu Lande und zu Wasser – eine überaus reizvolle Kulturlandschaft.

Tagung mit Exkursion
Leitung: Jörg Memmer

19. - 21. Mai 2017

Deutsche Marinegeschichte 1848-1919

Themen des Seminars sind der Aufbau der ersten deutschen Flotte 1848/49, das Flottenwettrüsten im Kaiserreich, der Einsatz der Hochseeflotte und der U-Boote im Ersten Weltkrieg sowie der Kieler Matrosenaufstand 1918 und die Selbstversenkung der Kriegsschiffe im Juni 1919 im schottischen Scapa Flow. Ein Vortrag über die Marinemalerei im Kaiserreich und eine Exkursion in die imposante Marineschule in Flensburg-Mürwik runden das Seminar ab.

Seminar mit Exkursion
Leitung: Dr. Martin Rackwitz und Dr. Jann-Markus Witt

16. - 18. Juni 2017

Die Eider – eine Flusslandschaft erleben

Die Eider – wenn dieser Fluss sprechen könnte, was hätte er uns nicht alles zu berichten. Über tausend Jahre bildete die Eiderniederung die Grenze zwischen Skandinavien und Mitteleuropa bzw. zwischen Dänemark und Deutschland. Als Verkehrsader erlangte Schleswig-Holsteins längster Fluss nicht erst mit der Eröffnung des Eiderkanals eine bedeutende wirtschaftliche Funktion. Zahlreiche archäologische Fundorte zeugen noch heute von einer bewegten und bewegenden Vergangenheit der Kulturregion Eider-Treene-Sorge. Aus welcher Perspektive auch immer: Die Eider ist ein Erlebnis.

Seminar mit Exkursionen
Leitung: Dr. Heiko Hiltmann

7. - 9. Juli 2017

Die Königsau: Natur, Kultur, Geschichte

Die 64 km lange Königsau, die nördlich von Ribe in die Nordsee mündet, bildete über Jahrhunderte in ihrem Mittel- und Oberlauf die Grenze zwischen dem Herzogtum Schleswig und dem Königreich Dänemark und von 1871 bis zur Volksabstimmung 1920 die deutsch-dänische Grenze. Wir werden unseren Blick auf Gemeinsames und Trennendes richten, auf unserer Exkursion dem Verlauf der Königsau folgen und dabei mit Wassermühlen, mittelalterlichen Kirchen und Gutsanlagen auf mannigfaltige Zeugnisse ihrer schicksalhaften Geschichte treffen.

Tagung mit Exkursion
Leitung: Jörg Memmer

18. - 20. August 2017

Wunderbares Angeln – eine Kulturlandschaft im Wandel

Vom Hünengrab zum Bauernwald, vom Kirchturm zur Windmühle – Angeln bietet bis heute eine eindrucksvoll geschlossene Kulturlandschaft. Doch auch diese so reizvolle und anmutige Landschaft verändert im Zuge von landwirtschaftlicher Industrialisierung und Energiewende ihr Gesicht. Vor Ort wollen wir uns bedrückende und beglückende Beispiele des Wandels ansehen und nach Alternativen fragen.

Seminar mit Exkursionen
Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Riedel

Anmeldung und Information:
Akademiezentrum Sankelmark
Akademieweg 6
24988 Oeversee
Tel.: 04630-550

E-Mail: **info@eash.de**

Kulturhistorische Exkursionen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Sonnabend, 20. Mai 2017

Seefahrende und Schiffbauer von der Halbinsel Løjt und aus Apenrade

(mit Besuch im Schifffahrtsmuseum Apenrade; zur vorbereitenden Lektüre sei ein entsprechender Artikel von Mikkel Leth Jespersen in der ZSHG 141/2016, S. 140-154, empfohlen).

Die Exkursion wird unter Leitung von Prof. Dr. Detlev Kraack und Jörg Memmer durchgeführt werden. Ausgehend von Kiel (neuer Kieler Busbahnhof für die Fernbusse unterhalb der Gablenzbrücke) werden wir um **8.30 Uhr** mit dem Bus in Richtung Norden aufbrechen und über die Autobahn nach Flensburg fahren (Zustieg am ZOB in Flensburg nach vorheriger Absprache um **9.45 Uhr** möglich).

Von Flensburg aus wird es über Krusau und Kliplev nach Apenrade gehen, wo wir uns neben der Stadt selbst das spätmittelalterliche Schloss Brundlund und das Schifffahrtsmuseum anschauen wollen. Nach einer kurzen Mittagspause wird es dann weiter gehen auf die Halbinsel Løjt, wo wir uns den interessanten Kirchort Løjt Kirkeby mit seinem bemerkenswerten Gotteshaus ansehen werden. Wenn die Zeit reicht, wollen wir auch noch einen Abstecher ans Wasser unternehmen und einen Blick auf die Insel Kalö werfen, wo um die Mitte des 19. Jahrhunderts Schiffe gebaut wurden, mit denen Apenrader Schiffer die Weltmeere befuhren.

In Apenrade werden wir an einer geeigneten Stelle um die Mittagszeit eine kleine Picknickpause einlegen. Deshalb bitte an ein wenig Verpflegung denken. Am Nachmittag wird uns der Busfahrer zum Selbstkostenpreis einen Kaffee ausschenken.

Geplante Rückkehr in Kiel ca. 18 Uhr (entsprechend um ca. 16.30 Uhr in Flensburg).

Sonnabend, 16. September 2017

Die Residenzstadt Eutin – Weimar des Nordens?

Die Exkursion wird unter Leitung von Prof. Dr. Detlev Kraack und Jörg Memmer durchgeführt werden. Ausgehend von Kiel (neuer Kieler Busbahnhof für die Fernbusse unterhalb der Gablenzbrücke) werden wir um **8.30 Uhr** mit dem Bus in Richtung Süden aufbrechen und auf der B76 über Plön zügig nach Eutin fahren.

Dort werden wir uns die Altstadt um den Markt, die Michaeliskirche und die Residenzanlage anschauen. In diesem Zusammenhang werden wir uns unter anderem durch das Eutiner Schloss führen lassen und einen Blick in den Schlossgarten werfen, außerdem die Eutiner Landesbibliothek und die Michaeliskirche besichtigen. Nach einer kurzen Verschaufpause geht es weiter zum Jagdschloss am Ukleisee, wo uns der Busfahrer noch einen Kaffee zum Selbstkostenpreis ausschenken wird, bevor es dann über Malente und Plön wieder zurück nach Kiel geht.

In Eutin werden wir an einer geeigneten Stelle um die Mittagszeit eine kleine Picknickpause einlegen. Deshalb bitte an ein wenig Verpflegung denken. Am Nachmittag wird uns der Busfahrer zum Selbstkostenpreis einen Kaffee ausschenken.

Geplante Rückkehr nach Kiel gegen 17.45 Uhr.

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte veranstaltet die Exkursionen in erster Linie für ihre Mitglieder; Freunde und Gäste sind aber jederzeit willkommen. Ausgangspunkt der Exkursionen wird jeweils Kiel sein (Abfahrt jeweils **8.30** Uhr).

Für die Teilnahme an den Exkursionen sind von Mitgliedern der Gesellschaft jeweils 40,- Euro zu zahlen, Gäste und Freunde zahlen 45,- Euro, Studierende der Geschichte an der CAU 20,- Euro.

Interessierte mögen sich bitte zeitig bei Herrn Prof. Dr. Detlev Kraack (Seestr. 1, 24306 Plön, Tel. 04522/508391, E-Mail: **detlev.kraack@gmx.de**) anmelden.

Auf eine rege Teilnahme an den Veranstaltungen des Jahres 2017
freuen sich

Detlev Kraack und *Jörg Memmer*

Radikale Überzeugungstäter? Studentische Protest- und Gewaltformen zwischen den Befreiungskriegen und dem Bologna-Prozess

Tagung am 6. und 7. Juli 2017 im Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald

Die deutschen Universitäten des 19. und 20. Jahrhunderts stellten nicht nur Orte der Gelehrsamkeit dar, sondern wurden von der größten akademischen Gruppe, den Studierenden, auch als Räume perpetuierter Gewalt und suspendierter Normen wahrgenommen. Der radikale Teil der Studierenden bildete zwar stets nur eine Minderheit, trug seine Ideen und Ideologien aber wirkungsvoll aus der Gesellschaft an die Universitäten und von dort wieder zurück. Infolge dieser Entwicklungen blieben die Hochschulen weder von den Wertemustern des Vormärz, noch vom Radauantisemitismus der Nationalsozialisten oder von den Studentenunruhen der 68er verschont.

Die Tagung, bei der nationale wie internationale Experten über studentische Protest- und Gewaltformen zwischen den Befreiungskriegen und dem Bologna-Prozess diskutieren, nimmt deutschlandweite Entwicklungen ebenso in den Blick wie repräsentative Fallbeispiele. Im Mittelpunkt stehen der Eigensinn jugendkultureller Lebenswelten und die politischen Aktionsformen potentieller Eliten. Immerhin rückten die radikalen Studierenden nach Abschluss ihrer Studien oftmals in führende gesellschaftliche oder staatliche Positionen auf und beeinflussten mit dem ihnen eigenen Politikverständnis die Entwicklung Deutschlands auf vielfältige Weise.

Die Tagung und der öffentliche Abendvortrag mit anschließender Podiumsdiskussion stehen allen Interessierten offen.

Tagungsprogramm:

Donnerstag, 6. Juli 2017

09:00 Uhr *Prof. Dr. Oliver Auge und Martin Göllnitz, beide Kiel*
Begrüßung

09:15 Uhr *PD Dr. Dr. Harald Lönnecker, Koblenz/Chemnitz*
„zum fechten wider alle Welt gebildet“ – Deutsche Studenten in den Befreiungskriegen 1813-1815

10:00 Uhr *Dr. Jan Schlürmann, Kiel*
„...und sie kamen wieder mit Schwertern in der Hand“: Studentische Gewalt im Vormärz und der 1848er Revolution zwischen Anspruch und Wirklichkeit

10:45 Uhr Kaffeepause

11:15 Uhr *Dr. Dirk Alvermann, Greifswald*
Eskalation und routinierte Gewalt – Greifswalder Konfliktmuster in der Mitte des 19. Jahrhunderts

12:00 Uhr *Dr. Miriam Rürup, Hamburg*
Auf Kneipe und Fechtboden: Anerkennungskämpfe jüdischer Studentenverbindungen in Kaiserreich und Weimarer Republik

12:45 Uhr Mittagessen

13:45 Uhr *Dr. Arndt Weinrich, Paris*
Studentische Gewalt im Ersten Weltkrieg und der „Langemarck-Mythos“ (Arbeitstitel)

14:30 Uhr *Martin Göllnitz, Kiel*
Radikale Intellektuelle? Studentische Gewalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik 1919-1922

15:15 Uhr Kaffeepause

15:45 Uhr *Prof. Dr. Michael Grüttner, Berlin*
Nationalsozialistische Gewaltpolitik an den Hochschulen 1929-1933

16:30 Uhr *Jan Mittenzwei, Berlin*
Der Greifswalder „Blutsonntag“ und die Universität – studentische Gewalt und ihre Folgen

17:15 Uhr Abendessen

19:00 Uhr Öffentlicher Abendvortrag
Prof. Dr. Konrad Jarausch, Chapel Hill (USA)
Studentischer Protest im Wandel der Zeiten. Ideologische Seitenwechsel der Studierenden im 19. und 20. Jahrhundert

Freitag, 7. Juli 2017

09:45 Uhr *Dr. Wolfgang Kraushaar, Hamburg*
Die Tupamaros Westberlin (TW) als Transformations-zusammenhang studentischer in terroristische Gewalt

10:30 Uhr Kaffeepause

11:00 Uhr *Dr. Frank Grobe, Wiesbaden*
Diskursverweigerung und „Jagd auf Korporierte“ als Mittel studentisch-politischer Auseinandersetzung seit 1990

11:45 Uhr *Elisabeth Westphal, Wien*
Die Bologna-Reform und studentischer Protest.
Im Focus: Die „Uni brennt“ Bewegung 2009/10

12:30 Uhr *Prof. Dr. Holger Zinn, Wiesbaden*
Zusammenfassung

13:00 Uhr Mittagessen und Tagungsende

Der Limes Saxoniae – Fiktion oder Realität?

Tagung am 21. Oktober 2017 in der KulTour Oldenburg in Holstein gGmbH, Göhlerstraße 56, 23758 Oldenburg in Holstein

Veranstalter: Abteilung für Regionalgeschichte am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Tagungsprogramm:

09:00 Uhr *Prof. Dr. Oliver Auge, Kiel*
Begrüßung und Einführung

Sektion: Archäologie und Sprachforschung

09:45 Uhr *Dr. Donat Wehner, Kiel*
Archäologische Grenzgeschichten.
Sachsen, Slawen und der Limes Saxoniae

10:30 Uhr Kaffeepause

11:00 Uhr *PD Dr. Felix Biermann, Greifswald*
Archäologische Beobachtungen zur westlichen Grenze slawischer Besiedlung im Mittelalter

11:45 Uhr *Prof. Dr. Jürgen Udolph, Leipzig*
Slawische Gewässer-, Flur- und Ortsnamen in Schleswig-Holstein

12:30 Uhr Mittagessen

Sektion: Geschichtswissenschaft

14:00 Uhr *Dr. Volker Scior, Bochum*
Die Wahrnehmung der Slawen bei Adam von Bremen und weiteren Chroniste

14:45 Uhr *Prof. Dr. Hans-Werner Goetz, Hamburg*
Limes. Zur Bedeutung und zum Inhalt von Grenzen im frühen Mittelalter.

15:30 Uhr Kaffeepause

16:00 Uhr *Prof. Dr. Matthias Hardt, Leipzig*
allenthalben verhaget: über das Aussehen slawischer Außengrenzen

16:45 Uhr *Günter Bock, Großhansdorf*
Eine Grenze Karls des Großen, um 1075 von Adam konzipiert? Zur möglichen Motivlage eines Fälschers

17:30 Uhr Abschlussdiskussion

Anmeldung bitte bei Herrn Volquartz: **jvolquartz@histosem.uni-kiel.de**

Teilnahmegebühr: 15,00€

Ausstellungen der Landesmuseen

Luthers Norden
9. Oktober 2017 bis 28. Januar 2018

Schloss Gottorf in Schleswig |
Galerie 19. Jahrhundert und Historischer Rundgang

Im Jahr 2017 wird der Höhepunkt und Abschluss der Luther-Dekade gefeiert. 500 Jahre ist es her, dass der Augustinermönch Martin Luther seine berühmten 95 Thesen in die Welt trug. Der Norden spielte dank der frühen Durchsetzung der Reformation durch den dänischen König eine zentrale Rolle für das gesamte Reich. Auch gibt es enge Netzwerke und persönliche Verbindungen der nordischen Fürsten mit Martin Luther, vor allem zwischen König Christian III. von Dänemark und Martin Luther. „Luthers Norden“ - eine Kooperation des Pommerschen Landesmuseums Greifswald, der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf und der Nordkirche - zeigt Wege, Personen und Stationen der Ausbreitung des neuen Glaubens von Dänemark und Schleswig-Holstein über Mecklenburg bis Pommern.

Die Exodus-Affäre
8. September 2017 bis 3. Juni 2018

Jüdisches Museum Rendsburg

Mit der historischen Ausstellung „Exodus“ soll an den 70. Jahrestag einer weltpolitisch folgenreichen Affäre erinnert werden, die sich 1947 zum Teil in Schleswig-Holstein zugetragen hat: Nach dem Ende des 2. Weltkriegs versuchten zehntausende überlebende europäische Juden, nach Palästina auszuwandern, das seinerzeit allerdings noch britisches Mandatsgebiet war. Die Briten versuchten massiv, diese illegale Einwanderung zu unterbinden. Im Juli 1947 wurde das Auswandererschiff „Exodus 1947“ mit über 4.500 Flüchtlingen an Bord von der britischen Marine im Mittelmeer vor Haifa aufgebracht und geentert. Anschließend wurde das Schiff von den Briten nach Hamburg umgeleitet; der Großteil der jüdischen Flüchtlinge wurde ab Anfang September 1947 im „Lager Pöppendorf“ bei Lübeck interniert.

Die Ausstellung soll zum einen Original-Fotomaterial ehemaliger Exodus-Passagiere vom Schiff und aus dem Lager Pöppendorf zeigen. Dieses Material liegt im Jüdischen Museum vor. Zum anderen sollen Wochenschauberichte sowie Fotos und Artikel der internationalen Presse (z.B. Time Magazine, New York Times) über Pöppendorf die internationale Brisanz der Affäre verdeutlichen. Insgesamt soll damit eine kurze, aber sehr folgenreiche Episode der jüdischen Geschichte in Schleswig-Holstein geschildert werden.

ttr – Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung

Dienstag, 6. Juni 2017
Prof. Dr. Michael Kißener, Mainz
Die Preußen am Rhein. Geschichte einer Hassliebe 1816-1946

Dienstag, 13. Juni 2017 (zugleich Kieler Mittelalter-Gespräche)
Prof. Dr. Jan Rüdiger, Basel
Wie schreibt man die Europageschichte einer Landschaft?
Fragen an den westlichen Ostseeraum

Dienstag, 4. Juli 2017 (zugleich Kolloquium zur Geschichte der Neuzeit)
Karen Bruhn M.A., Kiel
Professorale Karrieremuster der NS-Zeit in Kiel –
ein Werkstattbericht

Alle Vorträge finden in den Räumlichkeiten des Historischen Seminars, Leibnizstraße 8, Raum 126/128, statt. Beginn ist jeweils um **18:15 Uhr**. Der Eintritt ist frei.

Mitteilungen des Vorstandes

Einladung zur Mitgliederversammlung
der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
am Dienstag, 20. Juni 2017 um 18.00 Uhr in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Wall 47/51, 24103 Kiel

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Geschäftsbericht des Schriftführers
3. Bericht des Rechnungsführers
4. Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2018
5. Bericht der Rechnungsprüfer
6. Antrag auf Entlastung des Vorstands
7. Wahlen zum Vorstand
8. Wahl der Rechnungsprüfer
9. Anträge
10. Verschiedenes

Erläuterungen zu 7.:

Die dreijährige Amtszeit der Vorstandsmitglieder Werner Junge, Prof. Dr. Detlev Kraack, Frank Lubowitz und Dr. Christian Pletzing ist abgelaufen. Die Herren sind bereit, wieder zu kandidieren.

Der Vorstand

Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte im Jahre 2016

Mitglieder

Am 31. Dezember 2016 hatte unsere Gesellschaft 996 Mitglieder, einschließlich der Tauschpartner unserer Schriften. 16 neue Mitglieder konnte die GSHG 2016 begrüßen, 10 Mitglieder sind verstorben, 30 Mitglieder habe ihre Mitgliedschaft gekündigt.

Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung der Gesellschaft fand am 11. Juni 2016 im Anschluss an den ersten „Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ in Rendsburg statt. Das Protokoll ist in den „Mitteilungen“, Heft 91, Oktober 2016, S. 72-73, abgedruckt.

Vorstands- und Beiratssitzungen

Der Vorstand hielt in den Monaten Februar, Mai und Oktober drei Sitzungen ab. Themen waren u.a. die Vorbereitungen für den ersten „Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“, der Redaktionswechsel der „Mitteilungen“ sowie die Beendigung des Projekts der „Großen Landesgeschichte“.

Der Beirat tagte am 7. Oktober 2016 und diskutierte den ersten „Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ sowie die Frage „Braucht Schleswig-Holstein ein Geschichtsmuseum?“.

Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte

Zum ersten Mal fand am 11. Juni 2016 im Rendsburger Hohen Arsenal der „Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ statt. Rund 300 Besucher erlebten ein umfangreiches Programm mit Vorträgen, Präsentationen, einem Science Slam, Führungen und zahlreichen Informationsständen. Neben dem attraktiven Programm hat eine effektive Pressearbeit wesentlich zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen.

Preis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Der Preis der GSHG wurde zum Auftakt des „Tags der Schleswig-Holsteinischen Geschichte“ an Herrn Stefan Wendt für sein Buch „Höhe 41. Krieg und Kriegsspiele an der Kieler Förde im 19. und 20. Jahrhundert“ verliehen.

Trägerin des Nachwuchspreises der GSHG, der zum zweiten Mal verliehen wurde, war 2016 Frau Lisa Kragh. Sie erhielt den Preis für ihre Masterarbeit „Kieler Meeresforschung im Kaiserreich“. Verliehen wurde der Nachwuchspreis am 5. Dezember 2016 in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek.

Publikationstätigkeit

2016 sind die ZSHG 140 (2015) sowie 141 (2016) erschienen, außerdem die Mitteilungshefte Nr. 90 und 91.
In der Reihe der Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die gemeinsam von der GSHG und dem Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte herausgegeben werden, sind folgende Bände 2016 veröffentlicht worden: Nr. 53: Martin Rheinheimer, Die Insel und das Meer. Seefahrt und Gesellschaft auf Amrum 1700-1860, Stuttgart 2016; Nr. 54: Ole Fischer (Hrsg.), Aufgeklärte Lebenswelten, Stuttgart 2016; Nr. 55: Martin Rheinheimer, Ipke und Angens. Die Welt eines nordfriesischen Schiffers und seiner Frau (1787-1801), Stuttgart 2016.
Von dem Jahrbuch „Nordelbingen“ ist Band 85 (2016) im Umfang von 448 Seiten erschienen.

Exkursionen

Wie in jedem Jahr veranstaltete die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte auch im Sommerhalbjahr 2016 wieder landesgeschichtliche Exkursionen. Diese führten unter Leitung von Prof. Dr. Detlev Kraack und Jörg Memmer entlang der alten Salzstraße nach Ratzeburg und Mölln (23. April 2016) und auf den Spuren von Geschichte und Architektur nach Flensburg (17. September 2016).

Spenden an die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Großzügige Spender ermöglichten auch 2016 wieder die Verwirklichung besonderer Vorhaben der Gesellschaft. In erster Linie zu nennen ist die Brunswiker Stiftung, die mit namhaften Beträgen u.a. den ersten Tag der Schleswig-Holsteinischen Geschichte, den Preis sowie den Nachwuchspreis der GSHG gefördert hat. Weitere Spenden gingen von der Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein und der Fielmann-Stiftung sowie von einer Privatperson ein. Ihnen allen gilt unser Dank!

Jörg-Dietrich Kamischke
– Vorsitzender –

Dr. Christian Pletzing
– Schriftführer –

Verlagswechsel und Veröffentlichungsreihen von GSHG und AKWiSoSH

von *Detlev Kraack*

Vor nunmehr zwei Jahren haben die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte mit ihren wissenschaftlichen Veröffentlichungsreihen neue Wege beschritten. Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Wachholtz Verlag wurde beendet. Stattdessen erscheinen die Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und die Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins bei Husum Druck, die Reihe der Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins beim Franz Steiner Verlag in Stuttgart. Hinzu kommt, dass einige Bände der Quellen und Forschungen, die die Jahresberichte (lat. Annuae) der Jesuitischen Niederlassungen nördlich der Elbe (bislang Hamburg/Altona; in Vorbereitung: Glückstadt, Friedrichstadt, Lübeck) dokumentieren, zwischenzeitlich beim Aschendorff Verlag in Münster veröffentlicht wurden, was in deren spezieller inhaltlicher Ausrichtung begründet ist.

Da in der jüngeren Vergangenheit verschiedentlich von GSHG-Mitgliedern angefragt wurde, wo welche Bände der Reihen erschienen sind und zu vergünstigten Mitgliederkonditionen bezogen werden können, sei im Folgenden eine entsprechende Übersicht mitgeteilt.

1) **Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (ZSHG; ISSN 0072-4254)**

- bis Band Nr. 139 (2014) erschienen im Wachholtz Verlag, Neumünster.
- Bände Nr. 140 (2015) u. Nr. 141 (2016) sind im Matthiesen Verlag (bei Husum Druck) erschienen, Bd. 142 (2017) ist in Vorbereitung und wird in der zweiten Jahreshälfte 2017 ebenfalls im Matthiesen Verlag (bei Husum Druck) erscheinen.

2) **Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (MSHG; ISSN 2196-3428)**

- bis Heft Nr. 88 (April 2015) erschienen im Wachholtz Verlag Neumünster.
- Hefte Nr. 89 (Oktober 2015), Nr. 90 (April 2016), Nr. 91 (Oktober 2016) und Nr. 92 (April 2017) sind im Matthiesen Verlag (bei Husum Druck) erschienen. Das nächste Heft (Nr. 93) ist für Oktober 2017 geplant.

3) **Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins (QuFGSH; ISSN 0173-0940)**

- Die Bände Nr. 114-122 sind beim Wachholtz Verlag erschienen:
- Nr. 114: Johannes Rosenplänter, Kloster Preetz und seine Grundherrschaft. Sozialgefüge, Wirtschaftsbeziehungen und religiöser Alltag eines holsteini-

schen Frauenklosters um 1210 – 1550, Neumünster 2009 (ISBN 978-3-529-02214-2).

- Nr. 115: Knud Andresen, Schleswig-Holsteins Identitäten. Die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes 1947-2005, Neumünster 2010 (ISBN 978-3-529-02215-9).
- Nr. 116: Wolfgang Prange, Analecta Holsatica. Neue Beiträge zur schleswig-holsteinischen Geschichte, Neumünster 2011 (ISBN 978-3-529-02216-6).
- Nr. 117, 118 u. 119: Martin J. Schröter, Kloster Reinfeld. Eine geistliche Institution im Umfeld der Hansestadt Lübeck. I. Geschichte (Nr. 117, Neumünster 2012 – ISBN 978-3-529-02217-3), II. Eine Besitzgeschichte (Nr. 118, Neumünster 2012 – ISBN 978-3-529-02218-0), III. 1/2 Die Reinfelder Klosterbücher. Beispiele für frühe Erdbücher und andere Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Holsteins (Nr. 119, 2 Halbbände, Neumünster 2013, ISBN 978-3-529-02219-7).
- Nr. 120: Oliver Auge u. Katja Hillebrand (Hrsg.), Klöster, Stifte und Konvente nördlich der Elbe. Zum gegenwärtigen Stand der Klosterforschung in Schleswig-Holstein, Nordschleswig und den Hansestädten Lübeck und Hamburg, Neumünster 2013 (ISBN 978-3-529-02220-3).
- Nr. 121: Oliver Auge u. Detlev Kraack (Hrsg.): 900 Jahre Schauenburger im Norden. Eine Bestandsaufnahme, (zugl. Zeit + Geschichte, Nr. 30), Kiel/Hamburg 2015 (ISBN 978-3-529-02221-0).
- Nr. 122: Jürgen Kühl, Jeder Friese ein Rechenmeister. Kommentierter Katalog schleswig-holsteinischer Recheneinschreibebücher, Kiel/Hamburg 2014 (ISBN 978-3-529-02219-7).
- Nr. 123: Litterae annuae der Jesuiten aus Altona und Hamburg (1598-1781) (1. Halbband 17. Jahrhundert, 2. Halbband 18. Jahrhundert) (ISBN 978-3-402-13102-2) ist 2015 beim Aschendorff Verlag in Münster erschienen.
- Weitere Bände zu den Jahresberichten (lat. Annuae) der Jesuitenniederlassungen in Glückstadt, Friedrichstadt und Lübeck sind in Vorbereitung und werden ebenfalls beim Aschendorff Verlag in Münster erscheinen.
- Bd. 124: Oliver Auge, Silke Hunzinger u. Detlev Kraack (Hrsg.), Die Herzöge von Plön (erscheint parallel als Sonderveröffentlichung in der Reihe der Plöner Jahrbücher).

Die Reihe der Quellen und Forschungen wird fortan bei Husum Druck erscheinen und kann dort dann entsprechend abonniert werden.

Hinweis an Verlagsgruppe Husum, Postfach 1480, D-25804 Husum, Tel. 04841/8352-0; E-Mail: info@verlagsgruppe.de

Für die bisherigen Bände Wachholtz Verlag, Hafenhaus, Bollhörnkai 1, 24103 Kiel, Tel. 0431/888967-0; E-Mail: info@wachholtz-verlag.de

4) Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins (SWSG)

- bis Band Nr. 51 (2013): Aus der Mitte des Landes. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Detlev Kraack u. Martin Rheinheimer, Neumünster/Hamburg 2013 (ISBN 978-3-529-03251-6) sind die Studien beim Wachholtz Verlag erschienen.
- Seit Band Nr. 52 (2015) erscheinen die Studien beim Franz Steiner Verlag in Stuttgart. Hier sind bislang folgende Bände erschienen:
- Nr. 52: Karsten Christian, Aktienrecht und Aktienbanken in Schleswig-Holstein 1840-1870. Zum Wandel und zur Wirkung von Institutionen, Stuttgart 2015 (ISBN 978-3-515-11182-8 [Print] u. ISBN 978-3-515-11202-4 [E-Book]).
- Nr. 53: Martin Rheinheimer, Die Insel und das Meer. Seefahrt und Gesellschaft auf Amrum 1700-1860, Stuttgart 2016 (ISBN 978-3-515-11144-7).
- Nr. 54: Ole Fischer (Hrsg.), Aufgeklärte Lebenswelten, Stuttgart 2016 (ISBN 978-3-515-11233-8 [Print] u. ISBN 978-3-515-11234-5 [E-Book]).
- Nr. 55: Martin Rheinheimer, Ipke und Angens. Die Welt eines nordfriesischen Schiffers und seiner Frau (1787-1801), Stuttgart 2016 (ISBN 978-3-515-11432-5 [Print] u. ISBN 978-3-515-11433-2 [E-Book]).
- Nr. 56: Studienband mit den Beiträgen zur Tagung „Kriegsleiden in Norddeutschland vom Mittelalter bis zum Ersten Weltkrieg“ (Hamburg, 26./27. September 2014), der durch den Tagungsorganisator Ortwin Pelc vorbereitet wird und im Laufe des Jahres 2017 erscheinen soll.

Die Reihe der Studien kann beim Franz Steiner Verlag ab Bd. 52 abonniert werden. Hinweis an Franz Steiner Verlag, Postfach 10 10 61, 70009 Stuttgart, Tel. 0711/2582-0; E-Mail: service@steiner-verlag.de

5) AKdigital (neue digitale Veröffentlichungsreihe des AKWiSoSH)

- Bd. 1: Timm Heinrich Sievers, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, hrsg. von Kai Detlev Sievers; Redaktion und Layout Martin Rheinheimer u. Günther Bock (AKdigital, Bd. 1), Kiel 2015. – Der Band steht online auf der Homepage des AK und kann dort eingesehen und heruntergeladen werden.
- Bd. 2 (in Vorbereitung): Günther Bock & Gerrit Aust, Das Elfenbein-Evangeliar des Hamburger Mariendoms. Die historische Bedeutung der Stiftung der Grafen Gottfried und Heinrich II. von Hamburg des Jahres 1100.

Bericht des Rechnungsführers

Jahreskassenbericht
Abrechnung für das Geschäftsjahr 2016 (01.01. - 31.12.2016)

I. Einnahmen / Ausgabenrechnung

Einnahmen		Ausgaben	
1. Beiträge	37.134,91 €	1. Personalkosten	5.125,56 €
2. Spenden	600,00 €	1.1 Hilfskraft Mitteilungen	1.600,00 €
3. Sonstige Einnahmen	1.088,14 €	2. Geschäftskosten	1.187,86 €
4. Brunswiker Stiftung		3. Aufwandsentschädigungen	3.500,00 €
4.1 Preis der GSHG 2016	3.000,00 €	4. Vers. + Beiträge	368,58 €
4.2 Nachwuchsförderpreis 2016	1.000,00 €	5. Mitteilungen 90+91	5.353,58 €
5. Schriftenverkauf	1.205,13 €	6. Zeitschrift 140+141	13.524,02 €
6. Bankzinsen	2,48 €	7. Nordelbingen	3.000,00 €
7. Exkurs./Veranstaltungen		8. Druckkostenzuschuss Brunswiker Stiftung für Nordelbingen 2016	7.289,00 €
7.1 Exkursionen	730,00 €	9. Bankgebühren	266,80 €
8.1 Tag der S.-H. Geschichte	5.491,06 €	10. Exkurs./Veranstaltungen	
8.2 Projekt Kulturerben	2.500,00 €	10.1 Exkursionen	975,50 €
9. Reformationstag 2017	3.500,00 €	10.2 Vorträge	559,60 €
10. Druckkostenzuschuss der Brunswiker Stiftung für Nordelbingen 2016	7.289,00 €	11.1 Tag der S.-H. Geschichte	7.010,45 €
11. Defizit	7.778,41 €	11.2 Projekt Kulturerben	2.500,00 €
		12. Tagung Welfen	2.000,00 €
		13. Tagung Bedrohte Landesgeschichte	2.000,00 €
		14. Sonstige Kosten (AK)	2.500,00 €
		15. Portokosten für ZSHG und Mitteilungen	8.558,18 €
		16. Preise	
		16.1 Preis der GSHG 2016	3.000,00 €
		16.2 Nachwuchsförderpreis 2016	1.000,00 €
	71.319,13 €		**71.319,13 €**

II. Entwicklung der Konten

	Anfangsbestand 1. Januar 2016	Zu-/Abgang	Endbestand 31. Dezember 2016
1. Förde Sparkasse	28.699,48 €	-1.951,59 €	26.747,89 €
2. Förde Sparkasse S-Kapitalkto	33.491,75 €	2,48 €	33.494,23 €
3. SYDBANK	5.829,30 €	-5.829,30 €	0,00 €
	68.020,53 €	**-7.778,41 €**	**60.242,12 €**

III. Sonstige Konten

Darüber hinaus führte die Gesellschaft per 31.12.2016 das nachstehend aufgeführte Konto mit folgendem Saldo:

Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialgeschichte

	Anfangsbestand 1. Januar 2016	Zu-/Abgang	Endbestand 31. Dezember 2016
Postbank	3.246,12 €	1.895,56 €	5.141,68 €

Haushaltsvoranschlag für das Geschäftsjahr 2017 (01.01. - 31.12.2017)

Einnahmen

1. Beiträge	33.500,00 €
2. Spende	
3. Sonstige Einnahmen	
4. Quellen & Forschungen	
5. Regesten & Urkunden	
6. Schriftenverkauf	362,38 €
7. Bankzinsen	
8. Exkurs./Veranstaltungen	1.000,00 €
9. Brunswiker Stiftung	
9.1 Preisgeld	3.000,00 €
9.2 Nachwuchsförderpreis	1.000,00 €
10. Druckkostenzuschuss der Brunswiker Stiftung für Nordelbingen 2017	3.000,00 €
11. Defizit	11.780,62 €
	53.643,00 €

Ausgaben

1.	Personalkosten	
1.1	Buchhaltung	5.100,00 €
1.2	Hilfskraft Mitteilungen	3.200,00 €
2.	Geschäftskosten	3.000,00 €
3.	Aufwandsentschädigungen	2.500,00 €
4.	Vers./Beiträge	300,00 €
5.	Mitteilungen Nr. 92+93	5.500,00 €
6.	Zeitschrift Nr. 142	7.000,00 €
7.	Nordelbingen	3.000,00 €
8.	Druckkostenzuschüsse	
8.1	Brunswiker Stiftung für Nordelbingen 2017	3.000,00 €
9.	Sonstige Veröffentlichungen	0,00 €
10.	Regesten + Urkunden Prange Protokolle	2.743,00 €
11.	Bankgebühren	300,00 €
12.	Veranstaltungen/Vorträge	2.000,00 €
12.1	Reformationstag 2017	3.500,00 €
13.	Sonstige Kosten (AK)	2.500,00 €
14.	Portokosten f. Zeitschr. u. Mitteilungen	6.000,00 €
15.	Preis der Geschichts-gesellschaft 2017	3.000,00 €
16.	Nachwuchsförderpreis 2017	1.000,00 €
		53.643,00 €

GESELLSCHAFT FÜR
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE
GESCHICHTE

Nachwuchspreis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 2017

1. Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte lobt für das Jahr 2017 erneut einen weiteren Preis aus.

Die Auszeichnung trägt den Namen „Nachwuchspreis der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte“ und ist mit 1.000 Euro dotiert.

2. Die Gesellschaft möchte auch mit dieser Auszeichnung besondere Leistungen auf dem Gebiet der Erforschung der schleswig-holsteinischen Geschichte oder ihrer Vermittlung würdigen.

3. Der Preis soll Studierende und Schüler dazu motivieren, sich mit der Landes- und Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins zu beschäftigen und kann an Personen, an Gruppen oder für Projekte vergeben werden.

4. Über die Preisvergabe entscheidet der Vorstand der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Wenn mehrere Bewerbungen preiswürdig sind, kann der Preis geteilt werden.

5. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte überreicht den Preis in einer öffentlichen Veranstaltung.

6. Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 30. Juni 2017 an den Schriftführer der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte erbeten:

Dr. Christian Pletzing, Akademiezentrum Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee, Tel. 04630 - 550, E-Mail: c.pletzing@geschichte-s-h.de

Kiel, im Februar 2017

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Jörg-Dietrich Kamischke
Vorsitzender

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte gedenkt ihrer im Jahr 2016 verstorbenen Mitglieder

Ernst Otto Coordts (verstorben 2015)
Dr. W. V. Groote
Dr. Peter Guttkuhn
Horst Langniß
Peter Niemeyer (verstorben 2015)
S. Kgl. H. Herzog Anton Günther von Oldenburg (verstorben 2014)
Dr. Hans-Friedrich Schütt
Prof. Dr. Arnold Stenzel
Hans-Joachim Tümmler (verstorben 2015)
Prof. Dr. Rainer Winkler

Neue Mitglieder 2016

Die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte begrüßt ihre neuen Mitglieder:

Henning Andresen, Kiel; Peter Bosse-Brekenfeld, Büsum; Dr. Klaus Brandt, Schleswig; Imke Freymuth, Kiel; Elke Güldenstein, Reinbek; Heinrich Heine Buchhandlung eG, Hamburg; Helge Fabien Hertz, Kiel; Dr. Hans-Werner Johannsen, Tarp; Justus Kallmeyer, Liensfeld; Michael Lambert Hacker, und Julia Körtner-Hacker, Flensburg; Mogens Rostgaard Nissen, Flensburg; Claudia Ohlsen, Harrislee; Frederieke Maria Schnack, Kiel; Carina Storm, Kiel; Arne Christian Suttkus, Dänischenhagen; Eckhard Ude, Felsberg

Autorinnen und Autoren des Hefts

Anna Brauer, Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Marvin Groth, Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Jörg-Dietrich Kamischke, Brekendorfer Landstraße 5, 24884 Selk

Knut-Hinrik Kollex, Abteilung für Regionalgeschichte, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Prof. Dr. Detlev Kraack, Seestraße 1, 24306 Plön

Frank Lubowitz, Claedenstraße 9, 24943 Flensburg

Prof. Dr. Ludwig Steindorff, Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Frank Omland, Esmarchstraße 97, 22767 Hamburg

Dr. Carsten Walczok, Soltausredder 20, 22885 Barsbüttel

Dr. Ortwin Pelc, Halstenbeker Weg 65, 22523 Hamburg

Caroline E. Weber, Abteilung für Regionalgeschichte, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Markus Wilke, Historisches Seminar, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel